



LIPortal

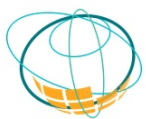
Das Länder-Informations-Portal

Mali

Mali gehört mit zu den größten Flächenstaaten Afrikas. Die von großer ethnischer Vielfalt geprägte Bevölkerung lebt weitgehend von der in hohem Maße von schwankenden Regenfällen abhängigen Landwirtschaft. Mali galt lange als demokratisches Musterland, bis ein Militärputsch und der Krieg in Nordmali das Land in eine schwere politische Krise stürzten.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

Das Länderinformationsportal



LIPortal

Das Länderinformationsportal

Im **Länderinformationsportal (LIPortal)** geben ausgewiesene Landesexpertinnen und Landesexperten eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern. Das LIPortal wird kontinuierlich betreut und gibt Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb. **mehr**

Über den Autor

Der Diplom-Geograph Kai-Uwe Seebörger lebt in Berlin.

Seit 1993 ist er in der Entwicklungszusammenarbeit tätig. Mehrjährige Arbeitsaufenthalte und verschiedene Gutachtereinsätze in westafrikanischen Staaten mit Schwerpunkt Mali. Tutor in der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) der GIZ. Lehraufträge an Universitäten und Fachhochschulen.

Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Sehr unterschiedliche Landschaftszonen und eine große ethnische Vielfalt prägen die Republik Mali.



Typische Sahelansicht / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Offizieller Name

Republik Mali

Fläche

1,24 Mio. km²

Einwohner

19,5 Mio. (2018)

Bevölkerungswachstum

3,1 % pro Jahr (2018)

Regierungssitz

Bamako

Amtssprache

Französisch

Regionalsprachen
Bambara, Fulfulde

Übersichtskarte



Mali, offizielle Bezeichnung Republik Mali, ist ein in Westafrika gelegener Binnenstaat und grenzt im Nordwesten an Mauretanien, im Norden an Algerien, im Osten an Niger, im Südosten an Burkina Faso, im Süden an die Elfenbeinküste und Guinea sowie im Westen an Senegal.

Übersichtskarte Mali / Quelle: Division Géographique du Ministère des Affaires Étrangères

Grunddaten

Mali gehört entsprechend der Indikatoren der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zu den ärmsten Ländern der Welt (2018: Rang 182 von 189 Staaten). Die folgenden Zahlen sind in erster Linie den vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen herausgegebenen Berichten über die menschliche Entwicklung sowie den Länderberichten der UNICEF entnommen.

Indikatoren der menschlichen Entwicklung in Mali

- durchschnittliche Lebenserwartung (in Jahren)	57 (2016)
---	-----------

- Bevölkerungswachstum pro Jahr	3,1 % (2018)
- Brutto sozialprodukt (pro Kopf, Kaufkraftparität)	2130 US-\$ (2016)
- unterhalb der Armutsgrenze lebender Bevölkerungsanteil	47 % (2015)
- Analphabetenrate der über 15 Jährigen	61 % (2015)
- Einschulungsrate	76 % (2016)
- Sterberate der unter Fünfjährigen (Tote / 1.000 Lebendgeburten)	111 (2016)
- Anteil der unterernährten Kinder jünger als 5 Jahre	26 % (2016)
- Anteil der Bevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser	30 % (2017)
- HIV-Infektionsrate	1,1 % (2013)

Eine Vielzahl nützlicher Informationen findet man auf den Maliseiten des [Auswärtigen Amtes](#), der [BBC](#) und der [Weltbank](#). Weitere interessante Links, die es lohnt sich einmal anzuschauen sind [Institut Nationale de la Statistique](#) sowie [University of Pennsylvania](#).

Naturräumliche Gegebenheiten

Regionen und Landschaften

Mali ist mit einer Fläche von 1,24 Mio. km² fast viermal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland. Das Land reicht von der Oberguineaschwelle im Süden über das Nigerbecken und die Sahelzone im Zentrum des Landes bis in die Sahara, die ca. 60 % der Landesfläche einnimmt, was sich in markanter Weise auf [Satellitenbildern](#) des Landes erkennen lässt. Mit wenigen Ausnahmen (Mandingoberge, [Dogon-Bergland](#), Hombori-Berge) prägen weite Ebenen und flache Becken das Landschaftsbild und das [Relief](#). Im Gebiet des Berglandes [Adrar des Ifoghas](#) an der algerischen Grenze steigen die Erhebungen auf annähernd 1000 m Höhe an.

Mali ist ein rohstoffreiches Land. Insbesondere im Südwesten, Süden und Norden befinden sich bedeutende, erst zu einem Teil erschlossene [Lagerstätten](#) von Bodenschätzen (zum Beispiel Gold, Bauxit, Eisenerz, Erdöl und Uran), auf deren wirtschaftliche Bedeutung innerhalb dieses Länderinformationsportals unter „Wirtschaft“ eingegangen wird.

Einen guten fotografischen Überblick über die verschiedenen Regionen des Landes und seine Bewohner bietet die [Fotosammlung](#) von GEO-Reisecommunity sowie von [ipicture](#).

Flora und Fauna

Mali hat Anteil an mehreren Klima- und Vegetationszonen. Die Vielfalt dieser [Vegetationszonen](#) reicht von den Feucht- und Trockensavannen im Süden über die Dornstrauchsavanne im Zentrum bis zu extrem ariden Wüstengebieten im Norden. Eine Sonderstellung nimmt das [Nigerbinnendelta](#) in Zentralmali ein, welches saisonal großflächig vom Niger und seinen Zuflüssen überflutet wird und von großer Bedeutung für den [Fischfang](#) ist.

Die natürlichen Vegetationsformationen sind vielerorts durch menschliche Eingriffe erheblich verändert worden. Das die Landnutzung in weiten Teilen der Sahel- und Sudanzone prägende agroforstliche System der [Kulturbaumparks](#) geht zurück auf eine lange bäuerliche Tradition des Kombinierens der Nutzung wildwachsender Wertbaumarten (vor allem Baobab, [Karité](#), Néré und [Acacia albida](#)), dem Anbau von Feldkulturen und der Viehhaltung. Die Kulturbaumparks sind von

großer ökologischer und sozioökonomischer Bedeutung.



Einbaum auf dem Niger / Foto: Manfred Matz

Das Binnendelta des Niger im Zentrum des Landes ist eine eindrucksvolle Natur- und Kulturlandschaft Malis. Aufgrund der jährlich wiederkehrenden Überschwemmungen ist das Nigerbinnendelta eine sehr bedeutende Anbau- und Weideregion, welche starke Kontraste zum recht trockenen Umland aufweist. Insbesondere während der Regenzeit und der Hochwasserperiode sind weite Teile des Binnendeltas nur mit Einbäumen erreichbar.



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



In den weiten Wüstenregionen Nordmalis (links oben) fällt jahrelang praktisch kein Regen. Der weit nach Norden fließende Niger (rechts oben, bei Timbuktu) bildet einen markanten Gegensatz zur Wüste



Fotos: Kai-Uwe Seebörger

Das Nigerbinnendelta in Zentralmali (links oben) bildet einen markanten Kontrast zum Sahel (rechts oben). Das untere Bild zeigt bewaldetes Bergland im Südwesten des Landes



Foto: Kai-Uwe Seebörger

Der Bestand an **wild lebenden Tieren** ist stark dezimiert worden, so dass sich heute nur noch mit viel Glück Affen, Gazellen sowie seltene **Vogelarten** beobachten lassen. Von **Löwen**, Büffeln, Elefanten, Flusspferden und **Giraffen** gibt es nur noch sehr wenige Tiere in weitgehend unerschlossenen Landesteilen. Die im Norden und Zentrum des Landes regelmäßig auftretenden Dürren sowie politische Instabilität bedrohen auch die seltenen **Wüstenelefanten**, die im Schutzgebiet **Réserve d'Eléphants du Gourma** leben.

In Mali gibt es einige **großflächige Schutzgebiete** sowie zwei **Nationalparks**, deren nachhaltige touristische **Erschließung** und **Bewirtschaftung** eine große Herausforderung darstellen. In Nordmali befindet sich mit dem Tamesna-Schutzgebiet ein weiteres sehr ausgedehntes Schutzgebiet in Planung. Unklar ist, inwieweit sich der gegenwärtige Konflikt und die Gesetzeslosigkeit auf die Tierwelt des geplanten Schutzgebiets ausgewirkt haben.

Klima

Es lassen sich drei Jahreszeiten unterscheiden. Von November bis **Februar** ist es trocken und zumeist warm, von März bis Mai trocken und sehr heiß. In dieser Zeit können insbesondere in Nordmali heftige **Staubstürme** auftreten. Im Juni beginnt die feuchtwarm-schwüle Jahreszeit, welche zum Teil sehr heftige Regenfälle bringt und im September/Oktober endet.

Die **Niederschlagsverteilung** weist große regionale Unterschiede auf. Die Niederschläge, die sich auf die Monate Juli und August konzentrieren, nehmen von Süden nach Norden ab. Der mittlere Jahresniederschlag beträgt in Sikasso im Südosten des Landes 1123 mm und lediglich 159 mm in Timbuktu am Sahararand. Zudem nimmt von Süden nach Norden die Länge der Regenzeit ab, während die Niederschlagsvariabilität und das Dürreerisiko zunehmen. Im Norden kam es in der

jüngeren Vergangenheit wiederholt zu mehrjährigen Dürreperioden, die für die dort lebende vorwiegend nomadische Bevölkerung schwerwiegende Folgen hatten. Sehr selten sind hingegen **Regenfälle in der Wüste**.

Während der **Regenzeit** kann es vor allem in Süd- und Zentralmali in Folge von Starkniederschlägen zu **Überflutungen** kommen, die an manchen Orten **große Schäden** anrichten können und bisweilen sogar ganze **Dörfer** verwüsten. Erhebliche Schäden wurden in den Jahren 2010 bis 2013 auch aus der **Hauptstadt** gemeldet, wo die Auswirkungen der Starkniederschläge durch eine unangepasste Flächennutzungsplanung und eine unzureichend ausgebaute und gewartete **Kanalisation** verschärft werden.

Ein Vergleich der Klimatabellen und **Klimadiagramme** verschiedener malischer Städte lässt schnell erkennen, dass Mali ein sehr warmes Land ist. Die mittlere Tagestemperatur beträgt in der Hauptstadt Bamako im Jahresdurchschnitt 27,8°C. Die im Laufe des vergangenen Jahrzehnts in Bamako gemessenen Höchst- beziehungsweise Tiefsttemperaturen betragen 44° bzw. 8°. Die maximalen Temperaturen erreichen im Süden 45°C und im Norden sogar über 50°C. In den Monaten Dezember bis Februar hingegen können in den Wüstengebieten die Nachttemperaturen auf unter 5°C sinken.

Laufend aktualisierte Informationen zum Wettergeschehen in Mali bietet **Wetteronline**. Zahlreiche thematische Karten finden sich in der **Kartensammlung** von Mapjourney.

Das Thema Klimawandel wird nachfolgend umfassend behandelt.

Ökologische Probleme

Im Hinblick auf die **Umweltproblematik** ist als Kernproblem die zunehmende Gefährdung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen sowie der natürlichen Vegetation hervorzuheben, von der weite Teile des Landes betroffen sind. Die vielerorts zu beobachtende Ausweitung der Ackerflächen, verstärkte Bodenerosion, zunehmende Überweidung, **Desertifikation** sowie eine weitgehend unkontrollierte (Über-) **Nutzung der Holzressourcen** sind auf eine Vielzahl von ökologischen, sozialen und ökonomischen Ursachen zurückzuführen, die vielfach eng miteinander verknüpft sind.



Foto: Kai-Uwe Seebörger

Transport von Brennholz in der Region Ségou (oberes Bild). Hauptenergieträger ist Holz. Der Holzeinschlag verursacht vielerorts schwere ökologische Probleme. Werbung für brennstoffsparende Kochherde (unteres Bild), deren Verbreitung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gefördert wird



Foto: Kai-Uwe Seebörger

Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft stellt eine zunehmende Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Zudem verursacht die **unsachgemäße Lagerung und Entsorgung** der Pestizide erhebliche Umweltprobleme, an deren Lösung unter anderem das **Africa Stockpiles Programme** gearbeitet hat.

Die malische Regierung hat auf die drängenden Umweltprobleme mit der Unterzeichnung der UN-Konvention zur Wüstenbekämpfung, der Ausarbeitung eines Nationalen Umweltaktionsplans und der Initiierung einer Reihe von Ressourcenschutzprojekten und **Wiederaufforstungsprogrammen** reagiert. Zudem hat die **Umweltpolitik** an Stellenwert gewonnen, wobei sehr **unterschiedliche Maßnahmen** angewendet und in Betracht gezogen werden. Einfache **Maßnahmen gegen die Bodendegradation** werden insbesondere in der besonders betroffenen Sahelzone zunehmend von der Landbevölkerung angewendet.

Auch in der Bekämpfung von **Buschfeuern**, der Einrichtung von ländlichen **Holzmärkten** und der Nutzung der **Solarenergie** sind Fortschritte auszumachen. Eine verstärkte Nutzung von **Kochgas**, die aus ökologischer Sicht sinnvoll erscheint, wird hingegen durch regelmäßig auftretende Versorgungsengpässe erschwert. Hieran konnte bislang auch die von der Regierung bislang praktizierte **Subventionierung der Verwendung von Kochgas** nicht viel ändern.

Aus Protest gegen die ihrer Meinung nach neuen drakonischen **Kontrollmaßnahmen** des staatlichen Forstdienstes haben Holzkohlehändler seit 2011 mehrfach die **Versorgung der Hauptstadt mit Holzkohle** kurzzeitig eingestellt, woraufhin es in Bamako zu einer Versorgungskrise kam.

Im Nachbarland Niger erzielte Erfolge in der **Förderung der Naturverjüngung** von Baumbeständen sowie beim **Schutz von Giraffen** könnten sich auch für die malische Umweltpolitik als interessant erweisen.

In zunehmendem Maße werden Möglichkeiten sondiert, **erneuerbare Energien** für die Deckung des

steigenden Energiebedarfs des Landes zu nutzen. So könnte eine verstärkte Förderung der Nutzung von **Purgieröl als Kraftstoff** einen wichtigen Beitrag leisten sowohl zur Stabilisierung der ökologischen Situation (Anpflanzung von Purgiersträuchern), wie auch zur Reduzierung der Treibstoffimporte. Mehrere Anlagen zur Herstellung von Treibstoff auf Purgierölbasis arbeiten bereits, befinden sich im Bau oder sind in Planung. Geplant ist zudem die **Nutzung von Ethanol** aus der Zuckerrohrverarbeitung.

Der erste **Windpark** des Landes soll in Timbuktu errichtet werden. In verstärktem Maße wird zur Elektrizitätsgewinnung die **Photovoltaik** genutzt.

Insbesondere in den Städten, und vor allem in Bamako, bereitet die Entsorgung von **Abfällen** und **Abwässern** ernste Probleme, die auch im Hinblick auf die Verbesserung der Gesundheitsbedingungen sowie der **Flussfischerei** einer **Lösung** bedürfen. In zunehmendem Maße gefährden auch Abwässer aus kleingewerblichen **Färbereien** sowie **Wasserhyazinthen** die Wasserressourcen.

Herausforderung Klimawandel

In den vergangenen Jahrzehnten ließ sich insbesondere in Nord- und Zentralmali ein deutlicher **Klimawandel** beobachten. Dieser ist vor allem an einem tendenziellen Rückgang der Regenmengen zu erkennen, der die agrarwirtschaftliche Nutzung erheblich erschwert hat. Jedoch gab und gibt es auch immer wieder Jahre mit deutlich überdurchschnittlichen Niederschlägen. Insgesamt stiegen in den vergangenen Jahrzehnten die Niederschlagsvariabilität und die Durchschnittstemperaturen deutlich an.

Obwohl es in Bezug auf die **Auswirkungen** des gegenwärtigen globalen Klimawandels auf Mali noch viele offene Fragen gibt, gehen die verfügbaren **Studien** von einer Temperaturerhöhung und einer weiteren Zunahme der Niederschlagsvariabilität aus. Hiervon wäre in besonderer Weise die Agrarwirtschaft betroffen, die auch in Zukunft von zentraler sozioökonomischer Bedeutung für die große Mehrheit der Bevölkerung sein wird.

Angesichts der möglichen Auswirkungen des globalen Klimawandels und der hiermit verbundenen Risiken wurde in 2011 eine Nationale **Strategie zur Anpassung an den Klimawandel** verabschiedet. Zahlreiche der in der Strategie vorgeschlagenen Maßnahmen sind zum Teil schon seit längerer Zeit in Mali bekannt und wurden mit Unterstützung der Entwicklungszusammenarbeit bereits in anderen Begründungszusammenhängen gefördert (Beispiele: Förderung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Diversifizierung der Agrarproduktion, Einführung effizienterer Bewässerungstechniken). Da die technisch-organisatorischen Grundlagen für die Umsetzung der Strategie bereits teilweise vorhanden sind, scheint die größte Herausforderung in der Beeinflussung der **Verhaltens- und Handlungsmuster** der zumeist ländlichen Zielgruppen sowie in der Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen zu bestehen.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden beispielsweise **Kleinprojekte** gefördert, die der Bevölkerung die **Anpassung an veränderte Klimabedingungen** erleichtern sollen, sowie die **Beratung politischer Entscheidungsträger**.

Auch unter Hinweis auf den Klimawandel wird in den staatlichen Entwicklungsplänen dem Bau weiterer Staudämme und der Ausweitung der Bewässerung eine besondere Bedeutung beigemessen. Die hieraus resultierenden möglichen ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen werden **durchaus kontrovers** bewertet.

Sozialgeographische Gegebenheiten

Bevölkerung und Siedlungsmuster

Die jüngere **Bevölkerungsentwicklung** Malis ist von einer raschen Bevölkerungszunahme geprägt. Die Einwohnerzahl des Landes betrug in 2018 19,5 Mio. Personen, wohingegen die Bevölkerung 1998 lediglich 9,8 Mio. Einwohner zählte. Für 2018 wurde das jährliche Bevölkerungswachstum auf 3,1 % beziffert (Zeitraum 2010 bis 2015: 3,0 %). Nach Schätzungen des Berichts für menschliche Entwicklung 2014 wird die Bevölkerungszahl bis 2030 auf 26,0 Mio. Einwohner ansteigen, was zweifelsohne eine große Herausforderung für die Entwicklungspolitik der malischen Regierung bedeutet. Die **Alterspyramide** der Bevölkerung zeigt sehr deutlich das Dominieren jüngerer Altersgruppen.

Trotz einer raschen und vielfach un gelenkten **Verstädterung** lebt die Mehrheit der Bevölkerung (2015: 60 %) im **ländlichen Raum**. Im Zeitraum von 1976 bis 2015 hat sich der Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 16 % auf 40 % mehr als verdoppelt, wobei die überwiegende Mehrheit der Stadtbevölkerung in schwierigen Wohnverhältnissen lebt. Die größte Stadt ist Bamako. Im Großraum Bamako lebten in 2017 nach Schätzungen von **PopulationData** 4,3 Mio. Einwohner. Die Bevölkerung Bamakos hat im Zeitraum 1998 bis 2015 um jährlich 4,5 % zugenommen. Für 2017 wurde das Bevölkerungswachstum auf 5,5 % geschätzt, womit Bamako zu den am schnellsten wachsenden Großstädten Afrikas zählt. Mit weitem Abstand folgten als größere Städte Sikasso (345.000 Einwohner), Koutiala (217.000 Einwohner), Mopti (206.000 Einwohner), **Kayes** (185.000 Einwohner), Ségou (156.000 Einwohner) und Niono (148.000 Einwohner) (Schätzungen für 2017, Quelle: PopulationData.net).

Hinsichtlich der **Bevölkerungsverteilung** lässt sich eine ausgeprägte Konzentration der Bevölkerung im klimatisch begünstigten südlichen Drittel des Landes ausmachen, wo sich auch die größten Städte befinden. In den weitgehend von Wüsten bedeckten drei nördlichen Verwaltungsregionen, die zwei Drittel der Landesfläche ausmachen, leben hingegen nur knapp 10 % der Bevölkerung. Die Konzentration der Bevölkerung im südlichen Landesteil hat sich insbesondere infolge wiederholter Dürreperioden und massiver Migrationsbewegungen im Laufe der letzten vier Jahrzehnte fortlaufend verstärkt.

Die Hauptstadt Bamako

Der Name der Hauptstadt **Bamako** ist auf die Lage der Stadt am einstmals krokodilreichen Niger zurückzuführen: Bamako bedeutet in der Bambara-Sprache „Krokodilteich“. Bamako liegt im Südwesten des Landes und ist von den Nachbarländern Burkina Faso und Elfenbeinküste leicht zu erreichen. Nach Guinea, Senegal und Mauretanien ist es zwar auch nicht weit, der Zustand der in diese Nachbarländer führenden Straßen ist allerdings teilweise sehr schlecht.

Bamako liegt am Fuße des Präsidentenhügels „Koulouba“. Der Niger trennt die Stadt in einen Nord- und Südteil, wobei insbesondere auf dem Südufer des Nigers in den letzten 15 Jahren ausgedehnte neue Stadtviertel entstanden sind. In der Regenzeit wird die von Feldern, Savannen und Wäldern geprägte Umgebung Bamakos von üppigem Grün dominiert, das mit Einsetzen der Trockenzeit allerdings rasch einer Vielzahl von Gelb- und Brauntönen weicht.



Foto: Manfred Matz

Der Niger, der **längste Fluss Westafrikas**, ist die Lebensader Malis. An seinen Ufern liegt die malische Hauptstadt Bamako, die in weiten Teilen wie eine Kleinstadt wirkt. Insbesondere außerhalb des Stadtzentrums dominieren staubige Straßen und einfach gebaute Häuser das Stadtbild. Es gibt allerdings auch Villenviertel mit viel Grün, sowie zahlreiche neue Verwaltungs- und Geschäftsbauten. Der anhaltende Bauboom in Bamako hat zum Entstehen eines lukrativen Marktes für Sand und Kies geführt, wobei sich der Abbau auf die Nigerufer am Stadtrand konzentriert. Jedoch bedroht die **Sand- und Kiesgewinnung** in zunehmendem Maße das Ökosystem des Niger sowie Infrastrukturanlagen.

Vierorts lassen sich in Bamako bedeutende Bautätigkeiten ausmachen. So wurde in 2011 ein mit libyscher Finanzierung errichtetes neues **Regierungsviertel** eröffnet. Im gleichen Jahr wurde im Stadtzentrum ein weiteres großes **Geschäftszentrum** eingeweiht. Im September 2017 erfolgte die Grundsteinlegung für den **Wiederaufbau des Marché Rose** im Stadtzentrum, der in 2014 abgebrannt ist.

In 2011 wurde die dritte Nigerbrücke in Bamako dem Verkehr übergeben. Das von der VR China finanzierte Bauwerk trägt den Namen „**Brücke der chinesisch-malischen Freundschaft**“. Von der Realisierung dieses mit Abstand wichtigsten hauptstädtischen Verkehrsvorhabens und dem weiteren **Ausbau des innerstädtischen Straßennetzes** erhoffte man sich eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation in Bamako. Ein Jahr zuvor wurde im Stadtzentrum ein moderner **Verkehrsknotenpunkt** eingeweiht. Zudem wird an einer umfassenden **Umgestaltung des Nigerufers** gearbeitet. Eine geplante **vierte Nigerbrücke** soll zu einer Verbesserung der Verkehrssituation in den westlichen Stadtteilen beitragen. Im Großraum Bamako befindet sich in der Nähe von Koulikoro (60 km nördlich von Bamako) eine weitere **Nigerbrücke im Bau**.

Für die geplante Einrichtung einer **Straßenbahn** in Bamako wurde eine Machbarkeitsstudie erstellt. Kritiker jedoch bezweifeln den Sinn des **Straßenbahn-Projekts**.

Durch den Ausbau der **Trinkwasserversorgung** wird versucht, den steigenden Wasserbedarf der rasch wachsenden Bevölkerung Bamakos zu decken.

Umfassende Informationen über städtebauliche und raumplanerische Konzepte für den Großraum Bamako finden sich im Konferenzbericht **Bamako 2030**.

Verkehrswesen



Im Auto durch schweres Gelände / Foto: Manfred Matz

Die Binnenlage und die unzureichend ausgebaute Verkehrsinfrastruktur wirken sich sehr erschwerend auf die Entwicklung des Landes aus. Nach Ausbruch schwerer innenpolitischer Krisen in der Elfenbeinküste war die 650 km lange **Eisenbahnlinie Bamako - Dakar** (Senegal) zu einer zwischenzeitlich wichtigen Außenhandelsroute Malis geworden. Zugleich handelt es sich um die einzige Bahnlinie Malis. Der **Betrieb** dieser Linie ist jedoch mit einer Reihe ernster Probleme (zum Beispiel längere Betriebseinstellungen) konfrontiert, die ein bedeutendes Hindernis für die Realisierung wichtiger industrieller und bergbaulicher Investitionsvorhaben in Westmali darstellen.

Eine **Eisenbahnlinie von Bamako nach Conakry** (Guinea) ist in Planung. Der Bau dieses 900 km langen Verkehrsweges, für den die VR China in 2014 einen Großkredit zusagte, würde einen besseren Anschluss Malis an den Überseehafen von Conakry und erhöhte Rohstoffexporte ermöglichen.

Das malische **Straßennetz** hat eine Länge von über 21.000 km, von denen ca. 6.200 km asphaltiert sind. In den vergangenen 15 Jahren wurde der Ausbau der **Straßenverbindungen nach Senegal, Guinea**, in den **westlichen Niger** und Mauretanien mit Nachdruck vorangetrieben. Mit dem **Bau neuer Fernstraßen** soll unter anderem die **Anbindung Westmalis** sowie der **Region Timbuktu** verbessert werden. Geplant ist zudem der Bau einer Straße zwischen Bourem (nördlich von Gao) und der algerischen Grenze, welche die Anbindung Nordmalis sowohl an das nationale wie auch das **algerische Straßennetz** erheblich verbessern würde.

Auf den Fernstraßen werden **Straßenbenutzungsgebühren** erhoben, die dem **Straßenunterhalt** dienen. Bei der Mauterhebung und der Verwendung der Einnahmen scheint es jedoch bisweilen zu **Unregelmäßigkeiten** zu kommen.

Ende 2015 wurde mit dem **Bau der ersten Autobahn** des Landes begonnen. Die 60 km lange Schnellstraße wird Bamako mit der Regionshauptstadt Koulikoro verbinden und zählt zu den wichtigsten Verkehrsprojekten der Regierung. Allerdings erscheint die Frage berechtigt, ob die zweifelsohne notwendige Verbesserung der wichtigen Verkehrsachse Bamako – Koulikoro nicht auch kostengünstiger, beispielsweise durch einen besseren Unterhalt der bestehenden Fernstraße und den Bau einiger Umgehungsstraßen, zu erreichen wäre.

Viele Straßen und Pisten weisen auch als Folge von unzureichendem **Unterhalt** und **Überladung von LKW** weiterhin eine schlechte Qualität auf, was Überlandtransporte erheblich erschwert (siehe unten stehende Fotos). Ein weiteres wesentliches Problem stellt die **Erhebung illegaler Abgaben** an Straßenkontrollposten dar.

Schifffahrt ist auf den Flüssen Senegal und Niger nur während einiger Monate in der Hochwassersaison möglich. Eingesetzt werden in

erster Linie lokal gefertigte **Holzkähne**.

In Bamako befindet sich der größte **internationale Flughafen** des Landes, der in den vergangenen Jahren umfassend ausgebaut und modernisiert wurde. Bereits in 2011 wurde der **Ausbau** des Flughafens der Regionalhauptstadt Kayes zu einem internationalen Flughafen abgeschlossen. Hierdurch wurde, zumindest **zeitweilig**, die Erreichbarkeit weiter Teile Westmalis erheblich verbessert.

Die Fluggesellschaft **Air Mali** flog bis zur Einstellung ihres Flugbetriebes Ende 2012 eine Reihe von Zielen im In- und Ausland an. Die Flughäfen in Mopti/Sévaré, Timbuktu, Gao und Kayes wurden bis zum Ausbruch des jüngsten Konfliktes in den Wintermonaten auch von europäischen Charterlinien angeflogen, die insbesondere von ausländischen Touristen genutzt wurden.



Fotos: Manfred Matz



Fotos: Manfred Matz



In weiten Teilen des Landes herrschen teilweise katastrophale Straßenverhältnisse, welche den wirtschaftlichen Austausch erschweren und hohe Transportkosten verursachen

Nationale Symbole

Im Mittelpunkt des **Textes** der **Nationalhymne** „Le Mali“ steht neben dem Aufbau und der Verteidigung der malischen Nation auch die Verwirklichung der afrikanischen Einheit.

Die Farben der **Nationalflagge** symbolisieren die Hoffnung (grün), das Gold (gelb) und das Gedenken (rot) an die im Kampf um die nationale Souveränität Gestorbenen. Bei den Farben handelt es sich um die panafrikanischen Farben.

Im **Staatswappen** erscheint unter der offiziellen Staatsbezeichnung der Schriftzug „Ein Volk - ein Ziel - ein Glaube“. Als Symbole sind im Wappen abgebildet eine Taube, ein Stadtsymbol, ein stilisierter Sonnenaufgang und zwei Bögen.

Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Mali blickt zurück auf eine sehr lange und von Konflikten geprägte Geschichte. Seit 1991 galt das Land als ein demokratischer Hoffnungsträger auf dem afrikanischen Kontinent. Der Militärputsch Anfang 2012 und der Krieg in Nordmali haben das Land jedoch in eine schwere Krise gestürzt.



Vertreter einer Landgemeinde in der Region Ségou, Foto: Kai-Uwe Seebörger

Tag der Unabhängigkeit
22. September 1960

Staatsoberhaupt
Ibrahim Boubacar Keita

Regierungschef
Soumeylou Boubèye Maiga

Politisches System
demokratisches Mehrparteiensystem

Politische Transformation (BTI)
Rang 62 von 129 (2018)

Korruptionsindex (CPI)
Rang 120 von 180 (2018)

Ibrahim Index of African Governance
Rang 76 von 134 (2018)

Besonderheiten der Landesgeschichte

Wesentliche historische Epochen bis zur Unabhängigkeit

Mali weist eine lange und bewegte **Geschichte** auf. Die Republik Mali gab sich ihren Namen in Erinnerung an das westafrikanische **Großreich Mali** unter der Keita-Dynastie (Blütezeit: 12.-14. Jahrhundert), das von den Malinké gegründet wurde und als das bedeutendste frühmittelalterliche Großreich Westafrikas angesehen wird. Das zweite wichtige mittelalterliche Reich war das **Songhay-Reich**, das Ende des 14. Jahrhunderts gegründet wurde und ebenso wie das Mali-Reich weite Teile Westafrikas umfasste. Unter dem berühmtesten Songhay-Herrscher, Mohammed Askia, kam es zunehmend zur Adaption arabisch-islamischer Lebensformen und insbesondere Timbuktu erlebte eine **Phase kultureller Blüte**.



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



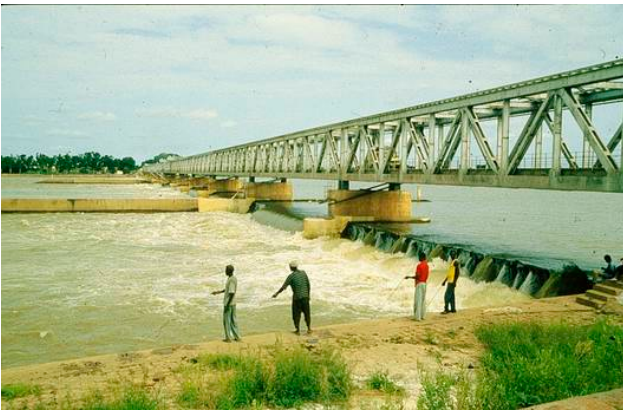
Der Lehm- und Ziegelaufbau der Grabmoschee des Songhay-Herrschers Mohammed Askia in Gao (oben) wurde inspiriert von den Pyramiden Ägyptens. Links die Sankoré-Moschee in Timbuktu, deren heutiger Grundriss auf einer Erweiterung während der Blütezeit Timbuktus im 15. Jahrhundert basiert

Am Ende des 16. Jahrhunderts drangen marokkanische Truppen nach Westafrika ein und schlugen die Armee des Songhay-Reiches vernichtend. In der Folge lösten sich die Bambara ab dem 17. Jahrhundert aus der Vorherrschaft der Songhay und bauten eine Reihe von **Herrschaftszentren** entlang des Niger um Ségou auf. Untereinander zerstritten waren die Bambara nicht in der Lage sich gegen die aus Guinea einfallenden Krieger des Volkes der **Toucouleur** zu wehren, die bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Macht im nahezu gesamten heutigen Staatsgebiet Malis übernahmen.

Über lange Zeit gab es in Europa nur sehr wenige Kenntnisse über die Gebiete südlich der Sahara, und insbesondere Timbuktu wurde als eine **sagenumwobene Stadt** betrachtet. Erst 1828 wurde sie von dem Franzosen **René Caillé** als zweitem Europäer nach Gordon Laing betreten.

Das Gebiet der heutigen Republik Mali wurde am Ende des 19. Jahrhunderts von der französischen Kolonialarmee erobert. Der bewaffnete Widerstand gegen die Invasoren hielt noch bis zur Jahrhundertwende an, brach dann aber zusammen. 1892 erfolgte die Gründung der französischen Kolonie **Soudan**. Im Jahre 1904 erreichte die Bahnlinie von Dakar Richtung Mali den Niger bei Bamako, das daraufhin 1908 Hauptstadt der Kolonie wurde. 1920 untergliederte die französische Kolonialmacht ihre westafrikanischen Territorien in acht Teilkolonien, wobei das Territorium der heutigen Republik Mali dem damaligen Französisch-Sudan entsprach.

Infolge der Zwangseingliederung in das französische Kolonialsystem wurde die Kolonie zu einem Rohstofflieferanten (Baumwolle, Erdnüsse) und Absatzmarkt für Fertigprodukte degradiert. Zudem wurden in großem Stil Arbeiter und **Soldaten für die Kolonialarmee** zwangsrekrutiert.



Beim Bau des Markala-Staudamms (fertiggestellt 1947) nördlich von Ségou wurden von der französischen Kolonialmacht Tausende Zwangsarbeiter eingesetzt

Foto: Kai-Uwe Seebörger

Nach dem zweiten Weltkrieg führte das wachsende politische Bewusstsein in den französischen Kolonialgebieten Westafrikas 1946 zur Gründung der Nationalbewegung **Rassemblement Démocratique Africain** (RDA). Einer der Führer der RDA war der spätere erste Staatspräsident der Republik Mali, **Modibo Keita**. 1958 wandelte Frankreich Französisch-Sudan in die halbautonome République Soudanaise um. 1959 bildeten der Senegal und die République Soudanaise die **Mali-Konföderation**, die jedoch von kurzer Lebensdauer war, da sie bereits im August 1960 zerbrach. Am 22. September 1960 rief Modibo Keita die **unabhängige Republik Mali** aus. Seit dieser Zeit ist der 22. September malischer Nationalfeiertag.

Der Verlauf der Grenzen der Republik Mali entspricht bis heute den Verwaltungsgrenzen der ehemaligen Teilkolonie Französisch-Sudan. Der Grenzverlauf ignoriert geographische und ethnische sprachliche Einheiten. So zerschneidet die Grenze zwischen Mali und Burkina Faso das Siedlungsgebiet der Bobo und die malisch-nigrische Grenze das Siedlungsgebiet der Songhay.

Entwicklung des heutigen Staates

Unter dem ersten Staats- und Regierungschef Modibo Keita betrieb die malische Regierung eine blockfreie und sozialistisch orientierte Politik, wobei das regierende Einparteiensystem sowohl zur Sowjetunion wie auch zur Volksrepublik China gute Beziehungen unterhielt. 1961 setzte Modibo Keita die **Schließung der französischen Militärbasen** in Mali durch. In den Jahren 1962 bis 1964 schlug die Armee in Nordmali einen bewaffneten **Aufstand von Tuareg-Gruppen** nieder. Dessen blutige Niederschlagung legte den Grundlagen für weitere Tuareg-Rebellionen ab den neunziger Jahren (siehe unter "Konfliktzone Nordmali"). Nach einer Reihe gesellschaftlich und innenpolitisch umstrittener Reformen wurde Modibo Keita 1968 vom Militär gestürzt und das Land anschließend 23 Jahre von einer **Militärdiktatur unter Moussa Traoré** regiert. Die Umstände der **Ermordung Modibo Keitas** 1977 werfen bis heute noch Fragen auf.

Im März 1991 wurde nach blutigen Unruhen, die insbesondere in Bamako zahlreiche Opfer forderten, der Diktator Traoré und die das Land regierende Einheitspartei von einer Gruppe Soldaten unter Führung von Oberstleutnant Amadou Toumani Touré gestürzt. Nach seiner Verhaftung wurde Moussa Traoré 1999 zum Tod verurteilt, die Todesstrafe wurde jedoch wenige Monate später in eine lebenslange Haft umgewandelt. Nach seiner Begnadigung in 2002 wurde Moussa Traoré aus der Haft entlassen und lebt seither in Bamako. Für Aufsehen und Kritik sorgte seine Teilnahme an der Amtseinführung des in 2013 gewählten Präsidenten Ibrahim Boubacar Keita.

Die Dritte Republik



*Amadou Toumani Touré,
Staatspräsident von Mai 2002
bis März 2012*

Der von Amadou Toumani Touré (populäre Kurzbezeichnung: ATT) geleitete Nationale Verteidigungsrat betonte von Anfang an seine Bereitschaft, einen möglichst schnellen Übergang hin zu einer zivilen Regierung zu ermöglichen. Anfang 1991 wurde eine Übergangsregierung gebildet. Im Sommer 1991 wurde in Bamako eine **Nationalkonferenz** abgehalten, an der 1.500 Delegierte mit unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Hintergründen teilnahmen. Die Delegierten erarbeiteten unter anderem eine neue Verfassung und ein Wahlgesetz, welche die Basis für das malische Mehrparteiensystem bildeten. Anfang 1992 wurde die erste freie Parlamentswahl durchgeführt (seitdem spricht man in Mali von der Dritten Republik), aus der die **ADEMA-Partei** als klarer Sieger hervorging. Bei der ebenfalls Anfang 1992 abgehaltenen Präsidentschaftswahl wurde der Kandidat der ADEMA, **Alpha Oumar Konaré**, zum ersten demokratisch gewählten Präsidenten Malis gewählt, der in der zweiten Präsidentschaftswahl 1997 in seinem Amt bestätigt wurde.



Vor dem Parlament in Bamako / Foto: Frank Kirschner

Während sie bei der **Parlamentswahl in 1997** als mit weitem Abstand stärkste Partei hervorging, musste die ADEMA bei der folgenden **Parlamentswahl in 2002** schwere Verluste hinnehmen, die unter anderem mit **parteiinternen Streitigkeiten** (Abspaltung eines ADEMA-Flügels und Gründung der Partei RPM) und **Vorwürfen des Machtmissbrauchs und der Misswirtschaft** erklärt wurden. Im Mai 2002 gewann der Parteilose **Amadou Toumani Touré** mit 64 % der Stimmen die Präsidentschaftswahl und löste Alpha Oumar Konaré ab, der aufgrund der Verfassung kein drittes Mal als Präsidentschaftskandidat antreten konnte.

Militärputsch im März 2012

Im März 2012 fand ein **Militärputsch** statt. Militärs unter der Führung von **Hauptmann Amadou Sanogo** stürmten den Präsidentenpalast, erklärten die Regierung für inkompetent und abgesetzt und verhängten vorübergehend eine nächtliche Ausgangssperre. Zudem verhafteten sie einen Teil der Regierungsmitglieder. Präsident Touré jedoch konnte entkommen und sein Aufenthaltsort blieb über eine längere Zeit unbekannt. In Bamako kam es zu **Plünderungen** durch Soldaten und von der Situation Profitierenden. Auch aus diesem Grund begegnete ein wesentlicher Teil der Bevölkerung den Putschisten sehr frühzeitig mit Misstrauen und **Ablehnung**. Der Putsch traf aber auch bei zahlreichen Maliern auf **Zustimmung** oder zumindest Duldung.

Als Hauptgrund für ihr Handeln benannten die **Putschisten** eine tiefe Unzufriedenheit mit der ihrer Meinung nach unzureichenden Ausstattung und Bewaffnung sowie mangelhaften Führung der im Norden des Landes gegen Rebellengruppen kämpfenden Armee. Der Nordmali-Konflikt wird innerhalb dieses Länderinformationsportals unter „Konfliktzone Nordmali“ behandelt.

Wenige Tage **nach dem Putsch** verurteilten nahezu alle bedeutenden Parteien, ebenso wie wichtige zivilgesellschaftliche Organisationen und Vereinigungen, den Militärputsch und forderten die

Rückkehr zur Demokratie. Zudem wurden zwei neue **Parteienbündnisse** gegründet, wobei es sich einerseits um ein putschistenfreundliches Bündnis, andererseits um ein 38 Parteien vereinigendes Pro-Demokratie-Bündnis handelte.

Die Militärregierung, die sich Nationales Komitee für die Errichtung der Demokratie und die Wiederherstellung des Staates nannte, sah sich schon sehr früh einer **klaren Ablehnung** und zunehmendem Druck seitens der internationalen Staatengemeinschaft und der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gegenüber. Letztere drohte zudem mit ernstesten **Sanktionen**, sollten die Militärs die Macht nicht binnen kurzer Zeit freiwillig abgeben.

Im April 2012 erklärten sich schließlich die Militärs bereit, den Weg zu einer **Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung** zu ebnen, indem sie eine Vereinbarung mit der ECOWAS schlossen, welche die Machtübergabe an eine zivile Regierung vorsah. Zugleich trat der gestürzte Präsident Touré offiziell zurück, um die **Machtübergabe an eine Übergangsregierung** zu ermöglichen, und **floh** nach Senegal. Der bisherige Parlamentspräsident Dioncounda Traoré wurde zum Übergangspräsident vereidigt. In der von den Militärs eingesetzten Regierung, die vom Übergangspräsidenten Traoré und dem im April 2012 neu ernannten Premierminister Cheick Modibo Diarra geleitet wurde, waren neben zahlreichen Zivilisten auch den Putschisten nahe stehende hochrangige Militärs vertreten.

Es ist davon auszugehen, dass in der sich Regierung der Nationalen Einheit nennenden Übergangsregierung die Anführer des Putsches im Hintergrund immer noch über eine erhebliche Macht verfügten. Dies zeigte sich in aller Deutlichkeit, als Ende 2012 offenbar auf Befehl von Amadou Sanogo handelnde Militärs den damaligen **Premierminister verhafteten** und ihn zum Rücktritt zwangen. Mit Cheick Modibo Diarra trat die gesamte Regierung zurück. Die erneute offene Einmischung der Militärs stieß auf **internationale Verurteilung** und zeigte die große Bedeutung des in dieser Phase fortbestehenden **Schattenregimes** unter Führung von Amadou Sanogo. So wurde zum Beispiel dem gestürzten Premierminister Diarra die Möglichkeit einer **Ausreise verweigert**.

Nur einen Tag nach der gewaltsamen Entmachtung von Cheick Modibo Diarra ernannte der Übergangspräsident Traoré **Diango Cissoko** zum neuen Premierminister, der eine neue Regierung bildete. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand in der Vorbereitung der Präsidenten- und Parlamentswahlen im Sommer / Herbst des Jahres, die nachfolgend unter "Wahlen" behandelt werden.

Ende 2013 wurde Amadou Sanogo festgenommen. Im November 2016 wurde ein Gerichtsverfahren gegen ihn begonnen, wobei die **Anklage** auf Mord lautet. Ihm wird vorgeworfen, für die **Ermordung** von mindestens 21 Soldaten verantwortlich zu sein. Der Prozess wurde nach wenigen Wochen unterbrochen und soll zu einem bislang unbestimmten Zeitpunkt fortgesetzt werden.

Im Dezember 2017 besuchte der ehemalige Präsident Touré nach über fünfjährigen Exil in Senegal zum ersten Male erneut Mali, was als ein **Beitrag zur nationalen Aussöhnung** bewertet wird.

Staat

Staatsform, Verfassung und Gewaltenteilung

Die malische **Verfassung** von 1992 lehnt sich an die französische Verfassung von 1958 mit einer Exekutive von Präsident (Staatsoberhaupt) und Premierminister (Regierungschef) an. Das Regierungssystem stellt eine Präsidialdemokratie dar. Der Präsident und die Abgeordneten des Parlaments, der **Nationalversammlung**, werden für jeweils fünf Jahre in freien und geheimen Wahlen vom Volk gewählt.

Das Amt des Premierministers hatte von 2004 bis zu seinem Rücktritt in 2007 **Ousmane Issoufi Maiga** inne. Neuer Premierminister wurde Modibo Sidibé, der als enger Gefolgsmann des damaligen Präsidenten Touré galt. Nach dem in 2011 erfolgten **Rücktritt von Premierminister Sidibé**, für den offiziell keine Gründe genannt wurden, und der Regierung, wurde mit **Cissé Mariam Sidibé Kadiama** erstmalig in der Geschichte der Republik Mali eine Frau zur Premierministerin ernannt und mit der **Regierungsbildung** beauftragt.

Im Zuge der mit den Putschisten vereinbarten Rückgabe der Macht an eine zivile Regierung wurden im April 2012 **Dioncounda Traoré** zum Übergangspräsidenten und **Cheick Modibo Diarra** zum Premierminister ernannt. Nach dem von Militärs erzwungenen Rücktritt von Cheick Modibo Diarra wurde im Dezember 2012 Diango Cissoko neuer Premierminister. Im September 2013 ernannte Präsident Keita **Oumar Tatam Ly**, einen als politisch relativ unerfahren geltenden Wirtschaftsexperten, zum Premierminister. Dieser trat im April 2014 zurück. Zu seinem Nachfolger wurde **Moussa Mara** ernannt, der trotz seines vergleichsweise jungen Alters als Politikveteran galt. Sein im Januar 2015 erfolgter **Rücktritt** stand in einem engen Zusammenhang mit Vorwürfen, die ihm eine Mitverantwortung für das Debakel der Armee in Kidal im Mai 2014 anlasteten. Sein **Nachfolger Modibo Keita** war bereits unter dem Diktator Traoré einige Jahre Außenminister. Von April 2017 bis Dezember 2017 hatte der aus Nordmali stammende **Abdoulaye Idrissa Maiga** das Amt des Premierministers inne. Im Dezember 2017 wurde der ebenfalls aus Nordmali stammende **Soumeylou Boubèye Maiga** zum Premierminister ernannt. Er gilt als enger Vertrauter von Präsident Keita und war von September 2013 bis April 2014 Verteidigungsminister. Er ist der sechste Premierminister in nur fünf Jahren.

In 2010 schlug der damalige Präsident Touré eine umfassende **politisch-institutionelle Reform** vor, die ursprünglich Gegenstand einer **Volksabstimmung** in 2012 sein sollte. Gegen das Reformprojekt wurden jedoch erhebliche **Bedenken** geäußert.

Im Juni 2017 verabschiedete das Parlament einen Entwurf für eine Verfassungsänderung, der unter anderem eine Stärkung der Stellung des Präsidenten vorsah. Jedoch war der Entwurf **nicht unumstritten**. Insbesondere angesichts **zahlreicher Proteste** der Opposition und zivilgesellschaftlicher Gruppen gab Präsident Keita im August 2017 die Aufgabe des Vorhabens der von der Regierung **angestrebten Verfassungsänderung** bekannt.

Die Regierung leistet sich eine im Vergleich zur Bevölkerungszahl große Anzahl von insgesamt 32 Ministerien, deren Leistungsfähigkeit ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ministerien in vielen Fällen als recht begrenzt zu bezeichnen ist. Unter den 32 Ministern der im **September 2018** gebildeten gegenwärtigen Regierung befinden sich zehn Frauen, unter ihnen mit **Nina Walett Intalou** (Ministerin für Handwerk und Tourismus) eine Ex-Rebellin der Mouvement National de Libération de l'Azawad (MNLA). Erstmals wird das Außenministerium mit **Kamissa Camara** von einer Frau geleitet.

Formaler Staatsaufbau und Territorialverwaltung

Das Staatsgebiet ist in zehn zentralstaatliche **Verwaltungsregionen** (régions) aufgeteilt, die sich wiederum aus 49 Kreisen (cercles) zusammensetzen. Eine administrative Sonderstellung nimmt der Distrikt Bamako ein, der das Gebiet der Hauptstadt Bamako umfasst.

Die Verwaltungsstruktur besteht aus vier Verwaltungsebenen: Zentralregierung, Regionalversammlungen, Kreisräten und den seit 1999 eingerichteten Gemeinderäten (conseils de commune), die die unterste Machtebene bilden. Diese werden von der wahlberechtigten Bevölkerung für fünf Jahre gewählt werden. Auf Kreisebene existieren Kreisräte (conseils de cercle). Jede Gemeinde entsendet gewählte Abgeordnete in den Kreisrat. Die Regionen werden von Regionalversammlungen regiert, in denen gewählte Kreisratsabgeordnete sitzen. Die beschriebene mehrschichtige Struktur stellt sicher, dass der politische Wille der Gemeindebewohner und damit der

wahlberechtigten Bevölkerung von ausschlaggebender Bedeutung ist.

In 2011 wurde ein Gesetzentwurf zur **administrativen Neuordnung** des Landes verabschiedet, der unter anderem die Erhöhung der Zahl der Verwaltungsregionen auf zukünftig 19 Regionen vorsah. Anfang 2016 wurde mit der **Schaffung der Regionen Taoudéni und Ménaka** die Zahl der Verwaltungsregionen von acht auf zehn erhöht.

Im Oktober 2018 wurde bekannt, dass die Schaffung von insgesamt **20 Verwaltungsregionen** geplant ist. In der Folge kam es zu Demonstrationen und **Protestaktionen**, in deren Mittelpunkt der territoriale Zuschnitt der neuen Regionen und Cercle stand.

Die **Politik der Dezentralisierung** gehört mit zu den wichtigsten Kernprogrammen der malischen Regierung. Im Zuge der Dezentralisierung wurden seit 1999 insgesamt 703 **Kommunen** geschaffen. Die Gemeinderäte wurden in zwei Wahlrunden 1998/1999 gewählt. Bei der zweiten Kommunalwahl in 2004 wurde die geschwächte ADEMA mit lediglich 28 % stärkste Partei. Bei der dritten **Kommunalwahl in 2009**, einer wichtigen Testwahl für das Wahljahr 2012, behaupteten die ADEMA und ihre Verbündeten ihren führenden Platz. Vereinzelt wurden Unregelmäßigkeiten und Betrugsversuche beklagt. Insgesamt wurde die Wahl aber von einem weitest gehend ruhigen und geordneten **Verlauf** geprägt. Wie zu wichtigen Wahlen üblich hat die **Unabhängige Nationale Wahlkommission** auch zu dieser Wahl einen Bericht verfasst.

Die **Kommunalwahlen im November 2016** galten als ein **Test** dafür, ob die Regierung die Kontrolle über das gesamte Staatsgebiet wiedererlangt hat. Allerdings wurde, trotz erheblicher logistischer Unterstützung der MINUSMA bei der Vorbereitung der Wahlen, in den nordmalischen Regionen Kidal, Ménaka und Taoudéni auf Grund eines Wahlboykottauf Rufes seitens extremistischer Tuareggruppen nicht gewählt. Zudem konnten in den Regionen Timbuktu und Mopti in einigen Gemeinden keine Wahlen durchgeführt werden, wozu auch politisch motivierte Gewalttaten beitrugen. Die Kommunalwahlen waren seit April 2014 auf Grund der instabilen Lage in weiten Landesteilen **viermal verschoben** worden. Vor den Wahlen hatte die Opposition vor massiven **Wahlfälschungen** seitens der RPM und ihrer Verbündeten gewarnt.

Im Zuge der Dezentralisierung wurde den **Gemeinden** schrittweise die Zuständigkeit für ein breites Spektrum von Aufgabenbereichen übertragen, welche die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinden betreffen (zum Beispiel Primärbildung, **Wirtschafts- und Tourismusförderung**, Wasserversorgung und **Landnutzungsplanung**). Die Gemeinden können Kredite aufnehmen, eigenes Personal einstellen sowie Steuern und Abgaben erheben. Zu den größten gegenwärtigen Herausforderungen für die Kommunen gehören die **Bürgerbeteiligung**, die Armutsbekämpfung, die **Flächennutzung**, Probleme bei der Übertragung von **Ressourcen und Kompetenzen** auf die Kommunen sowie die **Erhöhung der kommunalen Einnahmen**. Mancherorts bereiten auch Korruption, unzureichend motivierte Mitarbeiter und **Bodenspekulation** Probleme.



Vertreter einer Landgemeinde in der Region Ségou / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Recht, Ordnung und staatliche Sicherheit

Im Zuge der seit 1991 erfolgten politischen Transformation wurde ein unabhängiges **Rechtssystem** geschaffen, dessen Vertreter sich in der Öffentlichkeit allerdings vielfach Vorwürfen der Bestechlichkeit und der Günstlingswirtschaft ausgesetzt sehen. Das **Justizwesen** ist insgesamt als schwach zu beurteilen. Auch aus diesem Grunde werden **Verbesserungen** im Justizwesen angestrebt. Das **Vertrauen** vieler Bürger in die Polizei und **Justiz** ist als eher gering zu bewerten.

Jedem Bürger steht theoretisch die Möglichkeit offen, sich bei Streitfällen mit staatlichen Institutionen an einen von der Regierung eingesetzten unabhängigen Schlichter (**Méiateur de la République**) zu wenden.

In verstärktem Maße wollen die Sicherheitskräfte gegen den sich im Lande, aber auch in den Nachbarländern ausbreitenden **Drogenhandel** vorgehen.

Innenpolitische Themen

Machthaber und Machtgruppen

Die Rolle des Militärs als einer nach dem Putsch im März 2012 erneut wichtig gewordenen Machtgruppe wird innerhalb dieses Länderinformationsportals unter "Die Dritte Republik" behandelt.

Von zentraler Bedeutung für das politische Geschehen sind die zahlreichen politischen Parteien. Aktuell gibt es in Mali über 170 Parteien, von denen jedoch nur 12 im Parlament vertreten sind. Zahlreiche Parteien profitieren von **finanzieller Unterstützung** durch die Regierung.

Seit der Parlamentswahl in 2013 (siehe das folgende Unterkapitel) wird das Parlament von der **RPM** (Rassemblement pour le Mali) und den mit ihr verbündeten Parteien (zusammengeschlossen in der **Koalition Le Mali d'abord**) **dominiert** (zum Zeitpunkt der Wahl: 115 Sitze von 147 Sitzen). Stärkste Partei im Parlament ist die von Präsident Keita geführte RPM (60 Sitze), gefolgt mit weitem Abstand von der mit ihr verbündeten ADEMA (21 Sitze). Wichtigste **Oppositionspartei** ist die **URD** (Union pour la république et la démocratie), eine aus der ADEMA hervorgegangene Partei, die im Parlament über 17 Sitze verfügt und von **Soumaila Cissé** geführt wird. Seit August 2016 haben mehrere Parlamentsabgeordnete und die ADP-Maliba der RPM ihre **Unterstützung entzogen**, was Anlass zu Mutmaßungen über die Bildung einer großen Koalition gegeben hat.

Große Aufmerksamkeit erfuhr in 2010 die Gründung einer neuen, dem damaligen Präsidenten nahe stehenden Partei. Mit der Gründung der **PDES** (Parti pour le développement économique et solidaire) erfuhr die Parteienlandschaft Malis eine zeitweilige erhebliche Veränderung.

In 2011 schlossen sich 15 Parteien zum Parteienbündnis **Partis Unis pour la République** zusammen.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2018 schlossen sich im April 2018 60 Parteien und politische Vereinigungen, die zur Opposition zählen, zum Parteienbündnis **Coalition pour l'Alternance et le Changement** zusammen. Ziel des Bündnisses war die Verhinderung der Wiederwahl von Präsident Keita.



Parteibüro in Goundam, Region Timbuktu / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Mali galt bis zum Militärputsch in 2012 als **demokratisches Musterland** in Westafrika. Allerdings

wurde die politische Landschaft geprägt von einer ausgesprochenen Konsensdemokratie und einer schwachen Opposition. Nach Auffassung von **Kritikern** verwendete die Regierung viel Energie darauf, weitest gehenden Konsens für in der Gesellschaft diskutierte Fragen herzustellen, was in vielen Fällen zu Lasten realistischer Lösungsstrategien für die zahlreichen drängenden Zukunftsprobleme des Landes gehe.

Eine Studie der **Friedrich-Ebert-Stiftung** vermittelt einen kritischen Überblick über die malische Parteienlandschaft und die Institutionen des Mehrparteiensystems vor dem jüngsten Militärputsch. Die Autoren kamen unter anderem zu dem Ergebnis, dass die wichtigsten Parteien über keine kohärenten, hinreichend durchdachten Partei- und Wahlprogramme verfügen. Zudem haben die von den Parteien zu politischen, ökonomischen und sozialen Fragestellungen erarbeiteten Dokumente mehr Pamphlet- als Programmcharakter.

Die große Mehrheit der malischen Bevölkerung stand zumindest bis zum jüngsten Militärputsch hinter dem demokratischen System. Von nicht wenigen Maliern wurden immer wieder aber auch unerwünschte vermeintliche Begleiterscheinungen der **Demokratisierung** beklagt, so zum Beispiel abnehmender Respekt vor traditionellen Strukturen und staatlichen Organen. Zudem wurden der Staat und seine Institutionen in zunehmendem Maße als schwach und korrupt angesehen.

Einen guten Überblick über die **demokratische Entwicklung** bis 2005 bietet die Dokumentation einer im gleichen Jahr von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Tagung.

Viele Malier bewerten das Engagement von Einzelpersonen in politischen Parteien nicht primär als Ausdruck einer politischen Einstellung, sondern als eine Möglichkeit zur Verbesserung der persönlichen Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse (finanzielle Vergünstigungen, Aufnahme in Netzwerke, Aufstiegschancen).

Wahlen

Zur Präsidentschaftswahl in 2007 waren insgesamt acht Kandidaten angetreten, unter denen sich eine Frau befand. Der Präsidentschaftswahlkampf wurde beherrscht von den Aktivitäten verschiedener **Allianzen** und Vereinigungen, von denen die wichtigsten die **Alliance pour la Démocratie et le Progrès** (ADP), die **Mouvement Citoyen** sowie die **Front pour la Démocratie et la République** (FDR) waren.

Angesichts der großen Popularität des amtierenden Präsidenten und seiner massiven Unterstützung seitens der staatlichen Medien, eines breiten Bündnisses von 33 Parteien sowie der **Mouvement Citoyen** wurde in 2007 von 16 Parteien und Vereinigungen die FDR gegründet, die sich die Verhinderung der Wiederwahl des damaligen Amtsinhabers Touré zum Ziel gesetzt hatte.

Wichtigste Themen im Wahlkampf waren die sozioökonomische Situation sowie die Armutsbekämpfung. Die ruhig verlaufene **Wahl** Anfang 2007 (36 % Wahlbeteiligung) endete mit einem überwältigenden **Sieg des Amtsinhabers**, der 71,2 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Sein wichtigster Herausforderer, der Präsident der Nationalversammlung Ibrahim Boubacar Keita, belegte mit 18,6 % den zweiten Platz.

Die besten Ergebnisse erzielte der Wahlgewinner und wiedergewählte Amtsinhaber Touré in den nordmalischen Regionen Timbuktu und Gao, wohingegen Ibrahim Boubacar Keita vor allem in Bamako und Teilen Westmalis seine höchsten Stimmenanteile erzielte.

Während internationale Wahlbeobachter die Präsidentschaftswahl als fair bezeichneten, beklagte die FDR, dass die Anhänger des Amtsinhabers während des Wahlkampfes in großem Maßstab missbräuchlich die Verwaltung für ihre Zwecke instrumentalisiert hätten.

Bei der von internationalen Wahlbeobachtern als fair bezeichneten **Parlamentswahl in 2007** errang das Parteienbündnis ADP einen klaren Sieg und stellte eine sehr große Mehrheit der Abgeordneten

(128 der insgesamt 147 Abgeordneten). Das Parteienbündnis FDR schnitt hingegen sehr schwach ab und stellt nur noch 15 Abgeordnete. Angesichts der von ihnen erhobenen Vorwürfe riefen einige Kandidaten das Verfassungsgericht an, das die Wahlergebnisse aber weitestgehend bestätigte.

Die **Wahlbeteiligung** betrug in der zweiten Runde der Parlamentswahl landesweit 32 %, wobei erhebliche regionale Unterschiede in der Ausprägung des Problems der niedrigen Wahlbeteiligung auszumachen waren, wobei insbesondere in Bamako eine besonders niedrige Beteiligung registriert wurde. Auffällig war auch, dass nur 16 % der bisherigen Abgeordneten den Wiedereinzug in das Parlament geschafft haben.

Im Hinblick auf die ursprünglich für April 2012 angesetzte Präsidentschaftswahl, deren Abhaltung durch den Militärputsch im März 2012 verhindert wurde, widersprach der damalige Präsident Touré wiederholt **Vermutungen**, er strebe eine dritte Amtsperiode an. Ende 2011 hatten bereits **16 Bewerber** ihre Kandidatur zur Präsidentschaftswahl angemeldet. Mitte 2011 wählte die ADEMA Dioncounda Traoré, den zu dem Zeitpunkt amtierenden Präsidenten der Nationalversammlung, zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl. **Gute Chancen** wurden auch Ibrahim Boubacar Keita eingeräumt. Neben dem ehemaligen Premierminister **Modibo Sidibé** trat mit **Soumana Sako** ein weiterer ehemaliger Premierminister als Präsidentschaftskandidat an.

Angesichts erheblicher Meinungsunterschiede in Bezug auf die Erstellung der Wählerlisten für das Wahljahr 2012 warnten in 2011 32 Parteien vor einem **möglichen Wahlchaos**. Der damalige Präsident Touré wiederum versprach in seiner Neujahrsansprache 2012 freie und transparente Wahlen.

Anfang 2013 kündigte die Regierung freie **Präsidentschafts- und Parlamentswahlen** an, denen bei der angekündigten **Rückkehr zu einer demokratischen Grundordnung** eine sehr große Bedeutung zufiel.

Zur Präsidentschaftswahl in 2013 waren insgesamt **27 Kandidaten** zugelassen, unter denen sich mehrere ehemalige Premierminister und lediglich eine Frau befanden. Bei der in zwei Durchgängen im **Juli und August 2013** durchgeführten Wahl gewann mit 77,6 % der Stimmen Ibrahim Boubacar Keita, den einige malische Kommentatoren als den Wunsch Kandidaten Frankreichs bezeichneten. Mit weitem Abstand (22,4 %) folgte Soumaila Cissé. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Durchlauf bei 53 %, was einem Rekordwert entsprach (zum Vergleich Präsidentschaftswahl in 2007: 36 % Wahlbeteiligung). In der anschließenden **Stichwahl** hingegen war die Wahlbeteiligung deutlich geringer. Wahlbeobachter der AU bezeichneten die Wahl als glaubwürdig und transparent.

Bei der **Parlamentswahl in 2013** (37 % Wahlbeteiligung), zu der **417 Kandidaten** zugelassen waren, konnte sich die RPM als klarer Wahlsieger durchsetzen. Mit 60 Parlamentssitzen konnte sie die Zahl ihrer Sitze im Vergleich zur Parlamentswahl in 2007 (11 Sitze) mehr als verfünffachen. Auch die oppositionelle URD konnte mit 17 Sitzen stark zulegen (3 Sitze in 2007). Klarer Verlierer hingegen war die ADEMA, die nur noch mit 21 Abgeordneten (51 Abgeordnete in 2007) im Parlament vertreten ist. An der Wahl nahmen Tausende internationale und nationale **Wahlbeobachter** teil. Dennoch wurde in zahlreichen Fällen der **Kauf von Wählerstimmen** beobachtet.

Angesichts der sehr angespannten Sicherheitslage in weiten Teilen Nord- und Zentralmalis stellte die Vorbereitung und Durchführung der **Präsidentschaftswahl in 2018** eine sehr erhebliche Herausforderung dar. Zu der in zwei Wahlgängen im Juli und August 2018 durchgeführten Wahl waren **24 Kandidaten** zugelassen (unter ihnen mehrere ehemalige Premierminister und lediglich eine Frau). Im Vorfeld der Wahl kam es in Bamako im Juni 2018 zu schweren **Auseinandersetzungen** zwischen der Polizei und Anhängern der Opposition, die für einen gleichberechtigten Zugang der Opposition zum staatlichen Fernseh- und Radiosender im Wahlkampf demonstrierten. Im Gegensatz zum ersten Wahlgang, der von Gewalt und Unregelmäßigkeiten überschattet wurde, konnte der zweite Wahlgang weitgehend friedlich und geordnet durchgeführt werden. In ihm setzte sich der Amtsinhaber Ibrahim Boubacar Keita mit 67,2 % der Stimmen gegen seinen Herausforderer Soumaila Cissé durch, der lediglich 32,8 % erhielt. Cissé hatte bereits das Ergebnis des ersten Wahlgangs nicht anerkannt, und er hielt auch nach seiner **Niederlage** in der Stichwahl an seinen massiven Betrugsvorwürfen gegen das Präsidentenlager fest. Wahlbeobachter der EU bemängelten hinsichtlich

der Durchführung der Wahl verfahrensmäßige **Unregelmäßigkeiten**. Die Wahlbeteiligung betrug nach Angaben der staatlichen Wahlkommission im ersten Wahlgang 42,7 %, wohingegen die nichtstaatliche Wahlbeobachterorganisation POCIM lediglich 37 % ermittelte.

Die für Ende 2018 geplante Parlamentswahl wurde im Oktober 2018 auf Juni 2019 **verschoben**.

Wichtige politische Entscheidungen

Neben der langfristigen Lösung der Konflikte in Nord- und Zentralmali nehmen die Bekämpfung der Armut, die Förderung der Wirtschaftsentwicklung sowie die Konsolidierung des demokratischen Systems und des Dezentralisierungsprozesses eine zentrale Bedeutung in der **Regierungspolitik** ein.

Die malische Regierung war sich frühzeitig darüber im Klaren, dass die neuen Gemeinden zumindest in den ersten Jahren einen erheblichen Beratungs- und Fremdfinanzierungsbedarf haben würden, um funktionstüchtig zu werden und zumindest einen Teil der von ihnen geplanten Einrichtungen und Infrastrukturen errichten zu können. Daher wurde ein **Förderungsinstrumentarium** eingerichtet, das die Förderung von kommunalen Investitionen zum Ziel hat. Bis zum angestrebten Fernziel von finanziell eigenständigen Gemeinden scheint es in den meisten Fällen aber noch ein langer, beschwerlicher Weg zu sein. Einen guten Überblick über das vielfältige Arbeitsfeld der Förderung der Kommunalentwicklung findet man auf der Internetseite des **PACT**.

Im Laufe seiner Amtszeiten besetzte Präsident Touré in zunehmendem Maße wichtige Posten in Regierung und Verwaltung mit Militärs. Manche Kritiker sprachen in diesem Zusammenhang von einer „Militarisierung“ der Regierungs- und Verwaltungsstrukturen. Kritisiert wurden auch überzogene Privilegien von Regierungsmitgliedern.

Konfliktzone Nordmali

Die Lösung des erneut seit Anfang 2012 eskalierten **Nordmali-Konflikts** ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft Malis. Die **Ursachen des Konflikts** sind komplex und beinhalten sowohl ethnische, politische, ökonomische wie auch ökologische Faktoren. Zuvor wurde Nordmali zuletzt in den Jahren 1991 bis 1995 von einem schweren militärischen Konflikt erschüttert. Die Ursachen und der Verlauf dieses Konflikts, der 1996 offiziell beigelegt wurde, werden auf der Internetseite des **GIZ-Programms Mali-Nord** beschrieben. Nach **Beendigung** dieses Konflikts lief in Nordmali ein umfassendes **Nothilfe- und Wiederaufbauprogramm** an, an dem die deutsche Entwicklungszusammenarbeit maßgeblich beteiligt war, und das Hunderttausende in die Nachbarländer geflohene Flüchtlinge (zumeist Tuareg) zur **Rückkehr** bewegen konnte. Das Programm Mali-Nord galt als Modellprojekt zur Konfliktbeilegung und hat in erheblichem Maße zur Überwindung der Folgen des Konflikts beigetragen und die Kooperation verschiedener Bevölkerungsgruppen gefördert.

Seit März 2017 unterstützt die GIZ im Rahmen ihres Projekts **Projet d'appui à la stabilisation et à la paix** (PASP) den Friedens- und Wiederaufbauprozess in Nordmali.



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Region Timbuktu: Ruinen in Ras el Mâ (links oben) und das im Rahmen des Wiederaufbaus nach Ende des Tuareg-Konflikts (1991 - 1995) errichtete Gemeindebüro in Ras el Mâ (rechts oben). Links sieht man eine im Rahmen des Wiederaufbaus errichtete solarbetriebene Wasserförderung bei Timbuktu

Nach Jahren weitgehender Ruhe verschlechterte sich zwischen 2006 und 2009 die Sicherheitssituation in der Region Kidal erneut. Einen ersten vorläufigen Höhepunkt stellte die Entführung einer Gruppe von Soldaten dar. Hinter den Angriffen wurde die Rebellengruppe **ATNMC** vermutet, der enge Kontakte zu **Tuareg-Rebellen in Nordniger** nachgesagt wurden. Führende ehemalige Tuareg-Rebellen hingegen kritisierten die Gewalttaten und riefen zum Dialog auf.

Nach Rebellenangriffen auf einen nahe der algerischen Grenze gelegenen Militärposten, an dessen Versorgung sich auch **US-Militär** beteiligte, begann die Armee in 2007 eine Gegenoffensive. Sie konnte den Rebellen erhebliche Verluste zufügen, wobei die Erfolge vor allem **Tuareg-Einheiten** der Armee zugeschrieben wurden. Nach der Zerstörung der wichtigsten Rebellenbasis Anfang 2009 ergaben sich Hunderte von Rebellen, und der Rebellenführer Bahanga floh nach Libyen. Als weiterhin problematisch erwies sich jedoch die Anwesenheit der Terrorgruppe **Al Qaida au Maghreb islamique**

(AQMI), die enge Verbindungen zu einem Teil der Rebellen unterhielt. Als Reaktion hierauf begann die algerische Regierung die malische Armee mit Waffen, Munition und Ausrüstungen zur Satellitenortung für die Bekämpfung der AQMI zu **unterstützen**. Zudem kündigten Algerien, Mali, Niger und Mauretanien die **Errichtung einer gemeinsamen Kommandozentrale** in Südalgerien zur Bekämpfung der AQMI an.

In 2009 wurde in Timbuktu ein für die Bekämpfung der AQMI zuständiger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter ermordet. Spätestens nach diesem **Attentat**, das als eine Kriegserklärung der AQMI bewertet wurde, stellte sich die Frage, ob die malischen Sicherheitskräfte ausreichend für die **Bekämpfung** der AQMI vorbereitet und ausgerüstet waren.

Fortan versuchte die Regierung in verstärktem Maße, **lokale Bevölkerungsgruppen** und auch **ehemalige Rebellen** für den Kampf gegen die AQMI zu gewinnen. Zudem kündete sie Entwicklungsprogramme speziell für die Region Kidal an, deren Durchführung jedoch durch die weiterhin **unsichere Lage** erschwert wurde. Ende 2009 organisierte die Regierung in Kidal ein Aussöhnungstreffen, an dem Vertreter aller nordmalischen Ethnien teilnahmen. Zum gleichen Zeitpunkt verkündeten einige Rebellengruppen von Libyen aus die Aufgabe des bewaffneten Kampfes. Andere Rebellengruppen drohten jedoch mit einer Fortführung des Kampfes.

Bei der Bekämpfung der AQMI überschritten **mauretanische Truppen** seit 2010 mehrfach die malische Grenze und lieferten sich heftige Gefechte mit Kämpfern der AQMI. Ende 2010 wurden vorübergehend mauretanische Soldaten auf malischem Territorium stationiert. Ziel des Einsatzes war es, gemeinsam mit malischen Truppen die AQMI im Grenzgebiet zu bekämpfen, die mauretanische Sicherheitskräfte **nahe der malischen Grenze** angegriffen hatten. Die Extremisten konnten jedoch nicht dauerhaft aus den umkämpften Gebieten vertrieben werden. Insbesondere im Savannengebiet von Wagadou werden Basen von bewaffneten Gruppen vermutet, die weiterhin Teile Zentral- und Westmalis **bedrohen**.

Die in 2011 gemeldete **Rückkehr Bahangas** aus dem libyschen Exil stand möglicherweise in Zusammenhang mit Bemühungen der Regierung, ehemalige Rebellen für die Aufstellung neuer **Spezialeinheiten** für die Bekämpfung der AQMI zu gewinnen. Zum Befehlshaber dieser Spezialeinheiten wurde mit dem Offizier **Bah Moussa** ein ehemaliger Rebell benannt. Kritische Stimmen in Mali warnten jedoch vor einer verstärkten Einbeziehung ehemaliger Rebellen in den Kampf gegen die AQMI.

Während einer **feierlichen Zeremonie** wurden in Anfang 2011 in Kidal Hunderte, zuvor im Rahmen einer Entwaffnungskampagne abgegebener, Kleinwaffen verbrannt. Bei diesem Anlass plädierte der damalige Präsident Touré für eine endgültige Abkehr von der Gewalt und die Konzentration aller Kräfte auf den Wiederaufbau in Nordmali. Überschattet wurde die Zeremonie jedoch von **Drohungen Bahangas**, der als der radikalste Rebellenführer in Nordmali galt, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen. Mitte 2011 fand Bahanga unter weitgehend ungeklärten Umständen in Nordmali den **Tod**.

Ab Ende 2011 spitzte sich die Sicherheitslage in Nordmali erneut zu. In Timbuktu wurden drei europäische Touristen entführt und ein **deutscher Tourist erschossen**. Kurz darauf wurden in Hombori **zwei Franzosen** entführt. Als alarmierend wurde auch die Tatsache bewertet, dass einige hochrangige, der Volksgruppe der Tuareg angehörende Mitglieder der Sicherheitskräfte desertierten. Gleichzeitig gab sich die vorwiegend aus Songhay bestehende Ganda Koy-Miliz zunehmend **kampfbereit**.

Im Januar 2012 griffen Rebellen der zwei Monate zuvor gegründeten **MNLA** die Städte **Ménaka, Aguelhok und Tessalit** an, wobei sie von islamistischen Rebellen unterstützt wurden. In Aguelhok verübten Rebellen ein **Massaker** an über 70 gefangen genommenen Soldaten. Daraufhin kam es in Bamako und anderen Städten Südmalis zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Angehörige hellhäutiger Volksgruppen und Protesten gegen die Nordmali-Politik der Regierung. Präsident Touré und andere führende Politiker verurteilten in aller Deutlichkeit die Ausschreitungen. Dennoch flohen

Tausende Tuareg und Mauren aus Angst vor weiteren Übergriffen und Kämpfen außer Landes.

Im März 2012 gelang den Rebellen nach wochenlangen Kämpfen und Belagerung die **Eroberung von Tessalit**. Mit der Eroberung der strategisch wichtigen Stadt und Armeegarnison fügten sie der Armee eine schwere Niederlage zu. Die Kampfkraft der Rebellen wurde sehr erheblich durch die große Anzahl von Tuareg-Soldaten der geschlagenen libyschen Armee erhöht, die nach Ende des libyschen Bürgerkriegs mit zahlreichen schweren Waffen aus libyschen Beständen nach Nordmali zurückkehrten.

Die Rebellengruppen nutzten die durch den Militärputsch im März 2012 verstärkte politisch-militärische Instabilität und traten zu einer Großoffensive gegen die waffenmäßig unterlegene und zunehmend demoralisierte Armee an. Innerhalb von nur zehn Tagen eroberten sie weite Gebiete und die strategisch wichtigen Regionshauptstädte **Kidal und Gao**. Mit der **Eroberung von Timbuktu** gelang den Rebellen schließlich die Einnahme der letzten großen, noch von der Armee gehaltenen Stadt in Nordmali. Die **Rebellengruppen** hatten somit ihr militärisches Ziel erreicht und kontrollierten den gesamten Norden des Landes. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte war die Republik Mali damit de facto zweigeteilt.

Militärisches Desaster der malischen Armee und de facto Zweiteilung des Landes

Im April 2012 erklärte die MNLA einseitig die Unabhängigkeit des von den Rebellengruppen eroberten Territoriums. Die Ausrufung des **Azawad** durch in Frankreich lebende MNLA-Politiker stieß international jedoch auf **ein stimmige Ablehnung**. Zudem lehnte die mit der MNLA verbündete Rebellengruppe Ansar Dine die Unabhängigkeit des Territoriums ab und verwies auf die Einführung der Sharia-Rechtsprechung als der wichtigsten Forderung ihrerseits. Die großen **Differenzen** zwischen den einstigen Verbündeten führten Mitte 2012 zum offenen Bruch, und die islamistischen Rebellengruppen **Ansar Dine** und **MUJAO** (Bewegung für Einheit und Dji had in Westafrika) verdrängten die MNLA-Rebellen, die sie als „Handlanger der USA und Frankreichs“ bezeichneten, aus Timbuktu und Gao. Sie fügten damit der MNLA eine vorerst **entscheidende Niederlage** bei. Im September 2012 wurde die MNLA auch aus Douentza in Zentralmali vertrieben, womit die MUJAO ihren Einflussbereich weiter **nach Süden** ausdehnte.

Ende 2012 **scheiterte** der Versuch der MNLA, Ménaka als einen potenziellen Stützpunkt für eine internationale Interventionstruppe zu verteidigen. Zuvor hatte die MUJAO einen **Angriff der MNLA auf Gao** zurückgeschlagen. Zudem verlor die MNLA die Kontrolle über die **strategisch wichtige Stadt Léré** nahe der mauretanischen Grenze und über **weitere Gebiete** an der algerischen Grenze.

In den von ihnen kontrollierten Gebieten, die Anfang Januar 2013 annähernd zwei Drittel Malis ausmachten, führten die Islamisten ein strenges Regime ein, wobei sie sich auf die Sharia berufen. Auf die hierbei von ihnen begangenen Verbrechen wird innerhalb dieses Länderinformationsportals unter „Menschenrechte“ eingegangen. Zudem zerstörten islamistische Rebellen in Timbuktu **jahrhundertealte Gräber und Mausoleen**, was unter der Stadtbevölkerung für Entsetzen sorgte.

Aus den umkämpften und von Rebellen kontrollierten Landesteilen waren bis Anfang 2013 ca. 350.000 Menschen geflohen. Im Zuge der weiteren Eskalation des Konflikts erhöhte sich die Zahl der **Flüchtlinge** bis Mitte 2013 auf ca. 528.000 Personen (353.000 Binnenflüchtlinge, 175.000 Flüchtlinge in Niger, Burkina Faso und Mauretanien). Im November 2018 befanden sich noch immer **248.000 Malier auf der Flucht**. Zwar ist seit 2013 die Zahl der **Binnenflüchtlinge** sehr deutlich zurückgegangen (110.000 Personen). Die Zahl der Flüchtlinge in Niger, Burkina Faso und Mauretanien ging hingegen weniger deutlich zurück (138.000 Personen). Allerdings ist seit April 2018 die Zahl der Binnenflüchtlinge wieder deutlich angestiegen (April 2018: 52.000 Personen, November 2018: 110.000 Personen).

In verstärktem Maße erhielten die islamistischen Rebellen Unterstützung und **Zulauf** von Extremisten aus Nachbarstaaten und einigen islamischen Ländern. Auch aus diesem Grunde stieg die Sorge vor der Entstehung eines international bedeutenden Rückzugs- und Trainingsraums islamischer Extremisten in Nordmali. Der damalige Bundesentwicklungsminister Niebel warnte im Herbst 2012 in diesem Zusammenhang davor, dass in Nordmali ein „**zweites Afghanistan**“ drohe.

Angesichts des desolaten Zustands der Armee wurde verstärkt über eine **internationale Militärintervention** diskutiert. Während insbesondere Frankreich auf eine **baldige Intervention** drängte, rieten zum Beispiel die USA von einer zu raschen Intervention ab. Der **UN-Sicherheitsrat** genehmigte im Dezember 2012 einstimmig eine internationale Militärintervention. Drei Monate zuvor hatte Übergangspräsident Traoré die UNO und die ECOWAS um **Unterstützung bei der Bewältigung des Konflikts** gebeten, was vor allem den Putschisten nahestehende Militärs über Monate ablehnten. Nach der Entscheidung des UN-Sicherheitsrats plädierte Traoré für eine **rasche Rückeroberung** Nordmalis. Demgegenüber forderten Kritiker, auch angesichts zahlreicher offener Fragen in Bezug auf eine Rückeroberung, zunächst der Wiederherstellung des Rechtsstaats und der Organisation freier Wahlen Priorität einzuräumen.

Die Rebellengruppen MNLA und Ansar Dine kündigten Ende 2012 ihre **Bereitschaft zu Verhandlungen** mit der malischen Regierung unter algerischer Vermittlung an, die jedoch wenige Wochen später von der Ansar Dine widerrufen wurde.

Französische Militärintervention und Beginn der MINUSMA-Mission

Seit Januar 2013 erfuhr der Konflikt eine bedeutende Internationalisierung. Nach der Einnahme der zentralmalischen Stadt Konna durch die Ansar Dine bat Präsident Traoré Frankreich um **militärische Unterstützung** und verhängte den landesweiten Ausnahmezustand. Kurz darauf begannen französische Einheiten auf Seiten der malischen Armee in die Kämpfe **einzugreifen**. Sie verhinderten einen befürchteten Vormarsch der Rebellen auf die strategisch wichtige Stadt Sévaré und begannen mit der massiven Bombardierung von Stellungen und Nachschublagern der Rebellen. Eine große Rolle bei der Vorbereitung der Militärintervention spielten **französische Spezialeinheiten**, die bereits seit Herbst 2012 in Mali operierten. Kurz nach Beginn der französischen Intervention überfielen islamistische Terroristen ein **Gasfeld in Südalgerien** und **forderten** ein Ende der Intervention. Der Angriff forderte Dutzende von Opfern (unter anderem zahlreiche Bürger westlicher Staaten).

Ende Januar 2013 eroberten die waffentechnisch **hoch überlegenen französischen Truppen** (auf dem Höhepunkt der Intervention bis zu 4.500 Soldaten), unterstützt von malischen Soldaten, innerhalb von nur einer Woche die Regionshauptstädte Gao und Timbuktu von den islamistischen Rebellen zurück. Letztere leisteten keinen nennenswerten Widerstand und zogen sich vor allem in die abgelegenen Berge Nordostmalis zurück. Die vorrückenden Truppen wurden von der großen Mehrheit der lokalen Bevölkerung als **Befreier** gefeiert. Jedoch kam es auch zu **Plünderungen** und brutalen Racheakten an der Kollaboration mit den Rebellen Beschuldigten, woraufhin zahlreiche **Angehörige hellhäutiger Ethnien** flüchteten. Menschenrechtsorganisationen warfen zudem der malischen Armee die **Folterung und Ermordung** von Verdächtigten vor. Nach der Rückeroberung von Gao übernahmen zunächst tschadische und nigrische Truppen die Kontrolle der Stadt, die trotz der Präsenz Hunderter europäischer Soldaten bis in die jüngste Zeit Ziel von **Rebellenangriffen und Anschlägen** blieb.

Als letzte größere Stadt in Nordmali besetzten französische Truppen auch Kidal sowie Tessalit kampflos. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Militäroperationen beteiligten sich an der **Einnahme Kidals** keine malischen Truppen. Die MNLA hatte zuvor mehrfach vor möglichen "Vergeltungsaktionen der malischen Armee an der Tuareg-Bevölkerung" in Kidal gewarnt und gedroht, sie werde keine malischen Truppen in der Stadt dulden. Diese wurde zunächst von französischen und **tschadischen Einheiten** besetzt und später von der französischen Armee der MNLA

überlassen. Die Rebellengruppe verfolgte das Ziel mit französischer Duldung die Kontrolle über weite Teile Nordmalis zu erlangen, um dann, aus einer Position der Stärke heraus, Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Frankreich räumte ein, eine "funktionale" Beziehung zu der MNLA zu unterhalten, wodurch die MNLA erst wieder eine begrenzte militärische Bedeutung erlangte. Durch eine **Zusammenarbeit mit der MNLA** und tschadischen Einheiten gelang den französischen Truppen die weitgehende **Eroberung** jener schwer zugänglichen Gebirgsgebiete zwischen Kidal und der algerischen Grenze, die als letzte **Hochburg** der islamistischen Rebellen galten, die dort möglicherweise auch eine Gruppe französischer Geiseln gefangen hielten. Damit setzte die französische Armee bei der Eroberung der Rebellenhochburg und der Befreiung der Geiseln auf eine Zusammenarbeit mit der MNLA als einem erklärten Gegner der malischen Regierung, zu deren Unterstützung die französischen Truppen offiziell im Land stehen. In Nordmali hingegen kann die MNLA nur auf eine **Minderheit** unter der multiethnisch zusammengesetzten Bevölkerung zählen, in der Tuareg nur ca. 30 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Anfang 2013 kündigte Frankreich einen Teilabzug seiner Truppen aus Mali an. Zugleich bezeichnete der französische Präsident eine zu diesem Zeitpunkt laufende französisch-tschadische **Offensive** im Ifoghas-Bergland als Schlussphase der französischen Intervention. Auch der Tschad begann im April 2013 mit dem **Abzug** seiner kampferfahrenen Truppen, die für die französische Armee bei den Kämpfen in Nordmali von wichtiger Bedeutung waren. Der weitere Kampf gegen die Rebellen und die Sicherung der zurückeroberten Gebiete sollten von der malischen Armee und Truppen aus afrikanischen Staaten, die im Rahmen der **Internationalen Unterstützungsmission für Mali (MISMA)** entsandt wurden, fortgeführt werden. Im April 2013 beschloss der UN-Sicherheitsrat die Entsendung einer 11.200 Soldaten umfassenden **Friedenstruppe für Mali (MINUSMA)**. Deren Entsendung begann Mitte 2013, wobei sie einen Großteil der MISMA-Truppen integrierte. Allerdings verfügte die MINUSMA über längere Zeit über deutlich weniger Soldaten als vorgesehen, unter anderem weil Nigeria in 2013 zur Bekämpfung der islamistischen **Boko Haram** in Nordostnigeria ein großes Kontingent aus Mali abzog. Die MINUSMA-Mission gehört mit zu den **verlustreichsten UN-Friedensmissionen**.

Unter Vermittlung von Burkina Faso nahm die malische Regierung Verhandlungen mit der MNLA und dem Mitte 2013 gegründeten **Haut conseil pour l'unité de l'Azawad** über eine **friedliche Beilegung des Konflikts** auf. Die Verhandlungen führten im Juni 2013 zur Unterzeichnung einer **Friedensvereinbarung**. Jedoch musste über wichtige Fragen, insbesondere die Entwaffnung der Rebellen und die Ahndung von Kriegsverbrechen, noch verhandelt werden. Seither kamen die Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien jedoch kaum voran und die Lage in weiten Teilen des Landes blieb **angespannt**. Verschiedene Rebellengruppen wurden **wieder verstärkt aktiv**, und zudem hat die MNLA Ende 2013 den Waffenstillstand mit der Regierung **aufgekündigt**. Im Rahmen der in 2014 begonnenen **Operation Barkhane** sind ca. **1.600 französische Soldaten** in Mali stationiert.

Mitte 2014 eskalierte der Konflikt erneut, als der damalige Regierungschef Mara Kidal besuchte. Rebellen der MNLA nahmen in der Stadt **Dutzende Geiseln** und bei Rebellenangriffen starben zahlreiche Soldaten und Rebellen. Eine folgende **Gegenoffensive** von Armee-Einheiten endete für diese in einem Desaster. In den Folgewochen fielen weite Teile Nordmalis erneut unter die Kontrolle verschiedener Rebellengruppen. Vorrangig als Reaktion auf das Desaster der Armee gründete sich im August 2014 mit der **GATIA** eine Tuareg-Miliz, die für den Erhalt der nationalen Einheit kämpft. Die Gründung der GATIA, der einige Analysten enge **Beziehungen zur malischen Armee** nachsagen, spiegelt die Spaltung der Tuareg-Bevölkerung im Nordmali-Konflikt wieder.

Der **verbreitet desolate Zustand der Armee** und die erheblichen Geländegewinne der Rebellen schwächten die Verhandlungsposition der Regierung in den im Juli 2014 in Algier begonnenen Friedensverhandlungen mit den Rebellengruppen. Im Februar 2015 vereinbarten die Konfliktparteien eine **Waffenruhe**. Im März 2015 unterzeichneten die Regierung und einige Rebellengruppe ein **Friedensabkommen**. Allerdings **verweigerten** die in der **Coordination des Mouvements de l'Azawad (CMA)** zusammengeschlossene MNLA und ihre Verbündeten die Unterzeichnung des Abkommens unter dem Vorwand ihre Basis befragen zu wollen. In den folgenden Wochen flammten die Kämpfe

erneut auf. Die GATIA vertrieb die MNLA aus deren einstiger **Hochburg Ménaka** und brachte damit der MNLA eine empfindliche Niederlage bei.

Friedensabkommen von 2015

Im **Mai 2015** gab die CMA in Algier ihre vorläufige Zustimmung zu dem Friedensabkommen. Sie paraphierte das Abkommen, verweigerte jedoch dessen Unterzeichnung und forderte Nachverhandlungen. In der Folge fanden in Algier **weitere Gespräche** statt. Hierbei spielten die zukünftigen **Machtverhältnisse in Ménaka** eine wichtige Rolle. Erst nach dem Abzug der GATIA aus Ménaka unterschrieb die CMA im **Juni 2015** in Bamako das Friedensabkommen. Auch nach Unterzeichnung des Abkommens kam es in verschiedenen Landesteilen, so auch in Süd- und Zentralmali, zu **Anschlägen, Gefechten** und **Protesten**. Unklar bleibt, wie sich ein **dauerhafter Frieden** ohne Verhandlungen mit der Ansar Dine, die nicht zu den Friedensverhandlungen in Algier zugelassen war, und der Anfang 2015 gegründeten **Front de libération du Macina** (FLM) erreichen lässt. Zudem bestehen in den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hohe Erwartungen an einen nationalen **Aussöhnungsprozess**.

Ende 2015 unterzeichneten miteinander verfeindete Tuareg-Milizen im nordmalischen Anéfis eine **Serie von Vereinbarungen**, nach denen sie in Zukunft Konflikte friedlich und in Übereinstimmung mit traditionellen Konfliktlösungsverfahren zu lösen gedenken. Seit Mitte 2016 eskalierten jedoch die **fortbestehenden Spannungen** zwischen der CMA und der GATIA erneut. Beide Seiten lieferten sich wiederholt **schwere Kämpfe** in der Region Kidal. Im Juli 2017 nahm die CMA **Ménaka** ein. Im August 2017 schlossen die beiden Konfliktparteien einen **Waffenstillstand** für die Region Kidal. Die französischen Truppen in Nordmali gingen hingegen auf eine **verstärkte Distanz** zur CMA, die von der MNLA dominiert wird. Die Stellung Letzterer wurde durch die im Herbst 2016 erfolgte Gründung der **MSA** durch ehemalige MNLA-Kader weiter geschwächt. Im Dezember 2018 verhängte die UNO Sanktionen gegen drei hochrangige Repräsentanten von Milizen (u.a. der GATIA), denen eine **Blockade der Umsetzung des Friedensabkommens** von 2015 vorgeworfen wird.

Ab 2016 wurde deutlich, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen in einem zunehmenden Maße **auch Zentralmali** erreichten. Mitte 2016 wurde aus der zentralmalischen **Macina-Region** die Gründung einer weiteren **Fulbe-Miliz** (Alliance nationale pour la sauvegarde de l'identité peul et la restauration de la justice) gemeldet. Kurz zuvor hatte der Leiter der MINUSMA vor einem steigenden **Konfliktisiko** in der **Region Mopti** gewarnt. Ab Anfang 2017 kam es zu einer Zuspitzung der Sicherheitslage im Zentrum der Region Ségou. Im Umland von Ké Macina kam es zu **schweren Auseinandersetzungen** zwischen Angehörigen der Bambara und der Fulbe, die mindestens 20 Todesopfer forderten und ca. 10.000 Menschen zur Flucht bewegten. Ab Mitte 2017 spitzte sich auch die Lage im Südosten der Region Mopti erneut zu. Als Reaktion auf die Ermordung eines Dogon verübten Dogon-Extremisten ein Massaker in zwei **Fulbe-Dörfern**, das 31 Todesopfer forderte. Im Juni 2018 verübten Dogon-Extremisten in der Nähe von Djenné ein **Massaker an Fulbe**, dem 32 Zivilisten zum Opfer fielen. Im gleichen Monat fielen 25 Fulbe einem weiteren Massaker in der Region Mopti zum Opfer, an dem Soldaten beteiligt waren. Von November 2018 bis Anfang Januar 2019 verübten Dogon-Extremisten **weitere Massaker** an Fulbe. Im Dezember 2018 veröffentlichte die UNO einen Bericht, nach dem allein in 2018 **über 500 Zivilisten** Opfer des Konflikts zwischen Fulbe- und Dogonmilizen wurden. Als Reaktion auf die Zuspitzung der Sicherheitslage in Zentralmali beschloss die Regierung im Dezember 2018 die **Entsendung zusätzlicher Truppen** sowie eine Ausweitung des in Nordmali angelaufenen Entwaffnungsprogramms für ehemalige Rebellen auf Zentralmali.

Seit April 2018 verübten Islamisten in der Region Ménaka mehrere Massaker an Tuareg. Die **Gewalttaten** wurden als Vergeltung dafür interpretiert, dass die GATIA und die MSA seit Februar 2018 **erhebliche Erfolge** im Kampf gegen Islamisten erzielten. Hierbei kooperierten sie mit französischen Truppen. Im November 2018 gelang es französischen und malischen Einheiten, im Grenzgebiet zu Mauretanien eine Basis der islamistischen Ansar Eddine du Macina zu zerstören und nach eigenen Angaben den Islamiistenführer **Amadou Kouffa** zu töten, woran jedoch ernste Zweifel

bestehen.

Eine Übersicht über die verschiedenen **Konfliktparteien** findet sich bei Courrier du Maghreb et de l'Orient.

Als verhalten **hoffnungsvolles Zeichen** können die im Februar 2017 angelaufenen **gemeinsamen Patrouillen** und die Einsetzung von **Übergangsverwaltungen** für die fünf Regionen des Nordens bewertet werden. Im Rahmen der gemeinsamen Patrouillen gehen Regierungssoldaten und ehemalige Rebellen gemeinsam auf Streife, was eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme darstellt. In den Übergangsverwaltungen wird ein Teil der Führungsstellen von Vertretern der Rebellengruppen eingenommen. Insgesamt jedoch bewertete der UN-Generalsekretär im Oktober 2017 die **Umsetzung des Friedensabkommens von 2015** als unzureichend und von ernststen Problemen beeinträchtigt. Als sehr bedenklich ist zu bewerten, dass im Januar 2018 36 Mitglieder einer von französischen und amerikanischen Ausbildern trainierten neuen Eliteeinheit den Befehl zu einem Einsatz gegen Extremisten **verweigerten**, woraufhin sie festgenommen wurden. Im Februar 2018 **verließen** Mitglieder einer weiteren Eliteeinheit ihren Stützpunkt, wobei sie als Grund den Mangel an geeigneter Ausrüstung für den Kampf gegen Extremisten angaben.

Mitte 2017 beschloss die Europäische Union, die fünf Sahelstaaten Mali, Burkina Faso, Niger, Mauretanien und Tschad beim Aufbau einer gemeinsamen 10.000 Soldaten umfassenden Anti-Terror-Einheit mit **50 Mio. Euro** zu unterstützen. Zudem sagten Saudi-Arabien und Katar im Dezember 2017 **130 Mio. US-Dollar** zu. Der Aufbau der **G5-Sahel** genannten Einheit wurde im Juli 2017 von den Staatschefs der fünf Staaten **besiegelt**. Im Februar 2018 beschloss eine internationale Geberkonferenz eine deutliche Aufstockung der finanziellen Unterstützung für die G5-Sahel auf nunmehr **414 Mio. Euro**, mit denen Terrorismus und Migration in Richtung Europa bekämpft werden sollen.

Der **algerischen Regierung** fällt bei der Belegung des Nordmali-Konflikts zweifelsohne eine **erhebliche Bedeutung** zu. Parallel zu Bemühungen einer diplomatischen Lösung des Konflikts beschloss sie die **Errichtung eines modernen Grenzsicherungssystems** entlang der malischen Grenze.

Als **wichtigste Ziele** ihrer Intervention in Mali benannte die französische Regierung die Zerschlagung der islamistischen Rebellengruppen und die Wiederherstellung der territorialen Integrität Malis. Allerdings dürften auch die in Nordmali **vermuteten Rohstoffvorkommen** eine **Rolle** gespielt haben. Der Einsatz der Truppen stieß in Mali wie auch in Frankreich in der Anfangszeit auf **breite Zustimmung**. Linke französische Oppositionsparteien kritisierten hingegen die Militärintervention als einen ohne Konsultation der Regierung und des Parlaments erfolgten **"Alleingang"** des damaligen Präsidenten Hollande.

Anfang 2014 beschloss der Bundestag die Entsendung von **Bundeswehrsoldaten** nach Mali. Die Soldaten beteiligen sich unter anderem an der **Ausbildung malischer Armeeeinheiten**. Ende 2015 wurden **Planungen** bekannt, nach denen das Bundesverteidigungsministerium ab Frühjahr 2016 Soldaten auch in den als extrem gefährlich eingestuften Norden des Landes entsenden wollte. Hierdurch wurde die **Gefährdung deutscher Soldaten** in Mali zweifelsohne erheblich erhöht. Nach den Anschlägen islamistischer Terroristen in Paris Ende 2015 erklärte sich die Bundesregierung auf Bitte der französischen Regierung zur Entsendung von bis zu **650 Bundeswehrsoldaten** nach Mali bereit. Mitte 2017 befanden sich 850 Bundeswehrsoldaten in Mali, deren Einsatz für die Stabilisierung des Landes von der **Bundeskanzlerin Angela Merkel** während ihres Staatsbesuches in Mali gelobt wurde. Im April 2018 beschloss der Bundestag eine weitere Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Mali. Zudem beschloss er eine **Ausweitung des Einsatzes**, wobei zukünftig bis zu 1.100 Bundeswehrsoldaten in dem Land eingesetzt werden können. Zudem übernimmt die Bundeswehr mit der Überwachung der Waffenruhe zwischen den Konfliktparteien eine weitere Kernaufgabe.

Eine Beilegung des Nordmali-Konflikts wird auch durch ein florierendes **Schmuggelwesen** erschwert. Neben **Migranten** und Waren werden auch Waffen und **Drogen** transportiert, wobei neue internationale **Routen des Drogenschmuggels** auszumachen sind. In 2009 erregte die Entdeckung

eines zum **Kokaintransport** genutzten Flugzeugs aus Lateinamerika in der Wüste Nordmalis **internationale Aufmerksamkeit**.

Eine verstärkte internationale Aufmerksamkeit erhielt der Konflikt in Nordmali seit über einem Jahrzehnt durch die islamischen Extremisten zugeschriebene **Verschleppung ausländischer Geiseln**.

Die **Freilassung** eines in 2009 entführten Franzosen, und die mit ihr einhergehende Entlassung von in Mali verhafteten islamistischen Kämpfern, führte zu einer diplomatischen **Krise mit Mauretanien**. In 2010 kamen in Nordmali drei **weitere europäische Geiseln** frei, die von der AQMI unter anderem in Mauretanien verschleppt worden waren. Unklar ist, ob die AQMI für die Freilassung von Geiseln auch **Lösegeld** erhalten hat.

In 2010 missglückte der **Versuch einer französisch-mauretanischen Kommandoeinheit**, durch die Erstürmung eines AQMI-Lagers westlich von Timbuktu einen in Niger entführten Franzosen zu befreien. Kurze Zeit später meldete die AQMI die **Ermordung der Geisel**. Zwei **entführte spanische Staatsbürger** wurden hingegen nach **Zugeständnissen an die AQMI** wenige Zeit später freigelassen. Unklar blieb über lange Zeit das Schicksal einer Gruppe von Ausländern (darunter fünf Franzosen), die in 2010 von der AQMI bei einem **Überfall auf eine Uranmine in Nordniger** verschleppt wurden. Es wird angenommen, dass die Geiseln, von denen die letzten erst Ende 2013 im mauretanisch-malischen Grenzgebiet **freigelassen** wurden, zumindest **zeitweilig in Nordmali festgehalten** wurden. Ende 2014 wurde der letzte in Mali entführte französische Staatsbürger nach dreijähriger Geiselhaft freigelassen, wobei als **Gegenleistung** in Mali inhaftierte islamische Extremisten freigelassen wurden. Ein im Oktober 2016 in der nigrischen Region Tahoua **entführter US-Amerikaner** ist nach Einschätzung des nigrischen Innenministers nach Mali verschleppt worden. Im Juli 2017 ließ die AQMI einen entführten Schweden nach **fünfeinhalb Jahren Geiselhaft** frei. Im gleichen Monat kam auch ein in 2011 **entführter Südafrikaner** frei.

In 2011 misslang der Versuch einer französischen Spezialeinheit, zwei in der nigrischen Hauptstadt **Niamey** von der AQMI entführte französische Staatsbürger zu befreien. Die von ihren Kidnappern nach Mali verschleppten Geiseln starben bei der **fehlgeschlagenen Befreiungsaktion**.

In 2012 wurden drei von der MUJAO in Südalgerien entführte Europäer in Nordmali **freigelassen**.

Zivilgesellschaft

Seit 1991 hat in Mali die Zahl der gesellschaftlichen Vereinigungen, Interessenverbände und Basisgruppen stark zugenommen. So waren bereits in 2004 in Mali 2058 Nichtregierungsorganisationen (NGO) offiziell registriert, davon 251 ausländische NGO. Auf nationaler und regionaler Ebene existieren NGO-Dachverbände, wie beispielsweise die **CCA-ONG**, die **SECO-ONG** und die **CAFO**, die wiederum Mitglieder der nationalen Dachorganisation **FECONG** sind. Die aufgeführten Organisationen werden zunehmend als Vertreter der NGO ernst genommen und zu wesentlichen Fragestellungen von der Regierung konsultiert.

Die NGOs, die in Mali im Gegensatz zu zahlreichen **anderen Ländern** weitestgehend frei arbeiten können, leisten einen allseits anerkannten wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, wobei einige NGOs erhebliche **finanzielle Unterstützung** von der Weltbank erhalten.

Allerdings wird in zunehmendem Maße auch Kritik an den NGOs geäußert, so beispielsweise an dem oft nicht zufriedenstellenden Management vieler NGOs oder an unverhältnismäßig hohen Ausgaben für Löhne und Ausstattungsgüter.

Insbesondere seit dem Sturz der Traoré-Diktatur wird in Teilen der Bevölkerung viel über die Entwicklung der Zivilgesellschaft diskutiert. Trotz der Existenz von mittlerweile Tausenden NGO kann

man nach Einschätzung der VENRO in Mali, wie in zahlreichen anderen afrikanischen Staaten auch, (noch) nicht von einer ausgeprägten Zivilgesellschaft sprechen. Auch wird von manchen Beobachtern bezweifelt, ob die Vertreter der malischen Zivilgesellschaft eine breite Repräsentanz der Bevölkerung sicherstellen können, beispielsweise wenn es darum geht, die Berücksichtigung der Interessen breiter Bevölkerungskreise in der Ausarbeitung von neuen entwicklungspolitischen Grundsatzprogrammen sicherzustellen. Insbesondere stellt sich die Frage der ausreichenden Repräsentanz der großen Bevölkerungsmehrheit mit sehr schwacher Bildung. Die kleine gebildete Elite des Landes dominiert sowohl die Regierung wie auch die NGO-Szene. Die meisten NGO-Mitarbeiter werden von der Bevölkerung primär als Vermittler zu externer Unterstützung (vor allem durch finanzstarke ausländische NGO) angesehen. Auf der anderen Seite sehen sich in vielen NGO die Mitarbeiter und Verantwortlichen in erster Linie als Umsetzer von extern finanzierten Entwicklungsaktivitäten, und nicht vor allem als aktive und kritisch-konstruktive Mitgestalter von gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen.

In Bamako fand parallel zum G-8-Gipfel in Davos in 2009 ein **Gegengipfel** statt. Unter den Tausenden westafrikanischen Teilnehmern des globalisierungskritischen **Weltsozialforums 2011**, das in 2011 in Dakar (Senegal) stattfand, befand sich auch die **Bamako-Dakar-Karawane** des Netzwerks afrique-europe-interact. Der Protestmarsch war unter Beteiligung von Hunderten aus Frankreich abgeschobenen malischen Bürgern von Bamako nach Dakar gezogen.

Das alljährlich stattfindende **Bamako-Forum** versteht sich als ein dem vorherrschenden Entwicklungsmodell kritisch gegenüber eingestelltes Diskussionsforum. Die ehemalige malische Ministerin für Kultur und Tourismus **Aminata Traoré** ist als eine der prominentesten Globalisierungskritikerinnen Afrikas bekannt.

In zunehmendem Maße engagieren sich zivilgesellschaftliche Gruppierungen gegen die **Zwangsrückführung malischer Migranten** durch die französischen Behörden. Von Teilen der Zivilgesellschaft werden überdies die **Aktivitäten ausländischer Großinvestoren**, so zum Beispiel im Agrarsektor, kritisch beurteilt.

Medienlandschaft

Seit 1991 hat sich in Mali eine vielfältige **Medienlandschaft** entwickelt.

Insbesondere in Bamako ist eine bedeutende Zahl von Tageszeitungen erhältlich. Landesweit gibt es eine große Zahl von freien **Radiostationen**. Sie sind für die Informationsvermittlung und Sensibilisierung der größtenteils analphabetischen Bevölkerung von erheblicher Bedeutung und **berichten** kritisch über Missstände.

In den Jahren vor dem Militärputsch in 2012 wurden vereinzelte Repressionen gegenüber Mitarbeitern der Presse und freier Radiostationen beklagt. So wurde in 2005 ein **Mitarbeiter einer Radiostation** in Bamako, der kritisch über Machtmissbrauch berichtet hatte, von unbekanntem Tätern entführt und brutal misshandelt. Ferner war die vorübergehende **Schließung einer freien Radiostation** durch die Administration zu beklagen, die über Unterschlagungen und den Mord an einem Lokalpolitiker berichtet hatte. Ein **hohes Maß an Aufmerksamkeit** erregte in 2007 die Verurteilung von fünf Journalisten wegen angeblicher Beleidigung des Präsidenten. Auch nach ihrer Entlassung sahen sich die Angeklagten einem ihrer Meinung nach schikanösen Verhalten der Polizei ausgesetzt.



Private Radiostation in Niono,
Region Ségou / Foto: Kai-Uwe
Seebörger

Hinsichtlich der **Pressefreiheit** belegte Mali in 2018 den 115. Rang von 180 von Reporter ohne Grenzen bewerteten Staaten. In der Rangliste der Pressefreiheit 2011 wies das Land noch eine der besten Platzierungen unter den Staaten des subsaharischen Afrikas auf (25. Rang von 179 Staaten). Diese sehr erhebliche Verschlechterung der Einstufung Malis ist eine direkte Folge der eingetretenen schweren innenpolitischen Krise.

Seit dem Militärputsch in 2012 zeigen sich die Arbeitsbedingungen von Journalisten und Radiomitarbeitern erheblich verschlechtert. Es wurden **brutale Angriffe** auf Journalisten gemeldet, die weitgehend unaufgeklärt blieben. Auch die jüngsten kriegesischen Auseinandersetzungen in Nordmali und die zeitweilige Besetzung weiter Landesteile durch Rebellen führten zu sehr erheblichen **Einschränkungen** und **Risiken** für die freie Arbeit von Medienvertretern. Zusätzlich erschwerten deren Arbeitsbedingungen durch den seit Anfang 2013 mehrfach für längere Zeiträume verhängten **Ausnahmezustand**.

Internationale Aufmerksamkeit erfuhr in 2013 die zeitweilige **Verhaftung des Direktors einer Tageszeitung** durch den Staatssicherheitsdienst. Der Verhaftete hatte zuvor über Beschwerden von in Nordmali eingesetzten Soldaten berichtet. Die Verhaftung, die weder vom Übergangspräsidenten noch vom Premierminister kommentiert wurde, führte zu Protesten und einem mehrtägigen **Streik von Zeitungs- und Radiomitarbeitern**, der weitestgehend befolgt wurde.

Ein vorläufiger Höhepunkt in Bezug auf Übergriffe auf Journalisten wurde im Februar 2018 registriert. Drei Mitarbeiter eines Nachrichtenportals wurden von der Justiz verhört und festgesetzt, nachdem sie zuvor von Unbekannten aus ihrem Büro **verschleppt** worden waren.

Aktuelle französischsprachige Informationen aus Mali findet man auf den Internetseiten von **Afribone** sowie der Zeitung **L'Essor**. Weitere interessante Links, die es lohnt sich einmal anzuschauen, sind **Maliweb**, **Journaldumali**, **Diasporaction**, **Depechesdumali**, **Bamada**, **Malizine** und **aBamako**.

Menschenrechte

Mali konnte bis Anfang 2012 als ein Staat angesehen werden, in dem die staatlichen Organe die **Menschenrechte** weitestgehend wahrten.

Insbesondere infolge der Besetzung weiter Landesteile durch islamistische Rebellen und der zeitweiligen Eskalation des Nordmali-Konflikts seit Anfang 2013 verschlechterte sich die **Menschenrechtssituation** grundlegend. In den von ihnen kontrollierten Gebieten begingen die Rebellen **schwerste Menschenrechtsverletzungen** bis hin zur Steinigung und der Amputation von Gliedmaßen, wobei sich die **Täter** auf die Sharia-Rechtsprechung beriefen. Aufgrund dieser Tatbestände nahm in 2013 der **Internationale Strafgerichtshof** Ermittlungen wegen möglicher Kriegsverbrechen auf. Auch das von Rebellen in Aguelhok begangene **Kriegsverbrechen** ist Gegenstand der Ermittlungen.

Der offenen **Anfeindungen** ausgesetzten christlichen Minderheit verweigerten die Rebellen die freie Religionsausübung.

Ein im Mai 2017 erschienener Bericht der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte wirft Angehörigen der Armee vor, im Zuge der jüngsten Konflikte insbesondere in Zentralmali **schwere Menschenrechtsverletzungen** begangen zu haben, die vor allem gegen Fulbe gerichtet waren. Zuvor hatten schon andere Menschenrechtsgruppen wiederholt von schweren Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige der Sicherheitskräfte berichtet. Im Juni 2018 räumte das Verteidigungsministerium die **Beteiligung von Soldaten** an einem Massaker an Fulbe in der Region Mopti ein. Daraufhin forderten die USA eine ernsthafte Untersuchung des Massakers sowie der Straftaten der beteiligten Soldaten.

Zwar werden weiterhin Todesurteile von Gerichten verhängt. Die Urteile werden in der Regel aber nicht vollzogen. Die Abstimmung über einen Gesetzentwurf zur **Abschaffung der Todesstrafe** wurde vom Parlament mehrfach vertagt. Jedoch gibt es auch einflussreiche **Befürworter der Todesstrafe**.

Als erster afrikanischer Staat hat Mali das Maputo-Zusatzprotokoll zur **Afrikanischen Menschenrechtscharta** ratifiziert, das seit 2005 in Kraft ist. Mit der Ratifizierung verpflichten sich die Mitgliedsländer der Afrikanischen Union zur vollständigen Gleichberechtigung von Frauen und zur Bekämpfung gesundheitsschädlicher traditioneller Praktiken wie der weiblichen Genitalverstümmelung. Die Problematik der viele Malierinnen betreffenden Praxis der Genitalverstümmelung wird innerhalb dieses Länderinformationsportals unter „Gesellschaft“ behandelt.

Im Jahre 2000 haben die Regierungen Malis und der Elfenbeinküste ein Abkommen zur Bekämpfung des grenzüberschreitenden Kinderhandels unterzeichnet. Der **Kinderhandel** hatte seit Mitte der neunziger Jahre insbesondere aufgrund der weitverbreiteten Armut im ländlichen Raum stark zugenommen, wobei Minderjährige aus Mali von Schlepperbanden zur Zwangsarbeit auf Plantagen und als Dienstmädchen verschleppt wurden. In den vergangenen Jahren wurden in zunehmendem Maße Fälle bekannt, in denen **Koranschüler** als Bettler ausgebeutet wurden.

Korruption

Die **Bekämpfung der Korruption** gehört zu den wichtigen innenpolitischen Themen. Angesichts immer neuer Vorwürfe und der Aufdeckung von Korruptionsfällen durch die Medien setzte die Regierung eine Anti-Korruptionskommission ein, die alljährlich einen **Bericht** veröffentlicht, in dem zum Teil gravierende Fälle von **Missmanagement** und **Unterschlagungen** in Regierungsinstitutionen und Staatsunternehmen dokumentiert werden. Zudem hat Mitte 2017 ein Zentrales Büro zur Bekämpfung der illegalen Bereicherung (**OCLEI**, Office central de Lutte contre l'enrichissement illicite) seine Arbeit aufgenommen. Die Verhaftung einiger ehemaliger oder zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung noch amtierender Direktoren von staatlichen und halbstaatlichen Unternehmen zeigte, dass die Regierung - auch angesichts der zunehmenden Kritik wichtiger Geber - ernsthaft um Schadensbegrenzung bemüht war. Dennoch bleibt zu betonen, dass Korruption immer noch auf vielen Ebenen und in vielen Formen **weit verbreitet** und weiterhin als ein ernstes Entwicklungshemmnis anzusehen ist.

In ihrer Analyse des Wirtschaftsklimas in Mali beurteilte die Germany Trade and Invest die bisherige Korruptionsbekämpfungspraxis kritisch, da die aufgedeckten Missstände aufgrund der Schwäche der Justiz in vielen Fällen keine ernsthaften strafrechtlichen Folgen nach sich ziehen.

In 2004 setzte die Regierung einen **Vérificateur général** ein, der als **unabhängige Kontrollinstanz** gegen die illegale Verwendung staatlicher Gelder Zugang zu allen Akten haben soll. In seinem Jahresbericht 2006 bezifferte er die Gesamthöhe der dem Staat im Zeitraum 2002 bis 2006 durch illegale Praktiken und Misswirtschaft entzogenen Mittel auf 103 Mrd. FCFA. Für den Zeitraum 2006

bis 2010 schätzte er den Gesamtschaden sogar auf 360 Mrd. FCFA. Der in 2011 ernannte neue Vérificateur général, **Amadou Ousmane Touré**, bezifferte den Gesamtschaden für das Jahr 2012 auf **50 Mrd. FCFA**, wobei diese Schätzung auf der Untersuchung von lediglich 2 % aller staatlichen Dienststellen und Unternehmen basierte. Für die Jahre 2013 und 2014 wurde die Gesamtsumme der dem Staat durch illegale Praktiken und Missmanagement entgangenen Mittel auf **153 Mrd. FCFA** beziffert.

In 2009 warfen einige seiner Mitarbeiter dem damaligen Verificateur général schwere Fehler vor, was zu seiner kurzzeitigen **Verhaftung** führte.

Einige Geberländer und Teile der malischen Zivilgesellschaft verfolgen mit großer Aufmerksamkeit, welche Konsequenzen die malische Regierung aus den Berichten des Vérificateur général zieht.

In 2014 wurde publik, dass die Regierung möglicherweise eine **Abschaffung** des Postens des Vérificateur général plant.

In 2008 trat der unter **Korruptionsverdacht** stehende damalige Minister für Energie und Bergbau zurück. Als Folge eines **Unterschlagungsskandals** trat in 2010 der damalige **Gesundheitsminister** zurück. Auch in der Armee sind Günstlingswirtschaft und Unterschlagungen massiv verbreitet und können, zu einem **gewissen Grad**, als Ursachen für den Militärputsch in 2012 und die Schwäche der Armee bewertet werden.

Laut dem von Transparency International publizierten **Korruptionswahrnehmungsindex** nahm Mali in 2017 Rang 122 von 180 bewerteten Staaten ein (2012: Rang 105 von 177 Staaten), was einer weiteren Verschlechterung der Einstufung Malis gegenüber den Vorjahren entsprach.

Außenpolitische Themen

Die Dritte Republik verfolgt in einem **schwierigen regionalpolitischen Umfeld** eine nicht ideologisch orientierte, pragmatisch ausgerichtete **Außenpolitik**. Die in diesem Rahmen unterhaltenen **Beziehungen zu Deutschland** können als gut bezeichnet werden. Im Rahmen dieser Beziehungen beteiligte sich Deutschland an der Bewältigung der Folgen des Nordmali-Konflikts in den neunziger Jahren, und es beteiligt sich an der **Beilegung des jüngsten Nordmali-Konflikts**.

Die ehemalige Kolonialmacht Frankreich ist das wichtigste europäische Partnerland Malis geblieben. Frankreichs Position gegenüber Mali ist insbesondere durch das Eingreifen französischer Truppen in den Nordmali-Konflikt erheblich gestärkt worden. In 2014 unterzeichneten die Verteidigungsminister Malis und Frankreichs ein **Militärabkommen**, mit dem sich Frankreich unter anderem die Nutzung der strategisch wichtigen Militärbasis Tessalit in Nordmali sichert. Gegen das Zustandekommen dieses Abkommens wurde in Mali **erhebliche Kritik** geäußert.

Die malisch-französischen Beziehungen wurden in den vergangenen Jahren immer wieder belastet. Eine große Bedeutung fiel hierbei malischen Vorwürfen zu, Teile der französischen Regierung unterstützten die MNLA, und hätten einen **Regierungsturz** in Mali geplant. Für erhebliche **Verstimmungen** sorgt in Mali die Zusammenarbeit der französischen Armee mit der MNLA bei der Bekämpfung islamistischer Rebellengruppen.

Belastet wurden die malisch-französischen Beziehungen auch durch die Migrationsproblematik. So sorgte die wiederholte Weigerung der malischen Regierung unter dem ehemaligen Präsidenten Touré, ein von der französischen Regierung vorgeschlagenes **Abkommen zu Migrationsfragen** zu unterzeichnen, zu Verstimmungen. Das Abkommen hätte die **Zwangsabschiebung** von illegal in Frankreich lebenden Maliern erleichtert. Die Weigerung der malischen Regierung konnte in erster Linie auf wirtschaftliche und innenpolitische Gründe zurückgeführt werden. Zum einen werden die Transferleistungen der in Frankreich lebenden Malier auf jährlich ca. 135 Mio. US-Dollar (2014)

bezieht. Zum anderen wurden im Land zunehmend Stimmen laut, die eine selbstbewusstere Haltung der Regierung gegenüber der französischen Migrationspolitik fordern. Die französische Regierung ihrerseits reagierte mit einer weiteren Verschärfung der Einreisebestimmungen. Für erhebliche Empörung sorgten wiederholte Versuche französischer Flugzeugbesatzungen, malische Staatsbürger im Besitz gültiger Einreisedokumente am Rückflug nach Frankreich zu hindern.

Auch in den Beziehungen zur EU spielen **Migrationsfragen** und Zwangsrückführungen malischer Bürger eine zunehmende Rolle, die **nicht unumstritten** ist. In 2008 eröffnete die EU in Bamako ein **Zentrum für Migrationsfragen**. Ob hierdurch allerdings die oftmals gefährliche **Emigration** in Richtung Europa besser gelenkt werden kann bleibt **fraglich**.

Seit Mitte der Neunziger Jahre war eine zunehmende außenpolitische Anlehnung an die USA zu beobachten, die von Frankreich bisweilen misstrauisch verfolgt wurde. Der zunehmende US-Einfluss war vor dem Hintergrund des langjährigen Bedeutungsverlustes Frankreichs in Afrika zu sehen, das mit Sorge auch die **Entwicklung der chinesischen Afrikapolitik** verfolgt.

Die USA hatten zwischenzeitlich sowohl die Mittel für die Förderung der sozioökonomischen Entwicklung und der Demokratieförderung wie auch die **Militärhilfe für Mali** deutlich aufgestockt, und betrachteten das demokratische Mali als einen wichtigen Partner in Westafrika, dem im Rahmen der neuen **US-Afrikapolitik** eine wichtige Rolle in der Regionalpolitik, der regionalen Konfliktbewältigung sowie dem von den USA initiierten Kampf gegen den Terror zufiel. Seit 1993 befanden sich amerikanische Militärausbilder in Mali. Bis zum jüngsten Militärputsch erhielt das Land von den USA Unterstützung im Rahmen des Militärhilfeabkommens **Pan-Sahel Initiative** sowie des Antiterrorprogramms **Trans Sahara Counter-Terrorism Partnership**. Sie zielte in erster Linie darauf ab, die Entstehung von Ausbildungs- und Rückzugsräumen für terroristische Gruppen in Nordmali zu verhindern. Bis Anfang 2012 wurden **militärische Übungen** in Mali durchgeführt, an denen neben malischen Einheiten auch Soldaten aus den USA teilnahmen. Zuvor hatte die US-Regierung eine Erhöhung der Ausrüstungslieferungen an die malische Armee angekündigt. Seit 2014 nahmen malische Einheiten an von US-Militärberatern geleiteten **Antiterror-Ausbildungen** in Westafrika teil.

Mali unterhält gute **Beziehungen zur VR China** sowie den wichtigsten islamischen Staaten. Angesichts der Sicherheitsprobleme in Teilen Nigers und Malis gewann die Zusammenarbeit mit der nigrischen Regierung erheblich an Bedeutung. So wurden seit 2007 unter anderem die **Schaffung gemeinsamer Patrouillen** im unsicheren **Grenzgebiet** und eine weitere Intensivierung der **Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Extremisten** vereinbart. Nach zwei schweren Anschlägen islamistischer Rebellen in 2013 in Nordniger wuchs die Sorge vor einem **Übergreifen des Nordmali-Konflikts** auf das Nachbarland sowie das **südliche Libyen**.

Malische Vermittler waren in verschiedenen regionalen Konflikten aktiv, und das Land beteiligt sich an friedensschaffenden und -sichernden Militärmissionen. So beteiligte sich Mali zeitweilig an der UNAMID-Mission in der sudanesischen Provinz Darfur. Zudem sind malische Polizisten im Rahmen der **MINUSTAH-Mission** in Haiti im Einsatz.

Die malische Regierung nahm in Bezug auf den **Bürgerkrieg in der Elfenbeinküste** in 2011 eine **moderate Position** ein, was für die Regierung angesichts der direkten Betroffenheit zahlreicher in der Elfenbeinküste lebender Malier nicht einfach erschien. In Folge des Konflikts sind Zehntausende Malier aus der Elfenbeinküste geflohen. Die Aufnahme und Reintegration der Flüchtlinge haben Mali vor große Herausforderungen gestellt.

Unter den vermuteten **ausländischen Söldnern**, die im libyschen Bürgerkrieg vom Gaddafi-Regime eingesetzt worden sein sollen, befanden sich möglicherweise auch **Kämpfer aus Mali**. Als höchst problematisch wurde die **Rückkehr** von Tausenden malischstämmigen Soldaten der geschlagenen libyschen Armee bewertet, die am Kriegsende schwer bewaffnet nach Nordmali zurückkehrten und bei der anschließenden Eroberung Nordmalis eine wichtige Rolle gespielt haben.

Am Ende des libyschen Bürgerkriegs wurden **schwere Waffen aus libyschen Beständen** nach

Nordmali geschmuggelt, was sehr wesentlich zu einer weiteren **Destabilisierung** der Situation und dem Sieg der nordmalischen Rebellen Gruppen über die Armee Anfang 2012 beigetragen hat.

In Bezug auf das Eingreifen der NATO in den libyschen Bürgerkrieg wurde auch in Mali eine **kontroverse Debatte** geführt. Nach der **Ermordung des libyschen Machthabers Gaddafi** versammelten sich Tausende in der größten Moschee Bamakos zu einer **Gedenkveranstaltung**.

Während des libyschen Bürgerkriegs sind aufgrund der Kampfhandlungen und vor allem infolge von brutalen Übergriffen von **Rebellenverbänden** schätzungsweise 20.000 bis 40.000 Malier aus Libyen geflohen, wobei auch im Falle dieser Flüchtlinge die Reintegration eine große Herausforderung dargestellt hat. Auch Tausende aus Libyen geflüchtete Bürger anderer afrikanischer Staaten fanden in Mali Zuflucht.

Mali ist Mitglied der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion **UEMOA**, der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft **ECOWAS** und der **NEPAD**. Eine Vielzahl von lesenswerten Artikeln zur malischen Außenpolitik findet sich auf der Internetseite des **malischen Außenministeriums**.

Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

In den vergangenen 20 Jahren konnte das Agrarland Mali eine überwiegend positive wirtschaftliche Entwicklung verzeichnen, die auch auf die dynamische Entwicklung des Goldbergbaus zurückzuführen war. Das Wirtschaftswachstum reichte jedoch nicht für eine relevante Verringerung der Armut, und Mali bleibt in hohem Maße von der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abhängig.



Baumwollernte in der Region Ségou / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Geschätztes BIP
14,18 Mrd. US-\$

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)
1174 US-\$

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)
182 von 189 (2017)

Anteil Armut (unter 1,25 \$ pro Tag)

50,4%

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)

33,02

Wirtschaftliche Transformation (BTI)

Rang 97 von 129 (2018)

Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

Die malische Wirtschaft wird geprägt von der Dominanz des **Agrarsektors** sowie der rasch zunehmenden Bedeutung des Goldbergbaus.

Mali gehört entsprechend der Indikatoren der menschlichen Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen zu den 10 ärmsten Ländern der Welt (2018: Rang 182 von 189). Wichtigster Wirtschaftssektor ist die Landwirtschaft, die über 70 % der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt und 38,4 % zum Bruttoinlandsprodukt beiträgt (Zahlen für 2013). Stark an Bedeutung gewonnen haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten der Goldbergbau sowie der informelle Sektor.

Es besteht ein deutliches **Süd-Nord-Gefälle** der wirtschaftlichen Entwicklung. Südmali mit der Agglomeration Bamako, der Baumwollanbauzone und den Goldbergbaugebieten weist deutlich bessere Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung auf als die zentralen und nördlichen Landesteile.

Von sehr erheblicher Bedeutung sind die **Rücküberweisungen** von im Ausland lebenden Maliern (nach unterschiedlichen Schätzungen 200 Mio. Euro in 2010 bis eine Milliarde US-Dollar in 2017). Nach einer Studie der EU entsprachen die Rücküberweisungen in 2014 7,7 % des Bruttoinlandsprodukts. Insbesondere in der Region Kayes sind Rücküberweisungen von erheblicher **Bedeutung für die lokale Entwicklung**.

Der Ausbruch bürgerkriegsartiger Auseinandersetzungen in der Elfenbeinküste in 2002 und die dadurch ausgelöste dortige Wirtschaftskrise beeinträchtigten die Wirtschaftsentwicklung Malis. Wichtige Absatzmärkte für malische Agrarprodukte in der Elfenbeinküste brachen weg. Der bis 2002 in erster Linie über die Elfenbeinküste abgewickelte Außenhandel Malis wurde zudem durch stark gestiegene Transportkosten belastet. Erschwerend kam hinzu, dass aufgrund von fremdenfeindlichen Entwicklungen in der Elfenbeinküste zehntausende Malier nach Mali zurückkehren mussten. Dies brachte erhebliche wirtschaftliche Belastungen im Lande, da die üblichen Geldüberweisungen an in Mali lebende Familienangehörige entfielen. Zudem mangelte es in Mali an wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten für die Zwangsrückkehrer. Auch die schwere innenpolitische Krise in der Elfenbeinküste in 2011 **traf die malische Wirtschaft schwer**. Auch aus diesem Grund steigt die Bedeutung der Abwicklung des Außenhandels in **Überseehäfen** außerhalb der Elfenbeinküste.

Mit der Elfenbeinküste wurde eine engere Zusammenarbeit in der Elektrizitätsversorgung vereinbart. Eine **Hochspannungsleitung** versorgt seit 2012 die Regionen Sikasso und Ségou mit Elektrizität aus der Elfenbeinküste und trägt zu einer verbesserten Versorgung bei. Eine weitere Hochspannungsleitung für den **Stromimport aus der Elfenbeinküste** ist im Bau. Darüber hinaus ist eine Verbindung der **Elektrizitätsnetze Malis und Guineas** geplant sowie die Errichtung eines **Stromverbunds mit Burkina Faso und Ghana**. Anfang 2017 schloss die EDM mit dem senegalesischen Energieunternehmen SENELEC eine Vereinbarung über den **Import von Elektrizität aus Senegal**.

Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2006 betrug das Wirtschaftswachstum 4,9 % (2007 bis 2009: 4,3

%). In 2010 wurde ein Wirtschaftswachstum von 5,8 % erzielt, wobei Mali vor allem von der günstigen Entwicklung des Weltmarktpreises für Gold profitierte. Insbesondere aufgrund des ungünstigen Verlaufs der für die Agrarwirtschaft außerordentlich wichtigen Regenzeit ging das Wachstum in 2011 auf lediglich 2,7 % zurück. Für 2012 prognostizierte der IWF zunächst ein Wirtschaftswachstum von über 5 %. Jedoch zog die schwere innenpolitische Krise eine **ernste Wirtschaftskrise** nach sich, so dass in 2012 ein negatives Wirtschaftswachstum (Rückgang um 1,5 %) verzeichnet wurde. In 2013 konnte wieder ein Wirtschaftswachstum (1,8 %) verzeichnet werden, das vor allem auf der dynamischen Entwicklung der Agrarwirtschaft, des Goldbergbaus sowie der erneut angelaufenen internationalen Entwicklungszusammenarbeit basierte. In 2017 wuchs die malische Wirtschaft um 5,3 % (2014: 7,2 %, 2015: 5,0 %, 2016: 5,6%). Für 2018 wird von einem **Wirtschaftswachstum von 5 %** ausgegangen.

Zahlreiche aussagekräftige **Daten zur Wirtschaftsstruktur und -entwicklung** finden sich unter anderem auf einer Internetseite der Weltbank.

Regelmäßig aktualisierte Informationen zur Ernährungslage und zu möglichen Ernährungskrisen in Mali stellen die Hungerfrühwarnsysteme **FEWSNET** und **SAP** bereit, sowie die Marktinformationssysteme **OMA** und **RESIMAO**.

Wirtschaftssektoren

Landwirtschaft

Nur 5,5 % der Landesfläche (Wert für 2014) werden ackerbaulich genutzt, weitere 25 % können als Weideland genutzt werden. Die **Anbauzentren** des Landes befinden sich in den südlichen Landesteilen und entlang des Niger. Im Süden werden vor allem Getreide (**Hirse**, Sorghum, **Mais**), Baumwolle und **Erdnüsse** angebaut.

Entlang des Niger wird in erster Linie **Reis** angebaut. Seit zwei Jahrzehnten wurden die **Bewässerungsflächen** beständig ausgeweitet. Eine besondere Bedeutung fällt in diesem Zusammenhang dem Bewässerungsgebiet des **Office du Niger** in der Region Ségou zu. Es handelt sich um das größte Bewässerungsgebiet Westafrikas, in dem neben Reis auch Zuckerrohr und Gemüse angebaut werden, und in dem in Zukunft verstärkt auch **Weizen** und Ölfrüchte (z.B. Sonnenblumen) angebaut werden sollen. Gegen die gleichnamige staatliche Behörde, die das Bewässerungsgebiet betreibt, werden regelmäßig **Korruptionsvorwürfe** erhoben.

Die **Ausweitung der Bewässerung** gehört zu den Prioritäten der malischen Agrarpolitik. In diesem Zusammenhang misst die Regierung dem in 2010 begonnenen **Taoussa-Staudammprojekt** am Niger in der Region Gao eine große Bedeutung bei. An der **Finanzierung** dieses nicht unumstrittenen Großprojekts sind zahlreiche Geber beteiligt. Durch den jüngsten Nordmali-Konflikt wird die Realisierung des Taoussa-Projekts in Frage gestellt. In verstärktem Maße fördert die Regierung **ausländische Großinvestitionen** in der Bewässerungslandwirtschaft.

Die Tatsache, dass sowohl Mali wie auch andere Anrainerstaaten **neue Staudämme** entlang des Niger und seinen Nebenflüssen planen und errichten, erhöht die Gefahr einer **Übernutzung der Wasserressourcen**. Zugleich unterstreicht sie die Notwendigkeit einer besseren grenzüberschreitenden Abstimmung hinsichtlich der zukünftigen **Nutzung des Nigerwassers** und der Analyse der **Auswirkungen von Staudambauten**. In diesem Zusammenhang ist auf ein mit niederländischer Unterstützung durchgeführtes Pilotprojekt zu verweisen. Auch hinsichtlich der **Nutzung der Wasserressourcen des Senegal** wird eine verstärkte Kooperation zwischen den Anrainerstaaten angestrebt, was angesichts der laufenden und geplanten **Errichtung weiterer**

Staudämme sinnvoll und notwendig erscheint.

In Zentralmali dominieren die extensive, vor allem von den Fulbe betriebene, **Viehhaltung** (Rinder, Schafe, Ziegen) und der Hirseanbau, welcher vor allem im Dogonland und im Office du Niger durch bewässerten **Gemüseanbau** ergänzt wird. Im Nigerbinnendelta ist der Fischfang, der insbesondere von den Bozo betrieben wird, von großer Bedeutung. Je weiter man nach Norden gelangt, desto größer wird das Risiko, dass sich aufgrund ungünstig verteilter Regenfälle die kritische Periode zwischen dem Aufbrauchen der alten Erntevorräte und dem Einbringen der neuen Getreideernte verschiebt, wodurch sich die saisonale **Abwanderung** vom Land erheblich verstärken kann.

In **Nordmali** ist aufgrund der Aridität ertragreicher und sicherer Anbau nur mit Bewässerung möglich sowie extensive Viehhaltung (Dromedare, Ziegen und Schafe).

Verstärkte Förderung erhält die **Milchproduktion und -verarbeitung**, die zu einer Verringerung von **Milchpulverimporten** beitragen könnte.



An einem Brunnen in der Region Timbuktu / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Bewässerungsanbau am Niger in der Region Ségou / Foto: Kai-Uwe Seebörger



An einem Brunnen in der Region Timbuktu / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Bewässerungsanbau am Niger in der Region Ségou / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Regenfeldbau in der Region Sikasso / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Die Ursachen für immer wieder auftretende **Ernährungskrisen** sind vielfach komplexer Natur. Nach einer Heuschreckeninvasion und einer ungünstigen Regenzeit stellte sich in 2004 die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln zum ersten Mal seit längerer Zeit als extrem schwierig dar. Nach offiziellen Angaben waren mehr als eine Million Menschen vom Hunger bedroht und zumindest für einige Monate auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, wobei die nördlichen Landesteile am schlimmsten betroffen waren. Auch aufgrund guter Regenzeiten konnten in den Folgejahren überdurchschnittlich gute Getreideernten eingebracht werden, was eine vorübergehende Entspannung der Ernährungssituation bewirkte, obwohl in einigen Gegenden erhebliche Ernteschäden durch **Überschwemmungen** zu beklagen waren.

Im Laufe des vergangenen Jahrzehnts konnte die Getreideproduktion erheblich gesteigert werden. Im Zeitraum 2004 bis 2008 betrug die durchschnittliche jährliche Getreideproduktion 3,7 Mio. t, während im Zeitraum 2009 bis 2013 im Durchschnitt 6,2 Mio. t Getreide geerntet wurden. Infolge guter Ernten in 2009 und 2010 (2009: Getreideüberschuss von ca. 1 Mio. t) entwickelte sich Mali zeitweilig zu einem regional bedeutenden Getreideexporteur.

In 2011 wurde das von der Regierung anvisierte Ziel einer Produktion von 8,9 Mio. t Getreide infolge eines ungünstigen Verlaufs der Regenzeit bei weitem verfehlt und die Produktion betrug lediglich 5,8 Mio. t. Obwohl Anfang 2012 für das gesamte Land ein Getreideüberschuss von ca. 500.000 t beziffert wurde, drohte infolge hoher Ernteeinbußen in Teilen West- und Zentralmali eine **ernste Ernährungskrise**, die ca. 1,7 Mio. Menschen bedrohte. Erschwerend wirkte sich auf die Versorgungslage die verstärkte Getreidenachfrage aus **grenznahen Regionen** in Mauretanien und Niger aus, in denen die Getreideernte schlecht ausgefallen war.

Von der Regierung wurde ein **Nothilfeprogramm** verabschiedet, das unter anderem den Ankauf und die Gratisverteilung von 46.000 t Getreide in besonders betroffenen Gebieten vorsah. Zudem bat sie frühzeitig die internationale Gemeinschaft um Unterstützung. Die Bewältigung der Ernährungskrise

wurde jedoch in erheblichem Maße von der drastischen Verschlechterung der Sicherheitslage in Nordmali beeinträchtigt.

In 2012 wurde insbesondere aufgrund des günstigen Verlaufs der Regenzeit mit 6,6 Mio. t eine **sehr gute Getreideernte** eingebracht, die in den meisten Landesteilen zu einer deutlichen Verbesserung der Ernährungssituation beitrug. Gleiches traf auch auf die Nachbarländer Niger und Burkina Faso zu.

Für 2013 verfolgte die Regierung das ehrgeizige Ziel einer weiteren erheblichen Produktionssteigerung auf insgesamt 7,5 Mio. t Getreide. Jedoch wurde vielerorts eine späte Getreideaussaat beobachtet, da die Regenzeit verspätet einsetzte. Insgesamt wurde die in 2013 eingebrachte Ernte als durchschnittlich bis gut beurteilt, wobei 5,7 Mio. t Getreide geerntet wurden und das Land einen Getreideüberschuss von annähernd 900.000 t erzielte.

Die in 2014 eingebrachte Ernte stellte mit 7,0 Mio. t Getreide eine sehr gute Ernte dar, was die Erzielung eines Getreideüberschusses von 1,7 Mio. t ermöglichte. Für 2015 strebte die Regierung eine **Getreideproduktion von 8,0 Mio. t** an. Vielerorts führte jedoch ein verspätetes Einsetzen der Regenzeit zu Beunruhigung im Hinblick auf die sommerliche Anbaukampagne. Das ungewöhnlich lange Fortdauern der Regenfälle bis in den Oktober 2015 wirkte sich jedoch **sehr positiv** auf die Getreideernte aus, die 8,0 Mio. t betrug und einen **Getreideüberschuss von 1,6 Mio. t** ermöglichte.

In 2016 erzielte Mali mit 8,9 Mio. t Getreide erneut eine **sehr gute Ernte**, die einen Getreideüberschuss von 3,7 Mio. t ermöglichte. Mit der in 2017 erzielten Rekordernte von 9,3 Mio. t Getreide und einem **Getreideüberschuss von 4,1 Mio. t** (davon 580.000 t Reis) festigte Mali seine Stellung als bedeutender regionaler Getreideexporteur. In verschiedenen Gegenden fiel die Ernte jedoch auf Grund von Überschwemmungen oder unregelmäßigen Regenfällen am Ende der Regenzeit ungünstig aus. Zudem verfügen viele ärmere Haushalte nicht über ausreichend Kaufkraft für den (Zu-) Kauf von Getreide, so dass trotz einer Rekordernte das Problem der weit verbreiteten Unterernährung fortbesteht. Für 2018 wurde eine Rekordernte von **10,4 Mio. t Getreide** angestrebt.

Trotz der landesweit guten bis sehr guten Ernten war die Ernährungslage im Zeitraum 2013 bis 2018 in Teilen Nord- und Zentralmali infolge der kriegerischen Auseinandersetzungen und der Schließung der algerischen Grenze **angespannt**. Nach Schätzungen von OCHA waren im Zeitraum Juli bis September 2018 4,3 Mio. Malier von **Ernährungsunsicherheit** betroffen. Ca. 930.000 vornehmlich in Nord- und Zentralmali lebende Menschen benötigten humanitäre Unterstützung. Es ist zu befürchten, dass auf Grund der angespannten Sicherheitslage in einigen wichtigen Anbaugebieten Zentralmali die bäuerliche Bevölkerung nur einen Teil der Felder **bestellen** wird. Dies könnte schwerwiegende Folgen für die Ernährungssicherheit nach sich ziehen.

Einen wesentlichen Beitrag zur mittelfristigen Steigerung der Getreideproduktion hat die **Initiative Riz** geleistet. Hierbei handelt es sich um ein 2008 angelaufenes staatliches Förderprogramm für den **Reisanbau**, das auch von Gebern erhebliche Unterstützung erfuhr. Im Rahmen des Programms, mit dem die Regierung auf die Entwicklung auf den Weltgetreidemärkten und steigende Verbraucherpreise reagierte, wird vor allem der Kunstdüngereinsatz subventioniert. Kritiker bemängelten insbesondere eine einseitige Bevorzugung des Reisanbaus und befürchteten eine zunehmende **Spekulation**. Angesichts hoher Reispreise beschloss die Regierung mehrmals vorübergehende Importerleichterungen, die jedoch Gegenstand einer kontroversen Debatte waren. Subventioniert wird auch die Verwendung von **Kunstdünger** für den Baumwoll-, Mais- und Weizenanbau.

Die graduelle, wenn auch von einem alarmierend niedrigen Ausgangsniveau ausgehende, langfristige Verbesserung der Ernährungssituation lässt sich auch an der **Entwicklung des Welthunger-Indexwertes** erkennen. Dieser betrug für Mali in 2000 44,2 und hatte sich bis 2018 auf 27,8 verbessert (Vergleichswerte für 2018: Niger 30,4 / Burkina Faso 27,7 / Senegal 17,2). In 2018 belegte Mali Rang 90 von insgesamt 119 bewerteten Staaten mit einem Indexwert von über 5 (2010: Rang 52 von 84 Staaten).



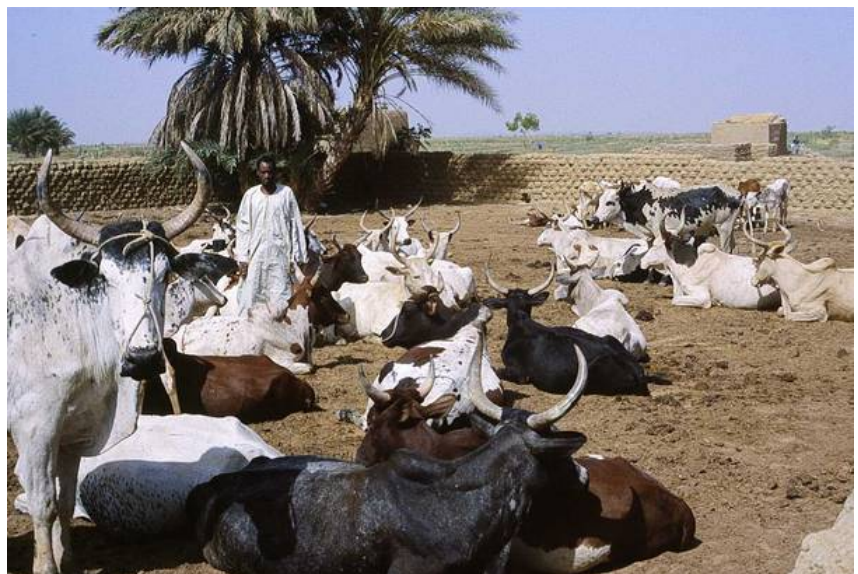
Traditioneller Getreidespeicher. Ein erheblicher Teil der Getreideernte geht infolge von Lagerungsverlusten und Schädlingsbefall verloren / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Rinderherde in der Region Ségou. Rinder aus Mali werden vor allem in die südlichen Nachbarländer exportiert / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Traditioneller Getreidespeicher. Ein erheblicher Teil der Getreideernte geht infolge von Lagerungsverlusten und Schädlingsbefall verloren / Foto: Kai-Uwe Seebörger



Rinderherde in der Region Ségou. Rinder aus Mali werden vor allem in die südlichen Nachbarländer exportiert / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Bergbau und Industrie

Der **Bergbausektor** hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Insbesondere der **Goldbergbau** erlebt seit den neunziger Jahren einen Boom. Im Süden und

Südwesten Malis wurden große Goldlagerstätten erschlossen, wobei ausländischen Investoren (vor allem aus der Republik Südafrika) eine Schlüsselrolle zufiel. Nach Meinung von Kritikern ziehen ausländische Bergbauunternehmen einen **überproportionalen Nutzen** aus dem malischen Goldbergbau, und in verstärktem Maße wird über **Alternativen** in Bezug auf die Aufteilung der erwirtschafteten Erlöse diskutiert. Im August 2018 gewährte die Regierung dem Bergbaukonzern Randgold eine für vier Jahre geltende **hohe Steuerermäßigung** für den Ausbau einer der größten Goldminen des Landes.

In 2011 wurde Mali Mitglied der internationalen Rohstoff-Transparenzinitiative **EITI**. Zivilgesellschaftliche Vereinigungen haben eine kritische Begleitung der Initiative angekündigt. Die **nigrische Regierung** beschloss unterdessen in 2016 den Ausstieg aus der EITI, da die Mitgliedschaft des Landes wegen Nicht-Einhaltung der EITI-Richtlinien suspendiert worden war.

Mali ist nach der Republik Südafrika, Ghana und Sudan der viertgrößte Goldproduzent Afrikas. Die **Goldproduktion** belief sich in 2018 auf 61 t aus industriellen Goldminen. Sie wies damit eine erhebliche Steigerung gegenüber 2017 auf (49,6 t). Zu der Produktion aus industriellen Goldminen kommt die handwerkliche Goldproduktion hinzu, die jedoch statistisch schwer zu erfassen ist (2017: ca. 45 t). Trotz der erfolgten Schließung einer der größten Goldminen des Landes wird für die kommenden Jahre mit einem erneuten **Anstieg der Goldproduktion** gerechnet. Die Exploration neuer Lagerstätten wurde durch den zeitweiligen starken **Anstieg des Weltmarktpreises für Gold** angekurbelt.

Nördlich von Gao wird Phosphat für den Binnenmarkt abgebaut. In 2005 wurden in Nordmali **Erdöllagerstätten** entdeckt, an deren Erschließung große Hoffnungen geknüpft werden. Zudem bestehen Pläne zur Erschließung von **Bauxitlagerstätten, Uranvorkommen, Lithiumvorkommen** und **Erdgasvorkommen**, zur **Erhöhung der Eisenerzproduktion**, zur **Ausweitung der Phosphatproduktion** sowie zum Abbau von **Manganerz**. Die Erschließung der aufgeführten Rohstoffvorkommen würde die volkswirtschaftliche **Bedeutung des Bergbaus** sicherlich bedeutend erhöhen. Die Regierung beabsichtigt, durch eine Änderung des Bergbaugesetzes den **Staatsanteil** an Bergbauprojekten zu erhöhen und Unternehmen zu Investitionen in die Infrastruktur und die soziale Entwicklung zu verpflichten. Mit großem Interesse wurden vor diesem Hintergrund die Verhandlungen über einen neuen Uranabbau-Vertrag zwischen der nigrischen Regierung und dem französischen **AREVA-Energiekonzern** verfolgt.

Der **Industriesektor** ist bislang lediglich von peripherer Bedeutung und wird von kleinen und mittelgroßen Betrieben dominiert. Von den ca. 30.000 Arbeitsplätzen im Industriesektor befinden sich ca. 75 % in der Agglomeration Bamako. Zum zweit wichtigsten Industriestandort hat sich der **Großraum Sikasso** entwickelt. Bedeutendste Industriezweige sind die **Nahrungsmittelindustrie** und die **Baumwollentkernung**, sowie zwei Textilfabriken. In 2007 wurde in der Nähe Bamakos die erste **Düngemittelfabrik** des Landes eröffnet. Seither konnte die Kunstdüngerversorgung der malischen Agrarwirtschaft deutlich verbessert werden. Zudem wird ein Teil der Produktion in die Nachbarstaaten **exportiert**.

Eines der derzeit größten **Industrieprojekte** umfasst den Bau einer großen Zuckerfabrik sowie die Anlage von ca. 14.000 ha bewässerter Zuckerrohranbaufläche im Gebiet des Office du Niger. Das Projekt stieß in den vergangenen Jahren jedoch auf **Proteste der lokalen Bevölkerung**, die sich gegen den befürchteten Verlust von Anbauflächen wehrte. Im gleichen Gebiet tätigte bereits ein **Großunternehmen aus Libyen** sehr umfangreiche Investitionen in der Bewässerungslandwirtschaft, die jedoch, ebenso wie Großprojekte malischer Investoren, Gegenstand einer **kontroversen Diskussion** sind. Zudem wurde in 2012 eine mit chinesischer Unterstützung errichtete **weitere Zuckerfabrik** eröffnet, so dass Mali schon in wenigen Jahren von einem Zuckerimporteur zu einem regional bedeutenden Exporteur von Zucker werden könnte.

Ein weiteres wichtiges Industrieprojekt umfasste den Bau einer **Zementfabrik** in Westmali. Die von einem indischen Unternehmen betriebene Fabrik deckt einen Teil des rasch wachsenden Inlandsbedarfs an Zement. Die Realisierung des Projekts wurde jedoch durch Versuche eines großen französischen Zementherstellers verzögert, das Investitionsvorhaben des indischen Unternehmens

zu **sabotieren**. In der Nähe von Kati (Umland von Bamako) wurde in 2016 eine von einem marokkanischen Unternehmen betriebene **weitere Zementfabrik** eröffnet. In der Region Kayes wird die dritte Zementfabrik des Landes **geplant**.

Ein indisches Unternehmen eröffnete in 2009 das erste **Traktorenmontagewerk** des Landes. In 2013 wurde unweit von Bamako das erste **Baustahlwerk** des Landes eingeweiht, das mit maßgeblicher Unterstützung eines indischen Unternehmens errichtet wurde. Das gleiche Unternehmen betreibt in Südmali seit 2011 die erste Eisenerzmine Malis.

In 2013 wurde unweit von Bamako das erste **Fahrzeugmontagewerk** Malis eingeweiht. In dem malisch-südkoreanischen Gemeinschaftsunternehmen werden Pkw, Lkw und Busse produziert. In 2015 nahm im Umland von Bamako die erste **Elektrokabelfabrik** des Landes den Betrieb auf, deren Produkte zum Teil auch in die Nachbarstaaten exportiert werden sollen. In 2016 wurde in Kayes ein moderner **Kühlschlachthof** eröffnet, der einen Großteil seiner Produktion exportiert. Mitte 2016 kündigte ein chinesisches Unternehmen die Errichtung von zwei **Baumwollspinnereien** und drei Baumwollentkernungsfabriken an. Im Mai 2018 nahm in der Nähe von Bamako eine mit chinesischer Unterstützung errichtete **pharmazeutische Fabrik** die Produktion auf.

Die hohen Erwartungen (Schaffung von bis zu 20.000 Arbeitsplätzen) in Bezug auf eine von der Industrieförderungsagentur **AZI** angelegte **neue Industriezone** am Stadtrand von Bamako wurden bislang bei weitem noch nicht erfüllt. Gleiches trifft auch auf die von der AZI unterstützte Anlage weiterer **Industriezonen** in den Regionshauptstädten Ségou, Kayes, Sikasso, Mopti und Koulikoro sowie in Koutiala, Fana, Bougouni, Kati, Ouélessébougou und Sanankoroba zu.



Koutiala, Region Sikasso: Industriebetrieb zur Speiseölherstellung auf der Basis von Baumwollsamens / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Informeller Sektor

Insbesondere in den rasch wachsenden Städten ist der **informelle Sektor** von großer Bedeutung. Er sieht sich jedoch mit einer **Reihe ernster Probleme** konfrontiert. So sind die im informellen Sektor erzielten Einkommen vielfach gering, der Zugang zu Krediten und Produktionsmitteln ist stark eingeschränkt und es fehlt weitgehend an Förderungsstrategien für diesen bislang von der Wirtschaftspolitik vernachlässigten Sektor. Zudem kommt es gerade in Bamako immer wieder zu **Streitigkeiten** zwischen Angehörigen des informellen Sektors und der **Stadtverwaltung**, die zuletzt im Sommer 2016 massiv gegen die Nutzung öffentlicher Flächen durch Angehörige des informellen Sektors vorging.

Von erheblicher Bedeutung gerade auch für den informellen Sektor ist die zunehmende Zahl von **Mikrofinanzinstitutionen**, wie zum Beispiel die Spar- und Kleinkreditkasse **Nyèsigiso** und das **Dorfsparkassennetzwerk Kafo Jiginew**, das 1987 gegründet wurde und gegenwärtig 382.000 Mitglieder zählt. Eine wichtige Zielgruppe der Mikrofinanzinstitutionen stellen **Frauen** dar.

In 2010 wurde bekannt, dass die Spar- und Kleinkreditkasse Jéméni in **sehr ernste Schwierigkeiten** geraten war. Die Zahl der hiervon betroffenen Sparer wurde landesweit auf ca. 60.000 Personen geschätzt. Als Reaktion auf die bekannt gewordenen Missstände kam es zu **Demonstrationen und verstärktem Vertrauensverlust**.

Tourismus

In einigen Landesteilen hatte der Tourismus bis 2009 deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Zahl der ausländischen Touristen stieg von 98.000 Personen in 2002 auf 250.000 Personen in 2009, womit der Tourismus zwischenzeitlich ein immer wichtigerer Wirtschaftssektor (Einnahmen aus dem Tourismus 2008: 115 Mrd. FCFA) geworden war, der in 2008 vom damaligen Tourismusminister als eine zukünftige Lokomotive des wirtschaftlichen Wachstums bezeichnet wurde. Allerdings wurde seit 2009 aufgrund der zunehmend angespannten Sicherheitslage ein starker **Rückgang der Zahl ausländischer Besucher** verzeichnet (71.000 europäische Touristen in 2014 gegenüber 190.000 europäischen Touristen in 2008), der sich sehr negativ auf die **lokale Wirtschaftsentwicklung** in den Tourismusgebieten ausgewirkt hat.

Zunehmende Beachtung findet ein UNESCO-Projekt zur Förderung eines sozial- und umweltverträglichen und **nachhaltigen Tourismus** im Dogonland.

Produkte und Produktionsweisen

In der Agrarwirtschaft dominieren traditionelle Produktionsweisen, die weitgehend ohne moderne Produktionsmittel auskommen. Ausnahmen stellen der moderne **Bewässerungsreisbau**, der von subventionierten Produktionsmitteln profitiert, und der exportorientierte **Baumwollanbau** dar. Letzterer wurde seit den Neunziger Jahren massiv **ausgeweitet** (2003: 621.000 t Rohbaumwolle), was zunehmende ökologische Schäden nach sich gezogen hat. Im Zeitraum 2006 bis 2008 ging die Baumwollproduktion sehr erheblich zurück (Tiefpunkt in 2008 mit lediglich 201.000 t), wobei der **Produktionsrückgang** vor allem auf die verspätete Bezahlung der Baumwolle durch die CMDT, die Verschuldung der Bauern und gestiegene Produktionsmittelkosten zurückgeführt wurde. Zudem erwies sich die CMDT nur unzureichend in der Lage, den Baumwollbauern in ausreichendem Maße Produktionsmittel zu liefern. Es bleibt abzuwarten, ob die seit 2009 verzeichnete Erhöhung der Baumwollproduktion von langfristiger Dauer sein wird. Von 2011 auf 2012 wurde ein Anstieg der Baumwollproduktion von 245.000 t auf 454.000 t erzielt. In 2013 blieb jedoch die Produktion mit 440.000 t deutlich unter dem Planziel (522.000 t). Der Hauptgrund hierfür bestand in der Tatsache,

dass angesichts der **Preisentwicklung** auf dem Weltbaumwollmarkt die CMDT die Streichung einer Prämie für Baumwollproduzenten angekündigt hatte. Bis 2018 strebt die CMDT die Erhöhung der Baumwollproduktion auf 800.000 t an. Jedoch wurden in 2014 und 2015 die Planziele für die Baumwollproduktion deutlich **verfehlt**. So wurden in 2015 bei einem Planziel von 650.000 t Rohbaumwolle lediglich 513.000 t produziert. In 2016 wurde mit 645.000 t Rohbaumwolle das Planziel erreicht. In 2017 wurde mit **706.000 t Rohbaumwolle** (Planziel: 725.000 t) eine Rekordernte erzielt, und Mali stieg zum größten Baumwollproduzent Afrikas auf. Für 2018 sah das Planziel die Produktion von **750.000 t Rohbaumwolle** vor.

Die USAID hat seit 2005 die Verwendung von **gentechnisch manipuliertem Baumwollsaatgut** gefördert, die jedoch umstritten blieb. Mit Unterstützung der VR China werden Anbauversuche mit Hybridreissorten durchgeführt.

Bei der Ausarbeitung und Einführung von Regeln der biologischen Sicherheit strebte die malische Regierung eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Regierungen anderer westafrikanischer Staaten an.



Baumwollernte in der Region Ségou / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Der **biologische Baumwollanbau** gewinnt allmählich an Bedeutung und wird von über 8.000 Bauern in Südmali praktiziert. In zunehmendem Maße werden auch im Mangoanbau zertifizierte **biologische Anbaumethoden** angewendet. Gleiches trifft in Ansätzen ebenso auf den **Sesamanbau** zu.

Der Anbau von **Gemüse** und **Obst** hat vor allem im Umland größerer Städte stark zugenommen.

Insbesondere in Nord- und Zentralmali wird von den Tuareg, Mauren und Fulbe traditionelle halbnomadische und nomadische Tierhaltung praktiziert. Im Gegensatz hierzu steht die Entwicklung einer insbesondere im Großraum Bamako zunehmend intensiv praktizierten **Hühnerhaltung**, die sich jedoch in zunehmendem Maße durch illegale Hähnchenfleischimporte gefährdet sieht.

Im Handwerk, das vor allem in den Städten an Bedeutung gewinnt, dominieren informelle Strukturen und einfache Techniken. Zugleich erfährt das **Handwerk** im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zunehmende Aufmerksamkeit.

Im Gegensatz zur **handwerklichen Goldgewinnung** sind die von den ausländischen Unternehmen im Goldbergbau praktizierten Abbautechniken kapitalintensiv und setzen entsprechend ausgebildetes Fachpersonal (häufig Ausländer) voraus. In zunehmendem Maße werden die durch die Goldproduktion verursachten **Umweltschäden** kritisiert.

Wirtschaftspolitik

In der **Wirtschaftspolitik** verfolgt die Regierung eine Förderung der **Privatwirtschaft** und der Liberalisierung, wobei diese Politik neben Zustimmung auch Ablehnung erfährt. Der **Staatshaushalt**

ist defizitär.

Seit 1988, mit Nachdruck aber insbesondere seit Mitte der neunziger Jahre, unternimmt die malische Regierung deutliche Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft. Die auf Druck und mit Unterstützung der Weltbank durchgeführten wirtschaftspolitischen **Reformprogramme** (Handelsliberalisierung, Privatisierung und Liquidierung unrentabler Staatsbetriebe, Sektorprogramme) führten zu mehr Leistungsanreizen und Wettbewerb sowie einem deutlichen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts und ausländischer Investitionen. Oftmals verursachten die auf Druck der internationalen Gebergemeinschaft initiierten Maßnahmen aber auch **soziale Härten** und trafen bei (Teilen) der Bevölkerung auf Ablehnung. Bei der gescheiterten Privatisierung der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft Energie du Mali (EDM) (Übernahme der Kapitalmehrheit in 2000 durch die französische Bouygues-Gruppe) wurden sogar die vertraglich festgelegten Rahmenbedingungen, auf Druck breiter Teile der Bevölkerung, durch den Staatspräsidenten wieder außer Kraft gesetzt, was die malische Regierung 17 Mio. Euro kostete. Nach grundlegenden Meinungsverschiedenheiten mit der malischen Regierung verkaufte die Bouygues-Gruppe in 2005 ihre Anteile. Nach dieser **gescheiterten Privatisierung** ist die EDM ein **Problemfall** für die nationale Privatisierungspolitik geblieben, die im Übrigen vor dem letztlich verhinderten Wahljahr 2012 erheblich an Elan verlor. In 2012 übernahm die neu gegründete **SOMAGEP** den Geschäftsbereich Trinkwasserversorgung der EDM.

Auch im ländlichen Raum ist eine erhebliche Ausweitung der Elektrizitätsversorgung geplant, wobei verstärkt auch die **Solarenergie** genutzt werden soll.

Die im Lande umstrittene **Privatisierung der nationalen Baumwollgesellschaft CMDT** wurde mehrfach verschoben und sollte ursprünglich in 2013 abgeschlossen werden. Die Interventionszone der CMDT-Holding wurde in vier Gebietseinheiten (filiales) unterteilt, für die **ausländische Investoren** ausgewählt werden sollen. Bislang wurde lediglich ein Interessent ausgewählt, und zwar eine chinesische Firma. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen würde ein erneutes Vergabeverfahren nach sich ziehen. Interessant könnten in Hinsicht auf die Privatisierung der CMDT auch die **in Burkina Faso gewonnenen Erfahrungen** sein.

Die Privatisierung der staatlichen Ölmühlengesellschaft **HUICOMA** endete in einem Fiasko. Einen wesentlichen Erfolg stellte hingegen die erste Phase der **Privatisierung der SOTELMA** dar, die sich zu 51 % im Besitz des marokkanischen Unternehmens Maroc Télécom befindet. Jedoch war die Privatisierung mit einem erheblichen Arbeitsplatzabbau verbunden und die **Verwendung der Privatisierungserlöse** umstritten. In 2012 begann die zweite Phase der Privatisierung der SOTELMA, die eine weitere Reduzierung des **von der Regierung gehaltenen Anteils** vorsieht. **Sehr hohe Einnahmen** erzielte die Regierung in 2012 mit der Vergabe einer Lizenz an einen **dritten Mobilfunknetzbetreiber**, der im Januar 2018 seinen Betrieb aufnahm.

Die malische Regierung ist verstärkt bemüht, ausländische und malische **Privatinvestoren**, zum Beispiel für den Ausbau des Industriesektors zu gewinnen, wobei auch Public Private Partnership (PPP) gefördert wird. So wurde beispielsweise in Kayes ein neues, auf der Grundlage von PPP errichtetes **Wärme kraftwerk** gebaut, das zu einer graduellen **Verbesserung der problematischen Elektrizitätsversorgung** beitragen soll.

Bislang konzentrieren sich Privatinvestoren auf die Sektoren Handel, Telekommunikation, Transportwesen und Baugewerbe. Hemmend wirkt sich neben der Binnenlage und infrastruktureller Mängel die weiterhin **weit verbreitete Korruption** aus, welche nach einer Weltbank-Studie zu den wichtigsten Investitionshemmnissen zählt.

Im Mai 2018 vereinbarte Mali mit Burkina Faso und der Elfenbeinküste die Schaffung einer **grenzüberschreitenden Sonderwirtschaftszone** im Dreiländereck zwischen den Städten Sikasso, Bobo-Dioulasso und Korhogo. Hierdurch sollen das Wirtschaftswachstum und die regionale Integration gefördert werden.

Der in 2017 publizierte **Doing Business-Bericht** der Weltbank, der die **Wirtschaftsfreundlichkeit** verschiedener Staaten analysiert, stuft Mali lediglich auf Rang 143 von 190 untersuchten Staaten ein.

Ein deutsches Bauunternehmen erfuhr bei der Verwirklichung eines **Immobilienprojekts** in Bamako ernste Schwierigkeiten.

Vom Ausbau des internationalen Flughafens Bamako werden wesentliche Impulse für die Wirtschaftsentwicklung, speziell der Agglomeration Bamako, erwartet.

Staatsverschuldung

In 2005 profitierte Mali zusammen mit 17 anderen hochverschuldeten Entwicklungsländern von einem von den G-8-Staaten gewährten umfassenden **Schuldenerlass**. Dennoch stellt die **Verschuldung** weiterhin ein wichtiges Problem dar. So entsprach die Staatsverschuldung in 2016 27,3 % des Bruttoinlandsprodukts.

In 2011 wurden Mali 8,4 Mrd. FCFA im Rahmen der Initiative für hoch verschuldete arme Staaten (Französisch: Initiative PPTE) erlassen.

In 2015 kündigte Frankreich an, Mali Schulden in Höhe von annähernd **65 Mio. Euro** zu erlassen. Nach Angaben der französischen Regierung ist der Schuldenerlass Teil einer umfangreicheren Unterstützung seitens Frankreichs, die auch der Bekämpfung des Terrorismus diene.

Handel

Wichtigste Handelspartner Malis sind die EU-Staaten, die Nachbarländer Senegal und Elfenbeinküste sowie die VR China. Der malische **Außenhandel** ist deutlich **defizitär**. So standen in 2016 Importen im Wert von 3,8 Mrd. US-Dollar Exporte von lediglich 2,84 Mrd. US-Dollar gegenüber. Wichtigste Einfuhrgüter waren Mineralölprodukte (21 % des Importwerts), mit Abstand gefolgt von Nahrungs- und Genussmitteln, Zement, Kunstdünger und Fahrzeugen.

Bei den Exporten stand in 2016 mit weitem Abstand Gold an der Spitze (72 % des Exportwerts), mit weitem Abstand gefolgt von Baumwolle (9,2 % des Exportwerts) und Lebewieh (7,9 % des Exportwerts). In Bezug auf die **Lebewiehexporte** ist jedoch zu erwähnen, dass diese nur teilweise von der offiziellen Statistik erfasst werden (weit verbreiteter Schmuggel von Vieh in die Nachbarländer). Schwierig zu erfassen sind auch Reexporte von Importwaren.

Die malische Volkswirtschaft ist stark von der Entwicklung der Weltmarktpreise für **Baumwolle** und Gold abhängig. Mali ist in besonderem Maße von den erheblichen Schwankungen der Weltmarktpreise für Baumwolle betroffen. 1995 erzielte das Land pro Tonne exportierter Rohbaumwolle 1.486 Euro, in 2000 dagegen nur noch 784 Euro, wozu unter anderem die **Subventionspolitik der USA und EU** beigetragen hat. Der seitdem verzeichnete zeitweilige starke Wiederanstieg der Weltmarktpreise wurde jedoch zu einem erheblichen Teil durch die gestiegenen Produktionsmittel- und Transportkosten relativiert. Zudem folgte auf den in 2010 verzeichneten historischen Höchststand des Weltmarktpreises für Baumwolle nur ein Jahr später ein drastischer **Preisverfall**.

Angesichts der Entwicklung des **Weltmarktpreises für Weizen** wird auch in Mali verstärkt nach Alternativen zur Verwendung von importiertem Weizenmehl gesucht, das vor allem in den Städten in Form von Weißbrot konsumiert wird.

Durch eine verstärkte **Diversifizierungsförderung** sollen die Abhängigkeit von Gold- und Baumwollexporten reduziert und die Exporte erhöht werden. Angestrebt wird insbesondere ein verstärkter Export von **Mangofrüchten**, wobei das Exportvolumen von 2005 bis 2017 von 2.900 t auf 16.900 t frische Früchte gesteigert werden konnte und Mangofrüchte zum fünftwichtigsten Exportprodukt (nach Gold, Baumwolle, Lebendvieh und Kunstdünger) geworden sind. Allerdings bestehen trotz zunehmender **Investitionen** und steigender **Mangoexporte** noch **erhebliche Schwierigkeiten** und **Herausforderungen**. Angestrebt wird zudem ein verstärkter Export von industriell erzeugtem **Mangopüree**.

Zum Schutz der einheimischen Zwiebel- und Kartoffelproduzenten erließ das Handelsministerium Mitte 2015 ein vorübergehendes **Importverbot** für Zwiebeln und Kartoffeln. Trotz einer bedeutenden Eigenproduktion an Gemüse werden insbesondere zur Befriedigung der Gemüsenachfrage in den städtischen Zentren saisonal **erhebliche Mengen** Gemüse aus Nachbarländern, Marokko und den Niederlanden importiert.

Entwicklung und Entwicklungspolitik

Armut und Armutsbekämpfung

Seit 1992 verfolgt die malische Regierung eine multisektorale **Politik der Armutsbekämpfung** und der Befriedigung der Grundbedürfnisse, welche sich auch in den landesspezifischen **Millennium - Entwicklungszielen** und **Sustainable Development Goals** erkennen lässt. Die wichtigsten Entwicklungsprogramme zielen in erster Linie auf einen Ausbau der Basisgesundheitsdienste, der Wasserversorgung sowie des Grundschulwesens ab. Diese Schwerpunkte flossen seit 2002 in die Ausarbeitung von Armutsbekämpfungsstrategien ein. Ein Schwachpunkt bei der bisherigen Umsetzung der Strategien ist in der relativ schwachen Beteiligung der Zivilgesellschaft zu sehen.

Ein von der Regierung initiiertes soziales **Wohnungsbauprogramm**, in dessen Rahmen bis 2018 annähernd 13.000 Wohneinheiten errichtet wurden (Endziel: bis zu 50.000 Wohneinheiten), zielt in erster Linie auf die kleine städtische Mittelschicht ab.

Nationale Entwicklungsanstrengungen

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Regierung und ihre Kritiker die Entwicklungsplanungen und -perspektiven unterschiedlich bewerten. Während die Regierung ihre Erfolge und die von ihr und ihren Vorgängern initiierten Programme, wie zum Beispiel das **PDES**, hervorhebt, zeichnen ihre Kritiker ein wesentlich pessimistischeres Bild der gegenwärtigen Situation, und üben bisweilen scharfe Kritik an den Regierungsprogrammen.

Ausländische Entwicklungsanstrengungen

Als einstiges demokratisches Musterland hat Mali bis zum Militärputsch Anfang 2012 in einem hohen Maße von Unterstützungsleistungen im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit profitiert. So stellten in 2008 die wichtigsten **Geber** dem Land für den Zeitraum 2008 bis 2012 insgesamt 3,2 Mrd. FCFA Entwicklungshilfe in Aussicht. In 2011 wurden annähernd 30 % der Staatsausgaben aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit finanziert.

Infolge des Militärputsches in 2012 erfuhr die internationale Entwicklungszusammenarbeit einen schweren Rückschlag. Dies änderte sich, als die malische Regierung die Wiederherstellung der Demokratie beschloss. Im Rahmen einer **internationalen Geberkonferenz im Mai 2013** wurden Mali

über 3,2 Mrd. Euro vornehmlich für die Wiederankurbelung der Wirtschaft zugesagt.

Deutschland war in 2016 nach den [USA](#), [Frankreich](#) und [Kanada](#) das viertwichtigste Geberland. Die wichtigsten multilateralen Geber waren die [EU](#), die [Weltbank](#) und die [Afrikanische Entwicklungsbank](#). Folgende Links führen Sie zu landesspezifischen Aktivitäten einzelner Institutionen und Organisationen:

- [AFD](#)
- [SNV](#)
- [CIDA](#)

Deutsche Entwicklungs- und Hilfsorganisationen in Mali

Mali war seit dem Jahr 2000 ein [Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit](#), zu dem Deutschland schon seit der Unabhängigkeit gute Beziehungen unterhält.

Im Rahmen des Dreijahres-Programms 2009-2011 sagte die Bundesregierung dem Land insgesamt 110 Mio. Euro als nicht-rückzahlbaren Zuschuss zu, was einer erheblichen Steigerung im Vergleich zum Zeitraum 2006-2008 (72 Mio. Euro, 2003-2005: 67 Mio. Euro) entsprach. Infolge des Militärputsches in 2012 wurde die Entwicklungszusammenarbeit mit Mali vorläufig ausgesetzt. Anfang 2013 begann die [schrittweise Wiederaufnahme](#) der Zusammenarbeit. Hiermit wurden die Bemühungen der Übergangsregierung um eine Wiederherstellung der Demokratie gewürdigt.

In 2015 sagte die Bundesregierung Mali für das Dreijahresprogramm 2015-2017 73 Mio. Euro zu. In 2016 und 2017 machte sie dem Land weitere Zusagen in Höhe von insgesamt 58 Mio. Euro. Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit sind die Förderung der Dezentralisierung und guten Regierungsführung (einschließlich Rohstoffgovernance), die Förderung einer produktiven und nachhaltigen Agrarwirtschaft sowie der Ausbau der Trinkwasserversorgung und der Abwasserentsorgung.

Folgende Links führen Sie zu landesspezifischen Aktivitäten deutscher Institutionen und Organisationen:

- [Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit](#)
- [Kreditanstalt für Wiederaufbau](#)
- [Friedrich-Ebert-Stiftung](#)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Welthungerhilfe](#)
- [Eirene](#)
- [Solisa Freundeskreis](#)
- [Eine-Welt Nordenham e.V.](#)
- [Partnerschaft für ländliche Entwicklung in Afrika e.V.](#)
- [Sterntaler für Afrika e.V.](#)
- [Mali-Hilfe e.V.](#)
- [LAG Mali](#)
- [Häuser der Hoffnung](#)



Fotos: Kai-Uwe Seebörger

Dogonland, Region Mopti: Die von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geförderte Errichtung von Kleinstaudämmen (rechts) ermöglicht eine Ausweitung des bewässerten Gemüseanbaus (links).

Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Gelegen im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westafrika weist das vom Islam geprägte Land eine große ethnische und kulturelle Vielfalt auf.



Moschee in Djenné / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Anteil alphabetisierte Erwachsene
33,4 %

Bedeutende Religionen
Islam (ca. 90 %), Naturreligionen

Städtische Bevölkerung
40 %

Lebenserwartung (w/m)
58 / 54 Jahre (2016, geschätzt)

Gender Inequality Index
Rang 157 von 160 (2017)

Anzahl der Geburten

6,01 / Frau (geschätzt, 2017)

Kindersterblichkeit

100 / 1000 Lebendgeburten (2016, geschätzt)

Makrosoziale Struktur

Regionalismus, Ethnizität und Tribalismus

Aufgrund seiner Lage im Übergangsbereich zwischen Nord- und Westafrika sowie einer langen Abfolge von Migrationsbewegungen ist Mali ein Vielvölkerstaat, der von einer großen kulturellen und **sprachlichen Vielfalt** geprägt wird. Ausgeprägte Unterschiede bestehen in dieser Hinsicht insbesondere zwischen den vornehmlich im Norden lebenden hellhäutigen Volksgruppen der **Tuareg** und der **Mauren**, und der im Zentrum und Süden des Landes dominierenden dunkelhäutigen Bevölkerungsgruppen. Zahlenmäßig mit weitem Abstand größte Ethnie sind die **Bambara**, welche zusammen mit den kleineren verwandten Ethnien der **Malinké** und Dioula ca. 51 % der Bevölkerung ausmachen. Weitere größere Ethnien sind **Fulbe** (11 %), **Sarakollé** (9 %), **Senoufo** (9 %) und **Songhay** (7 %). Die restliche Bevölkerung verteilt sich auf verschiedene kleinere Ethnien wie **Dogon**, **Bozo**, Bobo, Tuareg, und Mauren.

Die originären **Siedlungsgebiete** der einzelnen Ethnien weisen auch als Folge von Migrationsbewegungen eine Reihe von Überlagerungen auf und sind vielfach nicht eindeutig voneinander abgrenzbar. So ist zum Beispiel das **Hauptsiedlungsgebiet der Dogon** in Zentralmali seit einigen Jahrzehnten immer stärker von Abwanderung geprägt, mit der Folge, dass heute bereits mehr Dogon außerhalb des Dogonlandes als im Dogonland selbst leben.



Vielvölkerstaat Mali: Die Bilder zeigen Tuareg (links oben), Fulbe-Hirten (rechts oben) sowie einen Songhay-Bauer (unten)



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Vielvölkerstaat Mali: Die Bilder zeigen Tuareg (links oben), Fulbe-Hirten (rechts oben) sowie einen Songhay-Bauer (unten)



Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Bei den traditionell (halb-) nomadischen Tuareg und Mauren lassen sich in zunehmendem Maße Tendenzen der Sesshaftwerdung erkennen, welche in vielen Fällen in Zusammenhang stehen mit sich wandelnden ökologischen und sozioökonomischen **Rahmenbedingungen**. Der Anteil der nomadischen Bevölkerung ist seit Jahrzehnten rückläufig und wird auf unter 4 % der Gesamtbevölkerung geschätzt.

Aus dem Nordosten der Region Mopti wurden in 2011 Gewalttaten von aus Niger zugewanderten Fulbe gemeldet, die das friedliche Zusammenleben zwischen Fulbe und Tuareg zu bedrohen begannen.

Wichtigste Nationalsprache ist die zur Gruppe der Mande-Sprachen gehörende **Bambara-Sprache** (Bamanankan), die zunehmend zur Lingua Franca Malis geworden ist und von ca. 80 % der

malischen Bevölkerung gesprochen wird. Mittlerweile gibt es auch ein [Bambara-Online-Lexikon](#). Hoch angesehen sind Grundkenntnisse der zu vielen Anlässen ausgesprochenen [Segenswünsche](#). Amtssprache ist Französisch.

Soziale Lage und soziale Klassen

Die Masse der malischen Bevölkerung lebt unterhalb der [Armutsgrenze](#) und bestreitet ihren Lebensunterhalt weitestgehend durch Tätigkeiten in der Agrarwirtschaft und zunehmend auch im informellen Sektor.

Die Möglichkeiten, einen Arbeitsplatz im modernen Wirtschaftssektor (Industrie und Dienstleistungen) zu finden, beschränken sich weitgehend auf die Städte. Aufgrund der Schwäche des modernen Wirtschaftssektors und der anhaltend hohen Zuwanderung aus dem ländlichen Raum stellt die [Arbeitslosigkeit](#) auch in den Städten ein ernstes Problem dar, wovon auch zahlreiche [Hochschulabsolventen](#) betroffen sind. Hieran konnten bislang auch staatliche Förderprogramme nur wenig ändern.

[Gewerkschaften](#) engagieren sich unter anderem gegen Arbeitsplatzabbau in Folge der Privatisierung staatlicher Unternehmen und für bessere Arbeitsbedingungen in den Goldminen. [Streiks](#) von Minibusfahrern und Kleinhändlern beeinträchtigten mehrfach das öffentliche Leben in Bamako.

Stadt-Land-Verhältnis und Migration

In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil der städtischen Bevölkerung stark zugenommen, wobei die Hauptursache hierfür in einer massiven Land-Stadt-Wanderung zu sehen ist. Die Gründe für die [Abwanderung](#) aus dem ländlichen Raum sind komplex und umfassen sowohl ökonomische, soziale und ökologische Ursachen. Bestrebungen der Regierung, die [Abwanderung vom Lande zu reduzieren](#), erwiesen sich bislang zumeist als wenig erfolgreich.

Von großer Bedeutung ist die [Auswanderung](#), die vielfach unter [gefährvollen Bedingungen](#) erfolgt. In vielen Fällen investieren Familien relativ hohe Geldbeträge, um jüngeren Familienmitgliedern die [Auswanderung nach Europa](#) zu ermöglichen, die angesichts der zunehmenden [Abschottung](#) Europas immer schwieriger wird. Schätzungsweise drei bis vier Mio. Malier leben dauerhaft außerhalb der malischen Staatsgrenzen, insbesondere in der [Elfenbeinküste](#) sowie anderen Nachbarstaaten. Nach unterschiedlichen Schätzungen leben 200.000 bis 300.000 Malier in Frankreich, von denen ein Teil keinen gültigen [Aufenthaltsstatus](#) besitzt. Aus Frankreich und [aus Algerien](#) werden zahlreiche [Zwangsabschiebungen](#) malischer Emigranten gemeldet, wobei in Mali selber die [Selbstorganisation von Abgeschobenen](#) allmählich an Bedeutung gewinnt.

Für zahlreiche Migranten aus dem subsaharischen Afrika ist Mali ein wichtiges [Transitland](#) in Richtung Nordafrika und Europa.

Während des libyschen Bürgerkriegs, und über das Kriegsende hinaus, wurden zahlreiche malische Immigranten in [Internierungslagern](#) festgehalten.

Geschlechterverhältnis

In Mali - wie auch in vielen anderen Staaten Afrikas - sind Frauen gegenüber der männlichen Bevölkerung weitgehend [benachteiligt](#). Dies gilt sowohl hinsichtlich des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung, wie auch des sozialen und ökonomischen Status von Frauen. Jedoch bestehen

Unterschiede zwischen den verschiedenen Ethnien. Bei den Bambara beschränkt sich der Einflussbereich der Frauen weitgehend auf das Familiengehöft, während die Vertretung der Familieninteressen auf dem Niveau der Dorfebene von den Männern wahrgenommen wird. Im Vergleich zu anderen Ethnien herrscht bei den Tuareg eine **weitgehende Gleichberechtigung** zwischen Frauen und Männern.

Die weitverbreitete Migration sowie die zunehmenden Probleme, traditionelle soziale Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten oder durch neue Systeme zu ersetzen, haben häufig negative Auswirkungen auf die **Lebenssituation der weiblichen Bevölkerung** sowie auf Aktivitäten zur **Verbesserung ihrer Lebens- und Wirtschaftsbedingungen**.



Frauen in einem Dorf in Zentralmali beim Stampfen von Hirse. Das gewonnene Mehl dient der Zubereitung von Hirsebrei / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Obgleich Frauen traditionell eine **bedeutende Rolle im Marktwesen** spielen, lässt sich vor allem in den Städten eine **zunehmende berufliche Dynamik** von Teilen der weiblichen Bevölkerung beobachten.

In der malischen Verfassung ist der Grundsatz der Gleichheit der Geschlechter festgeschrieben. Zudem hat Mali internationale Konventionen zur Beseitigung jeglicher Benachteiligung aufgrund von Geschlecht und Rasse ratifiziert. Dennoch existiert eine gesetzlich verankerte Benachteiligung der Frauen in dem Sinne, dass nach dem malischen Heiratsrecht eine Ehefrau nach der Scheidung kein Anrecht auf ihre Kinder hat, welche in der Regel im Scheidungsfall beim Vater verbleiben. Der traditionellen Praxis folgend können Väter ihre Töchter gegen ihren Willen verheiraten, wobei in manchen Fällen ein **sehr frühes Heiratsalter** zu beobachten ist. Die Polygamie ist noch weit verbreitet.

In 2011 verabschiedete die Regierung ein **neues Familiengesetz**. Das Gesetz gilt als wesentlich konservativer als der **ursprüngliche Gesetzentwurf**, der insbesondere die Rechte der weiblichen Bevölkerung gestärkt hätte. Letzterer war auf die entschiedene Ablehnung seitens einflussreicher islamischer Vereinigungen und eines Teils der Bevölkerung gestoßen. Obwohl nahezu alle Parlamentsabgeordnete für den Entwurf des neuen Familiengesetzes gestimmt hatten, verweigerte der damalige Präsident die **Unterzeichnung** des ursprünglichen Gesetzentwurfs. Da das neue Gesetz die Gesellschaft zu spalten drohe, verwies er den Gesetzentwurf zwecks Überarbeitung an das Parlament zurück. In dem überarbeiteten Gesetzentwurf fanden zahlreiche Forderungen der islamischen Vereinigungen Berücksichtigung. Teile der Zivilgesellschaft, und insbesondere Frauenrechtsvereinigungen, kritisierten das neue Gesetz hingegen als einen **Rückschritt**.

In Mali gibt es eine Vielzahl von NGO, die sich für eine bessere Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben einsetzen. Sie sind zudem bemüht, Frauen für konkrete gesellschaftliche Themen, die keine reinen Frauenfragen sind, zu interessieren. Seit 1997 orientiert sich das **Ministerium für die Förderung von Frauen, Kindern und Familien**, das regelmäßig Berichte zur Lage von Frauen veröffentlicht, an einem genderorientierten Gleichstellungsansatz. In der Realität besetzen Frauen in weitaus geringerem Maße **öffentliche Ämter** und insbesondere

Entscheidungspositionen.

Die fortbestehenden erheblichen Ungleichheiten zwischen der männlichen und weiblichen Bevölkerung werden in einer sehr schlechten Einstufung Malis im **Gender Gap Report** (2017: Rank 139 von 144 bewerteten Staaten) deutlich, der die Gleichstellung der Geschlechter analysiert.

Mikrosoziale Struktur

Die traditionelle Gesellschaftsordnung wird durch Hierarchien geprägt. Man wird in ethnische Gruppen hineingeboren, die in Kasten unterteilt sind, wobei es zwischen den Ethnien Unterschiede geben kann. Neben der Kaste der Noblen gibt es **Handwerkerkasten**, die Kaste der **Jäger** sowie die Kaste der **Griots**. Jede Kaste hat spezifische Aufgaben, Rechte und Pflichten, welche für die Bedeutung und Stellung der Kaste im sozialen Gefüge ausschlaggebend sind. In zahlreichen Ethnien gibt es zudem die Kaste der ehemaligen Sklaven. So teilt sich die **Fulbe-Gesellschaft** in drei Kasten: Noble, Handwerker und Künstler (Weber, Schmiede, Griots) und Nachkommen ehemaliger Sklaven, die vielfach noch heute einer starken Stigmatisierung ausgesetzt sind. Auch bei den Tuareg gibt es traditionell eine Unterteilung in Noble und Abhängige (Bellah). Viele **Bellah** konnten sich jedoch aus den Abhängigkeitsbeziehungen lösen und haben weitgehende Eigenständigkeit erreicht. Dennoch gibt es auch weiterhin Berichte über Fälle von **sklavenähnlichen Abhängigkeitsbeziehungen**. Eine Vereinigung von Betroffenen fordert seit einiger Zeit Entschädigung und ein **konsequenteres Vorgehen** der Regierung gegen **offene und verdeckte Sklaverei**.



Die Tuareg-Frau (oben) und der Bellah (links) stehen stellvertretend für die ethnische Vielfalt des Landes / Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Die Tuareg-Frau (oben) und der Bellah (links) stehen stellvertretend für die ethnische Vielfalt des Landes / Fotos: Kai-Uwe Seebörger

Insbesondere in den ländlichen Regionen spielen Traditionen noch immer eine große Rolle. In den Städten hingegen lassen sich auf mikrosozialer Ebene erhebliche Wandlungsprozesse beobachten, welche sich an veränderten Lebensstilen und einer sich wandelnden Einstellung zu Traditionen erkennen lassen. Als Ursachen für die angesprochenen Wandlungsprozesse sind beispielsweise Migration und Schulbesuch zu nennen.

Angesichts unzureichender staatlicher Grundsicherungssysteme spielen jedoch soziale Netzwerke und die Solidarität in den Großfamilien weiterhin eine sehr große Rolle für die Absicherung und das Überleben vieler unter ärmlichen Bedingungen lebender Menschen.

Bildung

Schule und Berufsbildung

Die malische Bevölkerung wird geprägt von einem hohen Anteil junger Menschen. In 2017 waren 48,1 % der Einwohner jünger als 15 Jahre, was eine große Herausforderung gerade für das **Schulwesen** bedeutet.

Im Bildungs- wie auch im Gesundheitswesen konnte Mali in den vergangenen zwei Jahrzehnten beachtliche Fortschritte erzielen. Bei der Bewertung der erzielten Fortschritte sind die selbst im afrikanischen Vergleich äußerst niedrigen Ausgangswerte sowie die insgesamt schwierigen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die durch die gegenwärtigen Konflikte in Nord- und Zentralmali eine **erneute Verschlechterung** erfahren haben. Zudem bestehen ernste **Probleme** fort, die regelmäßig zu Protesten von Teilen der Bevölkerung sowie **Streiks** führen.

Das Schulsystem gliedert sich in eine sechsjährige **Grundschule** und eine zweistufige Sekundarschule. Mali verfügt über ein nur unzureichend ausgebautes Grundbildungswesen. Das vielfach niedrige Unterrichtsniveau, die großen **Klassenstärken** und die hohe Wiederholer- und Abbrecherquote verursachen bei Teilen der Bevölkerung erhebliche Akzeptanzprobleme. Problematisch wirkt sich auch die **weit verbreitete Mitarbeit von Kindern** zum Beispiel in der Agrarwirtschaft oder im mobilen Handel aus. Dies trifft in einem besonderen Maße gerade auch auf **Kinderarbeit** im Goldbergbau zu.

Der Unterricht wird zumeist in Französisch gehalten, obwohl gerade auf dem Lande viele Schüler die Sprache kaum beherrschen. Trotz allgemeiner Schulpflicht und Gebührenfreiheit in den staatlichen Schulen (im Gegensatz zu den immer zahlreicheren sogenannten kommunalen Schulen, an deren Errichtung und Betrieb die Bevölkerung stark beteiligt ist), betrug nach Angaben der Weltbank die Einschulungsrate in 2016 lediglich 75,8 % (2011: 71 %). Bis 2015 sollte allen Kindern im schulpflichtigen Alter der Schulbesuch ermöglicht werden, wobei einer der Schwerpunkte auf die **Förderung des Schulbesuchs von Mädchen** gelegt werden sollte. Dieses Ziel wurde deutlich verfehlt. Eine Besonderheit stellen in Nordmali eingerichtete **mobile Schulen für Nomadenkinder** dar, die zum Beispiel von der Welthungerhilfe unterstützt werden.

Gegenwärtig besucht lediglich eine Minderheit unter den Schülern im Anschluss an die Grundschule eine **weiterführende Schule**. Der Besuch von **Privatschulen** bleibt auf Grund relativ hoher Schulgebühren auf eine kleine, zumeist städtische, Minderheit begrenzt, was zu einer weiteren Verschärfung der sozialen Disparitäten beitragen könnte.

Im Rahmen des nationalen **Zehnjahresprogrammes zur Entwicklung des Bildungswesens** (PRODEC) wurde in der Region Mopti mit Unterstützung der einstigen GTZ ein neues Grundbildungskonzept ausgearbeitet und umgesetzt. Das **GTZ-Grundbildungsprojekt** förderte dabei unter anderem den **Unterricht in Nationalsprachen**. Bei erfolgreicher Umsetzung sollen die Ergebnisse des Projekts auch auf andere Regionen Malis übertragen werden.

Die **berufliche Ausbildung** gewinnt vor allem in den Städten an Bedeutung, und weist eine zunehmende Vielfalt von einfacher handwerklicher Ausbildung bis hin zu **spezialisierten Ausbildungszentren** auf.

Hochschulbildung

In Mali gibt es fünf Universitäten und vier Hochschulen. An den vier **Universitäten Bamakos** studieren gegenwärtig ca. 110.000 Studenten. Die Studenten haben die Möglichkeit **Stipendien** der Regierung zu beantragen. Zahlreiche malische Studenten studieren zudem an Hochschulen in **Übersee**.

Die **Studien- und Lehrbedingungen** an den im **Ausbau** befindlichen Universitäten werden weiterhin von ernstesten **Problemen** geprägt, die bisweilen **Streikaktionen** und **Gewalttaten** nach sich ziehen. In 2011 wurde die Universität Bamako aufgrund verschiedener ernster Probleme sogar **vorübergehend geschlossen**.

Die Regierung plant die Errichtung neuer Universitäten in Regionshauptstädten, um das Hochschulwesen zu dezentralisieren und den Hochschulstandort Bamako zu entlasten. Die VR China hat Mali für den Bau der Universitäten in Ségou und Mopti erhebliche finanzielle Unterstützung zugesagt. In 2012 wurde die Universität **Ségou** eröffnet. Geplant ist zudem die Errichtung von Universitäten in Timbuktu und Sikasso sowie die Umwandlung der **Agrarhochschule Kartibougou** in eine Universität.

In zunehmendem Maße entstehen vor allem in Bamako **private Hochschulen**, deren Besuch aber sehr kostspielig ist.

Non-formale Bildung

Von großer Bedeutung sind insbesondere in Nord- und Zentralmali die zahlreichen **Koranschulen**, in denen das Erlernen und Rezitieren von Koransuren im Vordergrund steht. Allerdings wird immer öfter von Fällen berichtet, in denen die Ausbildung der **Talibés** genannten Koranschüler gegenüber dem Betteln und anderen Formen des Gelderwerbs zurücktritt. Ein Teil der Koranschüler kann zur Gruppe

der **Straßenkinder** gezählt werden, deren Zahl vor allem in Bamako steigt.



Obere Bilder: Das linke Bild zeigt Schüler einer Grundschule in Sikasso, die Kinder auf dem rechten Bild besuchen eine Koranschule in Ségou.



Die unteren Bilder zeigen eine im Bau befindliche Grundschule (links) und ein CSCOM (rechts) in der Region Timbuktu / Fotos: Kai-Uwe Seebörger



Obere Bilder: Das linke Bild zeigt Schüler einer Grundschule in Sikasso, die Kinder auf dem rechten Bild besuchen eine Koranschule in Ségou.



Die unteren Bilder zeigen eine im Bau befindliche Grundschule (links) und ein CSCOM (rechts) in der Region Timbuktu / Fotos: Kai-Uwe Seebörger





Gesundheit und Sozialwesen

Gesundheitsversorgung

Im Bereich der **Gesundheitsversorgung** weist Mali eine Reihe besorgniserregender **Indikatoren** auf. Unzureichender **Zugang zu Gesundheitseinrichtungen**, Armut, **fehlende Sanitäranlagen**, weitverbreitete **Unter- und Mangelernährung** sowie mangelndes sauberes **Trinkwasser** stellen vielfach eng miteinander verknüpfte Probleme dar, welche in einer erhöhten Anfälligkeit weiterer Kreise der Bevölkerung gegenüber schwerwiegenden Erkrankungen (zum Beispiel Malaria, ernste Durchfallerkrankungen) resultieren. Insbesondere in den Städten ist in Folge **veränderter Ernährungsgewohnheiten** und Lebensstile die **Diabetes** zu einer immer weiter verbreiteten Krankheit geworden.

Zwischen 2011 und 2013 wurden aus verschiedenen Landesteilen **Choleraepidemien** gemeldet.

Seit dem Ausbruch der Ebola-Epidemie in Guinea Anfang 2014 wuchs auch in Mali die Befürchtung vor einem Übergreifen der Epidemie. Nach dem Tod des ersten Ebolapatienten Ende 2014 wurden im Lande umfangreiche Präventionsmaßnahmen gestartet. Anfang 2015 erklärte der Gesundheitsminister Malis das Land für ebolafrei.

Ein erhebliches Problem stellt der **Verkauf gefälschter Medikamente** dar.

Malaria ist weiterhin die häufigste tödlich endende Erkrankung. In verstärktem Maße engagiert sich die malische Regierung in der **Malariabekämpfung**. So steht Kindern bis zum fünften Lebensjahr und schwangeren Frauen die Möglichkeit einer kostenlosen Malariaprävention zu. Gefördert wird auch die Verwendung von imprägnierten **Moskitonetzen**, welche das Infektionsrisiko reduzieren helfen sollen, sowie die **Erforschung neuer Methoden** in der Malariabekämpfung. Hingegen haben sich Tests mit Anti-Malariaimpfstoffen als nicht erfolgreich erwiesen. Im Nachbarland Senegal erzielte **Fortschritte bei der Bekämpfung von Malaria** könnten möglicherweise auch für das malische Gesundheitswesen interessant sein.

Unterstützung bei der Bekämpfung der Malaria, sowie von Tuberkulose und Aids, erhält Mali unter anderem vom **Global Fund**. Allerdings wurde offenbar ein Teil der in diesem Rahmen geleisteten **Unterstützung veruntreut**, was von wichtigen Geberländern klar verurteilt wurde und zu einer teilweisen Aussetzung der Unterstützung führte.

Verstärkte Aufmerksamkeit wird auch der Förderung der modernen **Familienplanung** gewidmet, die bislang nur von einer kleinen Minderheit praktiziert wird.

Von großer Bedeutung sind **traditionelle Heilmittel und -verfahren** und die Verwendung von

Heilpflanzen.

Ein wichtiges Kernelement der nationalen Gesundheitspolitik war das **PRODESS**, ein auf die Verbesserung des Gesundheitswesens abzielendes nationales Entwicklungsprogramm. Im Rahmen der Dezentralisierung des Gesundheitswesens wurden als eine neue Institution der **Basisgesundheitsversorgung** die CSCOM gegründet. Insbesondere auf dem Lande sind in den letzten fünfzehn Jahren zahlreiche neue CSCOM gebaut worden. Bei den CSCOM handelt es sich um **Gesundheitszentren**, die von Nutzergruppen betrieben werden und vor allem in den folgenden Bereichen tätig sind: **Impfungen** gegen die wichtigsten ansteckenden Krankheiten, Erste-Hilfe-Versorgung, Entbindungen sowie die **Bekämpfung der Kindersterblichkeit**. Mali weist eine der höchsten Kindersterblichkeitsraten weltweit auf (2016: 111 Sterbefälle auf 1000 Lebendgeborene; z.Vgl.: Niger 91, Burkina Faso 85, Senegal 47). Das diesbezügliche Millenniumsziel (2015: 86 Sterbefälle auf 1000 Lebendgeborene) konnte das Land bei weitem nicht erreichen. Sehr hoch ist auch die Müttersterblichkeitsrate (2015: 587 Sterbefälle auf 100.000 Lebendgeburten).

Angestrebt wird eine engere Zusammenarbeit zwischen Kommunen und den CSCOM. Eine seltene Ausnahme stellen Gesundheitszentren mit einem grenzüberschreitenden Einzugsbereich dar.

Ein erheblicher Teil des staatlichen Gesundheitsbudgets wird für Löhne, Verwaltung, Transportkosten, Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen und spezialisierte Weiterbehandlung ausgegeben. Programme der Basisgesundheitsversorgung und der Gesundheitserziehung werden hingegen weitgehend von Gebern finanziert. **Krankenhäuser** gibt es bislang weitgehend nur in den größeren Städten.

Vor allem in Bamako gibt es eine rasch steigende Zahl **privater Arztpraxen und Kliniken**, deren Leistungen in vielen Fällen jedoch Gegenstand einer kontroversen Debatte sind.

HIV / Aids

Aids stellt in Mali ein ernstes Problem dar. Im Land waren in 2016 110.000 Personen **HIV-positiv**, wobei der Anteil in Bamako und bei Risikogruppen (zum Beispiel **Prostituierte**) aber erheblich höher lag. Im Übrigen weist die weibliche Bevölkerung eine höhere Infizierungsrate als die männliche Bevölkerung auf.

Der staatliche Gesundheitsdienst, Teile der **Medien** und der **Privatwirtschaft**, sowie zahlreiche NRO haben begonnen, auf die Aidsproblematik mit vielfältigen **Informationskampagnen** und **Präventionsmaßnahmen** zu reagieren. Der Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten ist bislang extrem eingeschränkt.

Weibliche Genitalverstümmelung

Die schädliche traditionelle Praxis der weiblichen **Genitalverstümmelung** (FGM) ist in Mali in fast allen Ethnien **weit verbreitet**. Landesweit sind 89 % aller Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren beschnitten. Lediglich bei den Songhay und Tuareg ist nur ein geringer Prozentsatz der Mädchen und Frauen beschnitten. Das **Eintreten gegen die FGM** ist seit 2002 Bestandteil der malischen Gesundheits- und Bevölkerungspolitik sowie ein wichtiger Bestandteil der Entwicklungszusammenarbeit. Forderungen nach einem gesetzlichen Verbot der verschiedenen Formen der FGM werden schon seit längerer Zeit erhoben, lassen sich allerdings noch nicht gesellschaftlich und politisch durchsetzen. Erfolgreicher erscheinen hingegen **Informations- und Sensibilisierungsaktivitäten** wie Theateraufführungen und Radiosendungen. **Hintergrundinformationen** zur Verbreitung und zu den Praktiken der weiblichen Genitalverstümmelung sowie zu Ansätzen ihrer Prävention kann man beispielsweise auf den

Internetseiten der GIZ und von **INTACT** finden.

Es ist als fraglich zu bewerten, ob auch in Mali Koranglehrte eine **Fatwa gegen die weibliche Genitalverstümmelung** erlassen werden, wie in 2010 in Mauretanien geschehen.

Kultur

Kulturelle Identitäten

Im Hinblick auf die kulturelle Vielfalt gehört das Vielvölkerland Mali zu den interessantesten Staaten des subsaharischen Afrika. Im Lande findet man ein reiches Mosaik an **Traditionen** und kulturellen Ausdrucksformen.

In der malischen Gesellschaft wird viel Wert auf die Respektierung von Hierarchien sowie auf Konsens und sozialen Zusammenhalt gelegt, sei es in der Großfamilie oder im Dorf. Kritik und Meinungsverschiedenheiten werden, zumindest in traditionellen Milieus, nur selten offen geäußert, wobei es jedoch - gewissermaßen als Ventile für das Reduzieren von Spannungen - bestimmte Kommunikations- und Konfliktlösungsmechanismen gibt. In diesem Zusammenhang spielen die Griots eine Rolle, die zum Beispiel bei Familienstreitigkeiten vermitteln. In erster Linie fungieren die Griots als Bewahrer des oralen Wissens, beispielsweise der Geschichte bestimmter Familien, sowie des musikalischen Erbes (zur **Griot-Musik der Fulbe**: oneworld). Sie singen Balladen, musizieren und erzählen, wobei sie als gesellschaftliche Außenseiter auch Kritik und Spott äußern können. Bei vielen Zeremonien und **Feierlichkeiten** ist die Anwesenheit eines Griots erforderlich und erwünscht. Viele der berühmtesten malischen Musiker, wie zum Beispiel **Cheick Hamala Diabaté**, **Djelimady Tounkara** und Babani Koné, stammen aus Griot-Familien. **Wandlungen in der Griot-Kultur** sowie die Stellung der Griots in der heutigen Gesellschaft Malis wurden von einem Forschungsprojekt der FU Berlin untersucht.

Viele Malier führen die innergesellschaftliche und zwischenethnische Harmonie auf die Existenz der sogenannten **Scherzbeziehungen** (auch Cousinage genannt) zurück, welche erlauben, fremde Personen „auf den Arm zu nehmen“ und dadurch Konflikten schon im Ansatz zu begegnen. Zudem helfen Scherzbeziehungen, Allianzen zwischen Ethnien, beispielsweise zwischen Dogon und Bozo, beziehungsweise zwischen Familienclans, so zum Beispiel zwischen Keita und Coulibaly, zu schaffen und aufrechtzuerhalten. Als traditionelle Konfliktvermeidungs- und Regelungsmechanismen leisten die Scherzbeziehungen, die bis heute von vielen Maliern aktiv und gerne gepflegt werden, einen wesentlichen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben sehr unterschiedlicher Individuen und Gruppen.

Kunst

In der Architektur des in Mali weit verbreiteten Sudanstils lassen sich zahlreiche nordafrikanische Einflüsse finden, welche auf die engen historischen Verbindungen zwischen Nordafrika und dem Sahel-Sudan-Raum zurückzuführen sind. Eine der beeindruckendsten Städte Westafrikas ist die tausendjährige Stadt Djenné, eines der Zentren der traditionellen sudanesischen Lehmarchitektur. Die **Altstadt von Djenné** mit ihrer beeindruckenden Großen Moschee wurde im Juli 2016 von der UNESCO zum **bedrohten Weltkulturerbe** erklärt. Wenige Kilometer von Djenné entfernt liegt die kulturhistorisch bedeutende Ausgrabungsstätte **Djenné Djéno**. **Dorfmoscheen** prägen das Gesicht vieler Dörfer und sind sowohl Ausdruck einer tiefen Religiosität wie auch der sudanesischen Lehmarchitektur. In den Jahren 2004 bis 2006 wurde eine der landesweit wichtigsten Moscheen in

Mopti umfassend restauriert.

Das Handwerk ist in Mali weit verbreitet. Hergestellt werden sowohl Werkzeuge, Geräte und Güter des täglichen Lebens (beispielsweise **Töpferwaren**), wie auch eine Vielzahl von kunsthandwerklichen Produkten, wie zum Beispiel im traditionellen Puppentheater verwendete **Marionetten** sowie die über die Landesgrenzen hinaus berühmten gefärbten **Bogolan-Stoffe**, welche die Grundlage für **innovatives Textilhandwerk** bilden.

Eine erhebliche Bedrohung des kunsthistorischen Erbes des Landes stellt der **Handel mit geraubten Kunstgegenständen** dar.



*Töpferin in der Region Ségou /
Foto: Kai-Uwe Seebörger*

Die malische **Musikkultur** vereinigt eine Vielzahl traditioneller und moderner Einflüsse und **Stilrichtungen**. Zahlreiche **malische Musiker** sind auch in Europa bekannt, beispielsweise **Ali Farka Touré**, **Oumou Sangaré**, **Salif Keita**, **Habib Koité**, **Rokia Traoré**, **Bassekou Kouyaté**, **Babani Koné**, das blinde Sängerpaar **Amadou und Mariam**, **Toumani Diabaté**, **Boubacar Traoré**, **Fatoumata Diawara**, die Rapband **Smod** und die Tuaregband **Tinariwen**, in der sich ehemalige Rebellen zusammengefunden haben. Europäische und amerikanische Musiker, wie **Jasper van't Hof** und **Ry Cooder** haben sich von der vielfältigen Musikkultur Malis inspirieren lassen.

Zahlreiche Künstler, so zum Beispiel der Sänger **Salif Keita**, beziehen zu sozialen Fragen Stellung. So tritt **Salif Keita** gegen die **Diskriminierung von Albinos** ein, die auch in Mali anzutreffen ist. Für sein **Engagement** erhielt er in 2009 den Festivalpreis des Afrika-Festivals Würzburg.

Internationale Beachtung erlangte das Musikfestival in **Essakane** in Nordmali. Allerdings fand das als **Festival au Désert** bekannte Festival seit 2010 aus Sicherheitsgründen zunächst in Timbuktu statt. Aufgrund der zeitweiligen Besetzung der Stadt durch islamistische Rebellen wurde das Festival in 2013 nach Burkina Faso verlegt. In 2014 fand es erneut im Exil statt, und zwar in **Berlin**, und ab 2015 wieder an verschiedenen Orten in Mali.

Persönliche Eindrücke von einer Reise zum Musikfestival in Essakane findet man im Reisetagebuch des Musikers **Hubert von Goisern**. Sehr empfehlenswert ist auch der Besuch des alljährlich in Ségou stattfindenden **Nigerfestivals**.

In Djenné wird anlässlich des alljährlichen feierlichen Verputzens der Außenwände der **Großen Moschee** das **Djennery-Festival** organisiert.

Sehr sehenswert ist auch das alljährliche Volksfest der Fulbe anlässlich der Nigerüberquerung von Rinderherden in **Diafarabé** (Region Mopti).

International bekannte malische Filmemacher sind **Souleymane Cissé**, **Assane Kouyaté** und **Cheick Oumar Sissoko**. Hintergrundinformationen zum Film **Kabala** des Regisseurs Assane Kouyaté findet man auf der Internetseite von Africa Alive. Viel Beachtung fand der **globalisierungskritische Film Bamako** des mauretanischen Filmemachers Abderrahmane Sissoko. Mit der Emigrationsproblematik setzen sich das Theaterstück „Pourquoi

partir?“ und der Film **Mirages** auseinander. Im Film **Mali-Blues** beziehen Künstler Stellung gegen islamistischen Terror, Unterdrückung und Korruption.

Der Fotograf **Malick Sidibé** zählte zu den bedeutendsten Fotografen des subsaharischen Afrikas. Als erster Bürger Afrikas erhielt er bei der Biennale 2007 in Venedig einen **Goldenen Löwen**. Die Auszeichnung wurde ihm für sein Lebenswerk verliehen. Eine Auswahl seiner Fotografien lässt sich zum Beispiel auf der Internetseite von **Afranova** finden.

Als berühmtester malischer Schriftsteller gilt **Amadou Hampaté Bâ**.

Aktuelle Informationen zum kulturellen Angebot in Bamako lassen sich zum Beispiel auf der Internetseite des **Französischen Kulturzentrums** finden.

Religion

Schätzungsweise 90 % der Malier bekennen sich zum **Islam** (fast ausschließlich Sunniten). Die zweitgrößte Religionsgruppe stellen die Anhänger von Naturreligionen, die zahlenmäßig schwer erfassbar sind. **Christen** machen lediglich wenige Prozente der Bevölkerung aus, wobei Katholiken in der Mehrzahl sind und Christen vor allem unter den Angehörigen kleinerer Ethnien anzutreffen sind.



Foto: Kai-Uwe Seebörger

Die größte aus Lehm errichtete Moschee der Welt befindet sich in Djenné, ca. 500 km nordöstlich von Bamako. Die in den Jahren 1907 bis 1909 errichtete Moschee ist ein exzellentes Beispiel für den sudanesischen Moschee-Baustil. Einmal die Woche findet auf dem weitläufigen Vorplatz der Moschee ein großer **Markt** statt (im Bildvordergrund).

Seit 2009 besteht in Timbuktu ein mit südafrikanischer Unterstützung errichtetes modernes **Forschungs- und Studienzentrum**, das sich der Erforschung und dem Erhalt des reichen islamischen Schriftschatzes der Stadt widmet. Zahlreiche der alten Schriften werden zudem in privaten Haushalten und in **Privatbibliotheken** aufbewahrt. Während der zeitweiligen Besetzung Timbuktus durch islamistische Rebellen richteten diese **erhebliche Zerstörungen** am reichen islamischen Kulturerbe der Stadt und ihrer tiefgläubigen Bewohner an. Zahlreiche der in dieser Zeit zerstörten Kulturdenkmäler wurden mittlerweile mit Unterstützung der UNESCO **wiederaufgebaut**.

Politische und gesellschaftliche Bedeutung von Religion

Die Übergänge zwischen Islam und Christentum auf der einen Seite, und **traditionellen Glaubensvorstellungen** der Naturreligionen auf der anderen Seite sind bisweilen fließend.

Obwohl sich ca. 90 % der Malier zum Islam bekennen, haben traditionelle Glaubensvorstellungen einen hohen Stellenwert beibehalten und fließen weiterhin in viele Bereiche des Lebens ein. Eine Besonderheit bei den Bambara ist das Fortbestehen von **Geheimbünden**. Auch in der traditionell geprägten **Dogon-Kultur** spielen traditionelle Glaubensvorstellungen immer noch eine große Rolle. Bei allen Volksgruppen weit verbreitet sind sogenannte **Gris-Gris**, worunter man eine Vielzahl von Schutz- und Glücksamulettten versteht. Sie sollen vor Unglück bewahren und Glück bringen.

Der in Mali praktizierte Islam kann als gemäßigt bezeichnet werden. Allerdings gewinnen **Befürworter** einer strikteren Glaubenslegung und -ausübung an **Bedeutung**. Dennoch stellen verschleierte Frauen in der Öffentlichkeit weiterhin die weitgehende **Ausnahme** dar. Zu betonen ist auch, dass die Vorstellungen und Forderungen der islamistischen Rebellen, die zeitweilig weite Teile Nordmalis unter ihre Kontrolle gebracht hatten, auf eine **entschiedene Ablehnung** seitens der einflussreichen islamischen Vereinigungen gestoßen sind.

Mit Besorgnis wurde in Bamako jedoch das bisweilen **gewaltsame Vorgehen** einer Minderheit unter den Moslems gegen als unmoralisch gebrandmarkte Bars und Hotels beobachtet.

Der Islam hat einen prägenden Einfluss auf die Gesellschaft und das Alltagsleben, was sich vor allem während des Fastenmonats **Ramadan** beobachten lässt. Insbesondere im ländlichen Raum prägen die fünf Gebete den Tagesablauf. Koranlehrer und Schriftgelehrte genießen hohes Ansehen und spielen eine große Rolle sowohl als Ratgeber wie auch als Schlichter von Streitigkeiten. Hoch angesehen sind auch **Mekka-Pilger**.

Wichtigste Feste sind das islamische Opferfest Aid el Kebir, in Mali **Tabaski** genannt, sowie das Fest am Ende des islamischen Fastenmonats **Ramadan**.

Das Verhältnis zwischen der Regierung und den **einflussreichen islamischen Vereinigungen** wurde durch die Pläne der Regierung zur Einführung eines neuen Familiengesetzes auf eine ernste Probe gestellt. In dem 2011 verabschiedeten Gesetz fanden letztlich zahlreiche Forderungen der islamischen Vereinigungen Berücksichtigung. Das Gesetz gilt daher als wesentlich konservativer als der ursprüngliche Gesetzentwurf, der von den islamischen Vereinigungen und einem Teil der Bevölkerung abgelehnt wurde. Insgesamt lässt sich seit einigen Jahren ein **zunehmender Einfluss** der islamischen Vereinigungen auf die Politik ausmachen.

Hintergrundinformationen zum Verhältnis von **Islam und Politik in Westafrika** bietet die FES. Hinsichtlich der Berücksichtigung islamischer Werte **bei der Planung von Entwicklungsprojekten** hatte das Kleinkreditprogramm des GTZ-Programms Mali-Nord grundlegende Erfahrungen

gesammelt.

Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Große Gegensätze zwischen den Städten, allen voran der quirligen Metropole Bamako, und den ländlichen Regionen, in denen ungleich schwierigere Lebensbedingungen vorherrschen, bestimmen den Alltag.



Frauen beim Stampfen von Hirse / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Währung

Franc CFA (FCFA) BCEAO

Wechselkurs

656 Franc CFA pro 1 Euro

Zeitzone

UTC

Landesvorwahl (Telefon)

00223

Klima (für Hauptstadt)

tropisch

Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen

Umfassende Informationen über die aktuell geltenden **Einreisebestimmungen** finden sich auf der Mali-Seite des Auswärtigen Amtes.

Ein **Visum** kann man bei der malischen **Botschaft in Berlin** beantragen.

Wohnen und Versorgen

In Bamako gibt es zwei internationale Schulen: das **Französische Gymnasium**, dem auch eine Grundschule angegliedert ist, sowie die **Amerikanische Schule**.

Während es in Bamako ein relativ gutes Versorgungsangebot gibt, so gibt es unter anderem ein vergleichsweise gutes Angebot an Obst und Gemüse, mehrere **Supermärkte** und zahlreiche **Restaurants**, sind die Versorgungsmöglichkeiten im Landesinnern sehr eingeschränkt. Informationen über **Ernährungsgewohnheiten und Versorgungsmöglichkeiten** finden Sie bei afrika-travel. Vegetarier finden in vielen Restaurants nur ein sehr eingeschränktes Angebot vor, da der Nicht-Verzehr von Fleisch in Mali zumeist mit fehlender Kaufkraft und nur sehr selten mit vegetarischer Lebensweise assoziiert wird.

Einige **landestypische Gerichte** wie Reis mit Erdnussauce oder Reis mit Farkoy-Sauce enthalten relativ viel Fett und liegen dementsprechend schwer im Magen. Das Nationalgetränk Tee wird mit zumeist chinesischem Teepulver und viel Zucker zubereitet. Der Teezubereitung und dem Teekonsum fällt eine wichtige soziale Funktion zu. Teerunden, die sogenannten **Grins**, sind eine feste Institution im Leben der jungen Generation. In den Grins kommen Gruppen von Freunden/Freundinnen zusammen, um Tee zu trinken, sich weitgehend ungestört zu unterhalten und sich im Bedarfsfall nach Kräften zu unterstützen. Somit bieten die Grins jungen Menschen wichtige anerkannte Freiräume in einer hierarchisch geprägten Gesellschaft.

Der **Wohnungsmarkt** in Bamako bietet zahlreiche Objekte höheren Standards. Besonders beliebt bei Europäern und US-Amerikanern sind die Wohnviertel **Badalabougou** und **Torokorobougou**. In den vergangenen Jahren sind die Mieten für mittlere und gehobene Objekte deutlich angestiegen.

Außerhalb Bamakos hingegen gestaltet sich die Suche nach Wohnobjekten, die gängigen europäischen Vorstellungen entsprechen, schwieriger.

Im Berufsleben und im Alltag ist eine Kenntnis der malischen **Feiertage** sehr hilfreich.

Geld und Geldtransfer



2000 FCFA-Schein der BCAO





2000 FCFA-Schein der BCAA



5000 FCFA-Schein der BCAA

Zahlungsmittel in Mali ist der Franc CFA (FCFA). Mali ist Mitglied der westafrikanischen **FCFA-Zone**. Vor der Einführung des Euro war der **FCFA** durch einen festen Umtauschkurs von 1:100 an den französischen Franc gebunden. Diese Bindung ist bei Einführung des EURO beibehalten worden. Damit beträgt der Umtauschkurs 1 Euro = 655,9 FCFA. Die Beibehaltung dieses festen Kurses unterliegt dem Willen der Europäischen Zentralbank (EZB) und kann jederzeit aufgehoben werden.

Insbesondere in Bamako kann man in Hotels, Supermärkten und bei vielen Händlern mit Euro bezahlen. Tauschen kann man Euroscheine in Banken sowie bei fliegenden Händlern, wobei bei letzteren ein erhebliches Maß an Vorsicht geboten ist. In Banken kann man auch Cheques einlösen, wobei jedoch hohe Bearbeitungsgebühren anfallen können und bisweilen Geduld gefragt ist.

Geldüberweisungen von Deutschland nach Mali sind grundsätzlich möglich, sie können aber zeitaufwendig und teuer sein. Der Gebrauch von Kreditkarten ist bislang noch wenig verbreitet und beschränkt sich weitestgehend auf größere Hotels, Fluggesellschaften und Autoverleihfirmen. In Bamako und allen größeren Städten kann man in Banken an Geldautomaten mit Kreditkarten Bargeld abheben.

Reisen, Transport und Verkehr

Mali ist bislang touristisch wenig erschlossen und die touristische Infrastruktur ist auch in den von Touristen besuchten Landesteilen vielfach dürftig. Dennoch ist Mali, eine entsprechende Sicherheitslage vorausgesetzt, insbesondere für **Individualtouristen** ein **lohnenswertes Reiseziel**, welches eine Reihe sehr interessanter natürlicher wie kultureller **Sehenswürdigkeiten** aufzubieten hat. Von ausländischen Touristen werden neben Bamako vor allem **Ségou**, Djenné, Mopti, das Dogonland und **Timbuktu** besucht. Eine gute Übersicht über touristische Ziele bietet die Internetseite des malischen Tourismusbüros **OMATHO**, auf der auch aktuelle Informationen und Empfehlungen erscheinen.

Abgesehen vom großen Markt (grand marché) im Stadtzentrum, der Zentralmoschee (grande mosquée) und einem interessanten **Handwerkermarkt**, lohnt sich in **Bamako** insbesondere der Besuch des **Nationalmuseums**. Besonders sehenswert sind die **ethnologischen Sammlungen**, in denen religiöse Gegenstände, Masken und Holzfiguren gezeigt werden.

Eine der touristisch am stärksten frequentierten Regionen ist das Dogonland, das in Zentralmali zwischen Mopti und der Grenze zu Burkina Faso gelegen ist. Der Steilabfall der Falaise de Bandiagara erstreckt sich über eine Länge von 140 km und weist markante, bis zu 300 m hohe Felswände auf, an deren Fuße sich malerische Dörfer mit einer reichen **kulturellen Tradition** befinden. Am besten

lässt sich das Dogonland während mehrtägiger **Wanderungen** entdecken.

Impressionen aus dem Dogonland: Das Dorf Banani (rechts) lässt sich vom Hauptort Sangha leicht erreichen. Steilabfall der Falaise de Bandiagara in der Nähe des Dorfes Tiréli (links). Ausblicke in die Gondo-Ebene, aufgenommen in der Nähe des Dorfes Dourou (Bilder in der Mitte).



Fotos: Kai-Uwe Seebörger

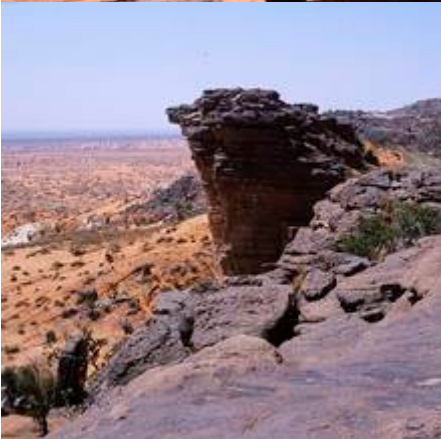




Foto: Manfred Matz

Neben Wanderungen im Dogonland gehören Kameltouren in der Umgebung von Timbuktu zu den touristischen Attraktionen Malis.



Foto: Manfred Matz

Die Fahrt über die **Tanezrouft-Strecke** von Algerien nach Mali setzt eine entsprechende Ausrüstung voraus und verlangt den Reisenden einiges an Schweiß und Ausdauer ab.



Foto: Kai-Uwe Seebörger



Foto: Manfred Matz



Foto: Kai-Uwe Seebörger



Foto: Manfred Matz

Die Inselbergformation Main de Fatima bei Hombori in Zentralmali (linkes Bild) und die Wasserfälle von Gouina bei Bafoulabé in Westmali (rechtes Bild) zeugen von der Vielfalt der Landschaften Malis

Beste Reisezeit sind die vergleichsweise kühlen Monate von November bis Februar. Allerdings sollte man bei der Reiseplanung bedenken, dass auch in diesen Monaten die Mittagstemperaturen leicht über 30°C steigen können und sich deshalb eine längere Mittagspause empfiehlt. Zudem sollte man, insbesondere wenn man Touren nach Nordmali plant, einen soliden Schlafsack mitnehmen, weil es nachts empfindlich kalt werden kann. Wer Wert auf eine **komfortable Unterbringung** legt, sollte im Zeitraum November bis Februar vor Antritt Unterkünfte reservieren (am besten telefonisch und / oder per Mail), da in Friedenszeiten während dieser Jahreszeit die anspruchsvolleren Unterkunftsmöglichkeiten schnell belegt sein können.

Für Reisen außerhalb Bamakos sollte man am besten FCFA und Euroscheine mitnehmen, die man in den Banken der größeren Städte tauschen kann. Erwartet man ein bestimmtes Maß an Annehmlichkeiten, was Unterbringung und Transport angeht, so ist Mali kein preisgünstiges Reiseland.

Die **Risiken im Straßenverkehr** sind erheblich. Aufgrund des damit einhergehenden Sicherheitsrisikos rät das Auswärtige Amt von nicht zwingend notwendigen Überlandfahrten ab. Zudem warnt es vor Fahrten nach Einbruch der Dunkelheit. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass die größte Bedrohung für Leib und Leben von Verkehrsunfällen mit Überlandbussen ausgeht.

Sicherheit für Ausländer

Das **Auswärtige Amt** rät von nicht dringend erforderlichen Reisen nach Mali ab. Insbesondere aufgrund der Konflikte in Nord- und Zentralmali wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt nachdrücklich von Reisen in bestimmte Landesteile (Gebiete nördlich und nordöstlich der Linie mauretanische Grenze-Yélimané - Diéma - Kolokani - Koulikoro - entlang des Nigerflusses bis Ségou - Bla - Koutiala - Grenze Burkina Faso bei Faramana) gewarnt. Vermieden werden sollte auch die Benutzung der Nationalstraße 3 zwischen Diéma und Kolokani.

Vor dem Antritt einer Reise sollte man sich auf jeden Fall vor Ort informieren, da sich die Sicherheitslage bisweilen kurzfristig ändern kann. Zu beachten ist zudem, dass auch in Bamako und in den übrigen Landesteilen weiterhin eine erhöhte Gefahr besteht, Opfer von terroristischen Gruppen zu werden. Daher rät das Auswärtige Amt auch für diese Gebiete einschließlich Bamakos zu besonderer Umsicht und zur Befolgung seiner Sicherheitsempfehlungen und -hinweise. Nicht zu unterschätzen ist die von **kriminellen Gruppen** ausgehende Gefahr.

Gesund bleiben

Zur **Gesundheitssituation** gilt besonders hervorzuheben, dass das Auftreten von Malaria in weiten Teilen des Landes tendenziell ganzjährig ein Risiko für die Gesundheit darstellt. Bei kürzerem Aufenthalt sollte man sich auf jeden Fall durch entsprechende Prophylaxemaßnahmen schützen. Durchfallerkrankungen mit einhergehender Dehydratation sind eine in der Regel nicht gefährliche Bedrohung. Durch die außerhalb der Städte extrem schlechte Gesundheitsversorgung können allerdings solche Erkrankungen, ebenso wie Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen, schnell sehr ernste Ausmaße annehmen.

Ausführliche Informationen über die Gesundheitssituation im Lande sowie **Präventionsmöglichkeiten** bieten auch der **reisemedizinische Informationsservice Fit for travel** sowie das **Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin**.

Telekommunikation, Internet



In vielen Städten findet man mittlerweile Internet-Cafés / Foto: Kai-Uwe Seebörger

Dank erheblicher Investitionen ist das malische Telefonnetz seit Ende der neunziger Jahre ständig ausgeweitet und modernisiert worden. Heute ist auch in kleineren Städten das Telefonieren über das Festnetz, beispielsweise in den zahlreichen privaten Telefonlädchen (cabines téléphoniques), oder mit Handys möglich. Sollte man einen Privatanschluss besitzen, empfiehlt es sich, regelmäßig die Telefonrechnungen des Telekommunikationsunternehmens **SOTELMA** zu prüfen, um vorkommende Unstimmigkeiten hinsichtlich der in Rechnung gestellten (Auslands-) Verbindungen aufdecken und gegebenenfalls reklamieren zu können.

In den Städten kann man mittlerweile problemlos mobil telefonieren. In ländlichen Gebieten hingegen kann der Gebrauch eines Handys aufgrund unzureichender technischer Rahmenbedingungen nur eingeschränkt oder überhaupt nicht möglich sein. Es gibt drei Mobilfunknetzbetreiber: die zur Maroc Télécom gehörende **Malitel**, die zur France Télécom gehörende **Orange-Mali** und die zur burkinischen PLANOR-Group gehörende **Telecel-Mali**. **Prepaid-Karten für Handys** und SIM-Karten werden an vielen Orten vor allem von Straßenhändlern angeboten.

In 2008 fand eine umfassende **Umstellung der Telefonnummern** statt.

Auch der Zugang zum Internet ist in den letzten 15 Jahren deutlich verbessert worden. Gab es Ende der neunziger Jahre in Bamako nur einige wenige **Internetcafés**, so sind diese heute zahlreich über das gesamte Stadtgebiet verteilt. Mittlerweile ist auch in einer zunehmenden Zahl von kleineren Städten der Zugang zum Internet möglich. Landesweit stieg die Zahl der Internetnutzer laut **Internet World Stats** im Zeitraum 2000 bis 2017 von 19.000 Personen auf 2,2 Mio. Personen. Anfang 2017 betrug der Anteil der Internetnutzer an der Gesamtbevölkerung lediglich 11,8 % (Senegal 25,7 %, Burkina Faso 14,0 % und Niger 4,3 %).

Ebenso wie die Telefongebühren ist auch der Internetzugang, insbesondere als Folge der zunehmenden Konkurrenz, preisgünstiger geworden. Die Qualität der Verbindungen sowie der Service der zahlreichen Internetcafés und der **Internetprovider** können erheblich variieren. Ein eingehender Vergleich und ein Umhören sind daher zu empfehlen. Vielfach ist der Internetzugang noch relativ langsam und es kann zu lästigen Unterbrechungen kommen.



Auf verschiedenen Internetseiten (beispielsweise **Billiger Telefonieren**) kann man sich über die günstigsten Telefonatarife nach Mali informieren. Die Tarife können kurzfristigen Veränderungen unterworfen sein.

Nützliche Adressen

Die **deutsche Botschaft in Bamako** befindet sich im Stadtteil Badalabogou Est und hat folgende Adresse: Avenue de l'OUA, rue 14, porte 330. Die malische Botschaft in Berlin ist unter folgender Adresse zu erreichen: Kurfürstendamm 72, 10709 Berlin. Zudem gibt es **malische Honorarkonsulate** in den folgenden Städten: Frankfurt am Main, Hamburg, Kamp-Lintfort und München.

Das Landesbüro der GIZ befindet sich ebenfalls in Bamako im Stadtteil Badalabogou Est.

Zum Schluss noch...

Lesens- und Sehenswertes zum Schluss...

Wer noch neugierig auf weitere Bilder und Eindrücke aus Mali ist, dem seien die Internetseiten von **Architecture Album** und **Transafrika**, sowie das **Reisetagebuch** von Thierry Bocoum und Manu Pochez empfohlen. Für Briefmarken- und Vogelliebhaber bietet die Internetseite von **Birdtheme** Sehenswertes. Und Wüstenfans sind sicherlich auf der Internetseite von **Wüstenschiff** gut aufgehoben.

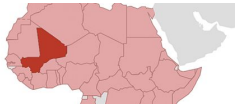
BMZ: Zusammenarbeit mit Mali



Schneider an einer Nähmaschine in Bamako, Mali © Ute Grabowsky/photothek.net

Länderdarstellung des BMZ mit entwicklungspolitischen Daten sowie einem Überblick zur aktuellen Situation und Zusammenarbeit.

Die GIZ in Mali



Informationen über die Struktur und die Arbeit der **GIZ in Mali**

Trainingsangebote der Akademie

Die **Akademie der GIZ** gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem **Weiterbildungskatalog**

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre **Anfragen!**

Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Thorsten Hölzer
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

+49 (0)228 4460 2036

[Zum Kontaktformular](#)